



ZEITSCHRIFT FÜR DEUTSCH-DÄNISCHEN DIALOG



**Jörn-Peter Leppien als Historiker**

**Deutsche Haltung zur Nord-schleswigfrage 1918 – 1920**

**Als Schleswig geteilt oder wiedervereinigt wurde**

**Das Verfahren gegen die Täter von Husum-Schwesing und Ladelund**

**Deutsche Nationalpolitik in drei Grenzländern**

**Schülerbotschafter beim Oeversee-Gedenken 2020**

**Europa und unsere Region**

# ZEITSCHRIFT FÜR DEUTSCH-DÄNISCHEN DIALOG

- HERAUSGEBER:** ADS – GRENZFRIEDENSBUND e.V.  
Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig
- Redaktionsgeschäftsstelle:* Barbara Quednau
- Anschrift:* Marienkirchhof 6 · 24937 Flensburg  
Telefon (04 61) 86 93-25 · Telefax (04 61) 86 93-20  
E-Mail: grenzfriedensbund@ads-flensburg.de  
www.ads-grenzfriedensbund.de  
www.facebook.com/Grenzfriedenshefte
- Geschäftszeit:* Dienstag, 09.00-12.00 Uhr, Mittwoch, 09.00-13.00 Uhr  
Außerhalb der Geschäftszeit (04 61) 86 93-0
- Mitgliedsbeitrag:* 15 € für Einzelmitglieder, 30 € für Verbände, Schulen usw.
- Abonnement:* 15 € zuzgl. Porto
- Bankverbindungen:* HypoVereinsbank – BIC: HYVEDEMM300  
IBAN: DE27 2003 0000 0080 0094 07  
Nord-Ostsee-Sparkasse – BIC: NOLADE21NOS  
IBAN: DE74 2175 0000 0000 0829 88

## INHALT

Seite

*Frauke Tengler, Matthias Scharl*

Zum Tod von Dr. Jörn-Peter Leppien ..... 3

*Reimer Hansen*

Jörn-Peter Leppien als Historiker ..... 5

*Hans-Friedrich-Rothert*

Ergänzungen zum Schriftenverzeichnis Jörn-Peter Leppien..... 15

*Oliver Auge*

Die Haltung Deutschlands zur Nordschleswigfrage (1918–1920) ..... 17

*Steen Bo Frandsen*

Als Schleswig geteilt oder wiedervereinigt wurde.

Ein historischer Essay ..... 31

*Jens-Christian Hansen*

Abrechnung?

Das Verfahren gegen die Täter der Konzentrationslager

Husum-Schwesing und Ladelund ..... 45

*Peter Dragsbo*

Deutsche Nationalpolitik in den Grenzländern

Versuch eines Vergleichs zwischen den Grenzländern

des Deutschen Reichs in Polen, Elsass-Lothringen

und Schleswig 1871– 1914 ..... 67

*Johanne Juul Olsen, Anna Lisa Paysen, Liv Bredo Schrøder,**Mats Rosenbaum*„Wir sind schon weit gekommen, aber wir können noch  
viel weiterkommen“

Ansprache von vier Schülerbotschaftern aus der

deutschen und dänischen Minderheit am Gedenktag

der Schlacht von Oeversee/Sankelmark ..... 85

Europa und unsere Region

Ein Interview mit Rasmus Andresen,

Mitglied des Europäischen Parlaments ..... 91

Umschau .....	101
Buchhinweise .....	117
Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe .....	139
Verzeichnis der im Jahre 2019 in den Grenzfriedensheften erschienenen Aufsätze .....	141

Die Grenzfriedenshefte erscheinen halbjährlich.

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des ADS-Grenzfriedensbundes enthalten.  
Einzelheft 7 €.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.

*Unabhängige Redaktion der Grenzfriedenshefte:*

- Dr. Levke Bittlinger
- Ilse Friis, cand.mag.
- Ruth E. Clausen, Dipl. Museol. (FH)
- Dr. Matthias Scharl (verantw.)
- Gerret Liebing Schlaber, ph.d.

Redaktionsanschrift: Marienkirchhof 6, 24937 Flensburg

Printed in Germany

ISSN 1867-1853

# Zum Tod von Dr. Jörn-Peter Leppien

Der ADS-Grenzfriedensbund und die Redaktion der Grenzfriedenshefte beklagen den Tod des langjährigen leitenden Redakteurs unserer „Zeitschrift für deutsch-dänischen Dialog“, Dr. Jörn-Peter Leppien. Wie kein anderer hat der promovierte Historiker und pensionierte Gymnasiallehrer an der Auguste-Viktoria-Schule in Flensburg unsere weit über die Grenzen des Landes bekannte und geschätzte Zeitschrift geprägt. Ohne sein unermüdliches Engagement wären die Grenzfriedenshefte nicht das, was sie bis heute sind, und dem schleswigschen Grenzland würde eine wertvolle Stimme fehlen.

Geboren noch während des Krieges in St. Annen in Dithmarschen, bestand Jörn-Peter Leppien 1964 sein Abitur an der Schleswiger Domschule. Nach zwei Jahren bei der Bundeswehr begann er sein Studium in den Fächern Geschichte, Philosophie und Politische Wissenschaften an der Kieler Christian-Albrechts-Universität und arbeitete anschließend als wissenschaftlicher Assistent des renommierten Landeshistorikers Alexander Scharff, bei dem er 1979 promovierte. Schon zu diesem Zeitpunkt war er mit den Grenzfriedensheften verbunden. Nach dem Wechsel ins Lehramt an der Auguste-Viktoria-Schule übernahm er an der Seite von Ernst Beier und dem damaligen Vorsitzenden des Grenzfriedensbundes Arthur Thomsen immer mehr Verantwortung. 1981 wurde er leitender Redakteur, eine Position die er bis Anfang 2017 mit vielfach anerkanntem Erfolg wahrnahm.

In den Grenzfriedensheften, denen er den programmatischen Untertitel „Zeitschrift für deutsch-dänischen Dialog“ gab, aber auch darüber hinaus hat er als Redakteur und Forscher wesentliche Akzente gesetzt. Er baute ein Netzwerk mit renommierten Historikern und Historikerinnen auf, die immer wieder Beiträge veröffentlichten. Seine wissenschaftliche Leidenschaftlichkeit, seine Beharrlichkeit und von großem Sachverstand geprägte Genauigkeit bei der Darstellung historischer Themen zeichnen die Hefte bis heute aus.

Dabei hatte der gelernte Pädagoge Jörn-Peter Leppien nicht das zahlenmäßig ohnehin nur begrenzte Fachpublikum im Blick. Für ihn ging es stets darum, Geschichte auf anschauliche Weise zu vermitteln, und die komplexen historischen Prozesse auch einem jüngeren Publikum verständlich zu machen. Darüber hinaus hat er immer wieder mit unbequemen Fragen scheinbar feststehende Dinge hinterfragt. Er trat ein für mehr Offenheit und Innovation in der Geschichtsbearbeitung in jener Zeit, als regionale Zeitgeschichte (vor allem in Bezug auf die Erforschung der NS-Zeit) und wirtschafts- und sozialgeschichtliche Themen als neue Strömungen bei vielen Etablierten in der Landesgeschichtsszene auf Unverständnis stießen. So setzte er gemeinsam mit drei Mitstreitern die

Einrichtung eines regelmäßig (und bis heute) erscheinenden Mitteilungsheftes in der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte durch, in welchem die Mitglieder offen über neue Geschichtsthemen diskutieren konnten oder stellte sich als ehrenamtlicher Kuratoriumsvorsitzender des 1993 gegründeten „Instituts für schleswig-holsteinische Regional- und Zeitgeschichte“, der heutigen „Forschungsstelle für regionale Zeitgeschichte und Public History“ an der Europa Universität in Flensburg zur Verfügung.

Ein weiteres bezeichnendes Beispiel für Jörn-Peter Leppiens vielfältiges und erfolgreiches Engagement ist die Einrichtung der Gedenkstätte am Standort des Konzentrationslagers Ladelund, in der er zusammen mit seinen Schülern 1990 eine erste Dauerausstellung gestaltete. Häufig hat er selbst über die Geschichte Ladelunds publiziert und Aufsätze der Mitarbeiter sowohl für die Grenzfriedenshefte als auch in Sonderpublikationen angeregt und diese auf der Basis seiner weithin anerkannten Fachkompetenz für den Druck redigiert. Er war auch die treibende Kraft bei der Errichtung des am Grenzübergang Harrislee/ Padborg errichteten Mahnmals „Harrislee-Bahnhof“ als Erinnerungsort für die im September 1944 aus dem Lager Frøslev in deutsche Konzentrationslager verschleppten dänischen Häftlinge. Nicht zu vergessen sind seine zahlreichen Arbeiten über den Umgang mit den Orten und Denkmälern der kriegerischen Auseinandersetzungen des 19. Jahrhunderts. In einer Vielzahl von Aufsätzen entschleierte er darin zähleibige Geschichtsmymen, so etwa am historischen Ort Idstedt, wo am 2. Juli 1850 dänische und schleswig-holsteinische Truppen in einer blutigen Schlacht aufeinandertrafen oder im Rahmen der Diskussion um die Wiederaufstellung des Idstedt-Löwen auf dem Alten Friedhof in Flensburg. Immer wieder ging es ihm darum, verschiedene Aspekte und Perspektiven mit einzubeziehen, um Geschichte in ihrer Ganzheit und ihrer Bedeutung bis heute fass- und erklärbar zu machen.

Der ADS-Grenzfriedensbund und die Redaktion der Grenzfriedenshefte sind Jörn-Peter Leppien zu großem Dank verpflichtet und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

**Frauke Tengler**  
1. Vorsitzende  
ADS-Grenzfriedensbund e.V.

**Dr. Matthias Schartl**  
leitender Redakteur  
Grenzfriedenshefte

# Jörn-Peter Leppien als Historiker

von REIMER HANSEN

*Die folgenden Ausführungen geben den Text der Ausführungen von Prof. Dr. Reimer Hansen (Berlin) wieder, die dieser nach der Trauerfeier in der Versöhnungskirche zu Harrislee während des Beisammenseins der Trauergemeinde im Hotel Wassersleben am 27. Februar 2020 gehalten hat. Die Anmerkungen beschränken sich auf Belege direkter Bezüge und der Zitate.*

*Die Redaktion*

## **Liebe Familie Leppien, liebe Trauergemeinde,**

Wenn ich hier nach dem Abschied in der kirchlichen Trauerfeier inmitten der Gemeinschaft von Familie, Freundeskreis und Weggefährten aus Berufsleben und öffentlichem Engagement versuchen möchte, den uns allen auf je eigene Art und Weise persönlich bekannten, wenn nicht vertrauten Jörn-Peter Leppien als Historiker zu charakterisieren und zu würdigen, werde ich mich nicht allein auf den professionellen Lebensweg, seinen Ertrag, seine Wirkung und seine Bedeutung konzentrieren oder beschränken können. Uns verband eine lange, mit der Zeit gewachsene und vertiefte Freundschaft, die über ein halbes Jahrhundert zurückreicht und die ohne unseren gemeinsamen Freund Manfred Jessen-Klingenberg und unsere Ehefrauen, Elisabeth, Elke und Inge, aber auch die eine oder andere bleibende persönliche Verbindung aus den gemeinsamen Kieler Zeiten der zweiten Hälfte der 60er Jahre des 20. Jahrhunderts, namentlich die Freundschaft mit Hans-F. Rothert, nur bruchstückhaft umrissen wäre. In diesen ganz persönlichen biographischen und familiären Zusammenhang und sein privates wie sein soziales und öffentliches Umfeld sind meine Erlebnisse und Erfahrungen, der Austausch und die Kooperation mit Jörn-Peter Leppien als Historiker eingebettet. Gleichwie, ob nun ausdrücklich erwähnt oder stillschweigend mitgemeint.

Was uns beide – und ihn zugleich auch mit Manfred Jessen-Klingenberg und Hans-F. Rothert – verband, war das zeitversetzte umfassende und gründliche Studium der Geschichte am Historischen Seminar und am Institut für Klassische

Altertumskunde in der Philosophischen Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel bei den gleichen Hochschullehrern. Nicht unbedingt erforderlich, aber – nicht selten wegen seines originellen Lehrstuhlinhabers und Institutsdirektors Michael Freund – gern wahrgenommen, waren auch die Lehrveranstaltungen des Seminars für Wissenschaft und Geschichte der Politik in der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät. Jörn-Peter hat sich schon bald nach Beginn des Hauptstudiums für den Schwerpunkt seiner historischen Studien in der Schleswig-Holsteinischen und Nordischen Geschichte entschieden, die von Alexander Scharff gelehrt und vertreten wurde, dessen unentbehrlicher wissenschaftlicher Assistent Manfred Jessen-Klingenberg war. Beide haben rasch sein historisches Interesse, seine Begabung und seine Fähigkeiten erkannt, ihn gezielt gefördert und als studentische Hilfskraft mit Aufgaben ihrer Abteilung und Bibliothek des Historischen Seminars betraut.

Sein Studienziel war das Lehramt an Höheren Schulen, zu dem auch das Nebensstudium der Philosophie und der Pädagogik sowie das Grund- und Hauptstudium von ein oder zwei weiteren wissenschaftlichen Disziplinen als Unterrichtsfächern gehörten. Jörn-Peter hatte sich zunächst für Englisch, im Hauptstudium dann aber für Philosophie und Politologie entschieden. Nach dem ersten bzw. wissenschaftlichen Staatsexamen für das höhere Lehramt trat er 1978 als Referendar in den gymnasialen Schuldienst der Auguste-Viktoria-Schule in Flensburg ein, um dort die zweite Phase seiner Lehrerausbildung zu absolvieren. Nach dem zweiten bzw. schulpraktischen Staatsexamen erhielt er dort eine Planstelle, auf der er dann dieser – und man darf mit Fug und Recht präzisieren – seiner Schule sein gesamtes weiteres Berufsleben bis zum Eintritt in den Ruhestand 2008, mithin insgesamt drei Jahrzehnte lang, als Gymnasiallehrer treu geblieben ist. Jörn-Peter hat sein Studium an der Christian-Albrechts-Universität zudem ein Jahr nach dem wissenschaftlichen Staatsexamen mit der Promotion zum Dr. phil. abgeschlossen.

Die von seinem akademischen Lehrer Alexander Scharff betreute Dissertation über „Martin Rade und die deutsch-dänischen Beziehungen 1909-1929“ widmete sich einem bis dahin nur marginal beachteten, nichtsdestoweniger jedoch historisch hochinteressanten, bemerkenswerten Mann des öffentlichen Lebens während des späten Kaiserreichs und der Weimarer Republik, von dem ich wohl, ohne zu übertreiben, sagen darf, dass er eine historische Persönlichkeit so recht nach Jörn-Peters Herzen war. Und er behandelte und untersuchte, beschrieb, erörterte und beurteilte ihn in einem historisch-politischen Zusammenhang, der zugleich das Leitthema anschluss, das zum Tenor seiner weiteren historischen Arbeit als engagierter Historiker in Wissenschaft, Unterricht und Öffentlichkeit werden und bleiben sollte: das deutsch-dänische Verhältnis in der schleswigschen Grenzregion im Verlauf seiner Entwicklung vom nationalen





Dr. Jörn Peter Leppien

zum globalen Zeitalter der europäischen Geschichte. Der allgemeine Untertitel präzisiert sein spezifisches historisches Interesse an dem speziellen Thema. Er lautet: „Ein Beitrag zur historischen Friedensforschung und zur Problematik des Nationalismus.“<sup>1</sup>

Martin Rade war Professor der evangelischen Theologie an der Universität Marburg und ein freisinniger Zeitgenosse der letzten Jahrzehnte des 19. und der ersten des 20. Jahrhunderts, der in der von ihm begründeten und herausgegebenen Zeitschrift „Die Christliche Welt“ und der aus ihr hervorgegangenen und sie sekundierenden „Grenzmarkenkorrespondenz“ ein Hauptaugenmerk auf die preußisch-deutsche Politik gegenüber den nationalen Minderheiten in der Wilhelminischen Ära des deutschen Kaiserreichs gerichtet hatte und dabei besonders die restriktiven, konfliktschürenden Maßnahmen gegenüber den dänisch gesinnten preußischen Staatsbürgern in Nordschleswig, die letztlich auf deren langfristige Germanisierung zielten, beobachtete, kommentierte und kritisierte. Rade wurde, auch wenn er keinen unmittelbaren politischen Einfluss zu nehmen vermochte, in seiner publizistischen Wirksamkeit öffentlich wahr und ernst genommen, zumal er mit seinen Periodika rund 20.000 Abonnenten bildungsbürgerlicher Herkunft erreichte. Was ihn von anderen Kritikern oder Gegnern der preußischen Minderheitenpolitik unterschied, war sein prinzipieller Verzicht auf Grenzrevision, da sie das Problem wegen der allenthalben gemischten Siedlung der Bevölkerung nur zu verlagern oder zu verändern, nicht

aber zu lösen vermöge. Er plädierte indes für eine Gleichstellung und Gleichbehandlung der Gesamtbevölkerung aufgrund der menschen- und grundrechtlich begründeten nationalen Gesinnungsfreiheit. Hieran hielt er auch nach der plebiszitären Grenzziehung 1920 fest, durch die er sich nur bestätigt sehen konnte. Der Grundgedanke des im nationalistischen Kaiserreich und weiterhin auch noch in der Weimarer Republik von den Protagonisten und Apologeten der reinen Nationalstaatsidee so gründlich missverstandenen, abgelehnten und bekämpften Mannes erreichte nunmehr erst die ihm gebührende Aktualität. Rade wurde somit zu einem – wenn auch weitgehend anonym gebliebenen – Vordenker und argumentativen Wegbereiter des internationalen Minderheitenrechts der Zwischenkriegszeit. So heißt es in einer Resolution des Europäischen Nationalitätenkongresses aus dem Jahre 1926, dem fast alle organisierten europäischen Minderheiten angehörten, dass „das freie Bekenntnis des einzelnen zu einer Nationalität ... weder bestritten noch nachgeprüft werden“<sup>42</sup> dürfe. Diese elementare und fundamentale Bestimmung wurde noch im gleichen Jahr in den Erlass zur Regelung der Minderheitsschulverhältnisse im Grenzgebiet des Regierungsbezirks Schleswig übernommen. Hierauf konnte schließlich 1949 – bis in die wörtliche Formulierung – die Kieler Erklärung der schleswig-holsteinischen Landesregierung unter dem Ministerpräsidenten Bruno Diekmann zurückgreifen<sup>43</sup>, deren grundlegender politische Sinn und Gehalt die bahnbrechenden Bonn-Kopenhagener Erklärungen 1955 erfüllt und ihnen bis heute eine kräftig wirksame Vitalität verliehen hat.

Es ist das bleibende Verdienst der Dissertation Jörn-Peter Leppiens, das Gedächtnis Martin Rades bewahrt und sein konstruktives zukunftsträchtiges politisches Engagement bewusst gemacht und gewürdigt zu haben. Was ihn mit ihm verbindet, ist nicht nur der kategorische Imperativ der politischen Gleichbehandlung, in der Achtung nationaler Gesinnungsfreiheit und kultureller Autonomie, sondern auch die unmittelbar und untrennbar damit verknüpfte verantwortliche Selbstverpflichtung – wie es in der abschließenden Bilanz seiner Dissertation heißt –, „seine erarbeiteten wissenschaftlichen Erkenntnisse in einen lebenspraktischen Zusammenhang zu bringen.“<sup>44</sup> Man könnte diese prinzipielle Einsicht in die Einheit und Konsequenz von Erkenntnis und Praxis, von Denken, Handeln und Verhalten geradezu als selbstgewähltes Motto über Jörn-Peter Leppiens Lebensweg als Historiker setzen, sei es in der Funktion des landes-, regional- und lokalgeschichtlichen Forschers und Autors, des am reformpädagogischen Projektunterricht orientierten Geschichtslehrers oder des verantwortlichen Redakteurs der Grenzfriedenshefte und des Jahrbuchs der Auguste-Viktoria-Schule.

Diesen Funktionen und Aufgaben korrespondieren konkrete Inhalte oder historische Themen sowie deren wissenschaftliche, publizistische, didaktische und

kommunikative Vermittlung. Es ist in diesen knapp bemessenen Ausführungen nicht möglich, sie allesamt oder auch nur insgesamt zu würdigen. Wer einen ersten Ein- und Überblick gewinnen möchte, sei auf die Festschrift verwiesen, die die Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig – Grenzfriedensbund ihm im Rahmen seiner „Grenzfriedenshefte. Zeitschrift für deutsch-dänischen Dialog“ mit zahlreichen, seinen Interessen nahestehenden Beiträgen aus dem Freundes- und Kollegenkreis dies- und jenseits der Grenze zum 65. Geburtstag gewidmet hat. Dort wird er in einem nach wie vor sehr lesenswerten, treffenden und informativen Überblick von Manfred Jessen-Klingenberg als Forscher, Vermittler und Anreger charakterisiert und gewürdigt.<sup>5</sup> Und dort ist in einem von Hans-F. Rothert systematisch gegliederten Schriftenverzeichnis das bis zum Jahre 2007 veröffentlichte Œuvre im einzelnen vollständig zusammengestellt. Es umfasste damals bereits sechs selbstständige Schriften, 67 Aufsätze und Beiträge, 23 herausgegebene Schriften und 35 Rezensionen, mithin insgesamt 131 Titel.<sup>6</sup> Seitdem ist eine noch nicht abschließend erfasste Anzahl weiterer Publikationen hinzugekommen, so dass er – alles in allem – ein stattliches Werk hinterlassen hat, das von seiner unablässigen, ebenso engagierten wie fleißigen wissenschaftlichen Arbeit als Historiker zeugt.

Will man es gleichwohl in seiner besonderen Eigenart und Thematik charakterisieren, sticht zunächst sein bewusster Grundzug hervor, wissenschaftliche – und das heißt hier speziell: historische – Erkenntnis in ihrer lebenspraktischen Bedeutung zu sehen und zu verstehen. Jörn-Peter Leppien befindet sich hier in der mehr als zweitausendjährigen abendländisch-europäischen Tradition, die vergangene oder geschehene Historie wie die miterlebte und am eigenen Leib erfahrene Zeitgeschichte auf das rückzubeziehen, dem sie entstammt und angehört: dem kontinuierlichen Lebenszusammenhang der Menschheit in seinen vielfältigen konkreten historischen Ausprägungen und den daraus resultierenden Erfahrungen, sei es – wie es in Ciceros Schrift „De oratore“ heißt – als „magistra vitae“<sup>7</sup>, mithin Lehrmeisterin des Lebens, oder wie Friedrich Nietzsche sie in drei Ansätzen unter dem Titel „Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben“ erörtert hat.<sup>8</sup> Dabei dürfte es außer Frage stehen, dass, um es beispielhaft an zwei konkreten Gegenständen und Themen seiner einschlägigen historischen Arbeiten – der Schlacht bei Idstedt 1850 und dem Konzentrationslager Ladelund 1944 – zu verdeutlichen, uns und unserer Gegenwart durchaus mehr zu sagen haben als ihre bloße ereignis- und verlaufgeschichtliche Information zum Ausdruck zu bringen vermögen. Dieses „mehr“ findet seinen nicht selten selbstredenden, wenn nicht selbstevidenten, Ausdruck in dem über das historische Sachurteil hinausreichenden fundierten Werturteil, das dem ermittelten Sachverhalt in den eigenen praktischen Lebenszusammenhängen Sinn und Bedeutung verleiht und das – wie Manfred Jessen-Klingenberg, Jörn-Peter

Leppien und Hans-F. Rothert es einmal treffend formuliert haben –, die mitmenschliche Gesellschaft zu Recht vom Historiker als „den eigentlichen Ertrag seiner Arbeit“ erwarde.<sup>9</sup>

Die Schlacht bei Idstedt hat er wiederholt, meist zusammen mit Manfred Jessen-Klingenberg und Hans-Fr. Rothert, behandelt und erörtert.<sup>10</sup> Sie war mit fast sechseinhalbtausend Toten und Vermissten die quantitativ größte, verlustreichste und blutigste der schleswig-holsteinischen wie der dänischen Geschichte. Sie bildete den Schlusspunkt der Märzrevolution in den Herzogtümern, die anders als in Dänemark und sonstwo im Deutschen Bund nicht durch den politischen Kompromiss eines Märzministeriums gleichsam legalisiert worden war und daher ein gewaltsamer Aufstand gegen die Landesherrschaft mit der Folge eines Bürgerkriegs blieb. Sie war von der holsteinischen Statthalterschaft in aussichtsloser Situation entgegen aller militärischen Rason und politischen Verantwortung erzwungen worden und hat ihr eine ebenso blutige wie sinnlose Niederlage beschert. Ich denke, dass wir für unser Werturteil nicht erst die freiheitlich-demokratische Grundordnung unserer öffentlichen Lebenszusammenhänge zu bemühen brauchen, sondern dass bereits die damals gültige Rechts- und Verfassungsordnung die nötigen normativen moralischen und juristischen Maßstäbe, insbesondere der Landfriedensordnung, aber auch des Strafrechts, hierfür bereithielt.

Noch eindeutiger ist es um das historische Werturteil über das andere Beispiel bestellt. Das Unrecht, mehr noch: das Verbrechen des Konzentrationslagers Ladelund als Außenkommando des Konzentrations-Hauptlagers Neuengamme war und ist evident. Jörn-Peter Leppien hat seine Geschichte, Organisation und Funktion sowie seine – vor allem juristische – Aufarbeitung in der Nachkriegszeit 1982/84 mit einer Schülergruppe der Auguste-Viktoria-Schule rekonstruiert und zunächst in einer Wanderausstellung, danach in einer wissenschaftlichen Dauerausstellung in der KZ-Gedenkstätte in Ladelund öffentlich präsentiert sowie in einem Begleitheft dargestellt, erläutert und illustriert.<sup>11</sup> In diesen Zusammenhang gehört auch das Projekt „Harrislee-Bahnhof“, dem sich eine private Arbeitsgruppe in Harrislee gewidmet hatte und das dann auf Anregung Jörn-Peter Leppiens von zwei Schülergruppen der Auguste-Viktoria-Schule und Duborg Skolen mit dem Ziel der Gestaltung eines Mahnmals und einer Ausstellung aufgenommen worden ist. Der einstige Bahnhof Harrislee war Ausgangsort des Transports, namentlich dänischer Häftlinge des Internierungslagers Frøslev, in deutsche Konzentrationslager.<sup>12</sup>

Weniger eindeutig als die beiden exemplarisch aufgegriffenen Themen scheint das stark kontrovers diskutierte Beispiel des *Idstedt-Löwen* in Gestalt eines an die Schlacht bei Idstedt erinnernden und gemahnenden monumentalen Löwendenkmals zu sein, über dessen Geschichte Jörn-Peter Leppien 1995

wiederum in einem Forschungsprojekt mit einer Schülergruppe der Auguste-Viktoria-Schule unter Beteiligung von Duborg-Skolen eine weithin beachtete und auch auswärts, u.a. in Berlin, gezeigte Ausstellung erarbeitet und präsentiert hat. Der Idstedt-Löwe war 1862 als Symbol des dänischen Sieges über die aufständischen deutschen Schleswig-Holsteiner und der Landesherrschaft des Königs von Dänemark über das Herzogtum Schleswig auf dem Alten Friedhof in Flensburg errichtet und 1864 nach dem deutsch-dänischen Krieg als preußische Siegesbeute nach Berlin verbracht worden. 1945 war er auf Initiative eines dänischen Zeitungskorrespondenten in Berlin mit Hilfe des örtlichen amerikanischen Militärs nach Kopenhagen verbracht worden, wo er vor dem Zeughausmuseum wieder einen öffentlichen Standort erhielt. Das Forschungsprojekt und die Ausstellung waren 1995 durch die Diskussion über seine Rückkehr auf den Alten Friedhof in Flensburg angeregt worden.<sup>13</sup> Diese löste in der deutschen Öffentlichkeit gelegentlich vereinzelt Unverständnis aus, hinter dem sich jedoch nicht selten klammheimliche nationale Ressentiments verbargen. Dabei rief die 2011 einvernehmlich realisierte Restitution des Idstedt-Löwen an Ort und Stelle zu erneuter kritischer Beschäftigung mit der von ihm verkörperten Geschichte auf, insbesondere den mit dem Namen Idstedt verbundenen historischen Assoziationen. Das Projekt und die Ausstellung haben diese Chance genutzt, und ihr allgemeiner Erfolg dürfte Jörn-Peter Leppien und sein schulisches Forschungsteam darin bekräftigt haben.

Den hier exemplarisch skizzierten Tätigkeiten und Wirksamkeiten des Historikers und Geschichtslehrers Jörn-Peter Leppien liegt ein grundsätzliches Verständnis der Geschichte zugrunde, das sie hinsichtlich der erörterten erkenntnistheoretischen und lebenspraktischen Zusammenhänge nicht als bloßes Wissen oder gar tote, abgeschiedene, sondern als lebendig und gegenwärtig gebliebene Vergangenheit begreift, für die unsere Zuständigkeit und Verantwortung noch nicht erloschen ist, und sei es auch nur in antiquarischer oder denkmalpflegerischer Kompetenz. Unser eingangs erwähnter Kieler Professor Michael Freund hat es im Vorwort zu seiner „Deutschen Geschichte“ pointiert formuliert und damit auf den Punkt gebracht. „Geschichte“, führt er dort aus, „ist nicht das, was einmal geschehen ist, sondern das, was noch immer geschieht.“<sup>14</sup> Das trifft ganz besonders auf die moderne, speziell die Zeitgeschichte, zu, deren Horizont mit dem unseres Lebens identisch ist. Es dürfte gewiss kein Zufall sein, dass Jörn-Peters vitales, wenn nicht leidenschaftliches historisches Interesse eben dieser lebendigen und gegenwärtigen, immer noch geschehenden Geschichte galt. Wie sehr diese Geschichte auch mit der unseres eigenen Lebens verbunden und verwoben ist, oder – um die Formulierung der Bilanz der Dissertation wieder aufzugreifen – die wissenschaftliche Erkenntnis in unsere lebenspraktischen Zusammenhänge gehört, möge abschließend Jörn-Peters Mutter bezeugen,

mit der er aufgrund ihrer Erfahrungen als Erzieherin im sogenannten „Landjahr“ ein Buch über das „Mädel-Landjahr“ in der nationalsozialistischen Mädchen-erziehung verfasst und veröffentlicht hat. Sie hatte sich in blutjungem Alter als Idealistin verstanden und mit ihrer Aufgabe identifiziert, aber unter dem Eindruck der Folgen und der Einsicht, dass auch die Landerzieher sich „in den Dienst einer Sache“ gestellt hatten, die nicht die ihre „hätte sein dürfen“, einen Lernprozess durchgemacht. Sie könne ihr „damaliges Denken und Handeln nicht ungeschehen machen“, wohl aber zu erklären versuchen, warum sie „diese Form der Erziehung angenommen und weitgehend kritiklos durchgeführt habe.“ Sollte dadurch bei jungen Menschen auch „ein Lernprozess ausgelöst werden, so wäre ein wesentlicher Zweck dieses Buches erreicht.“<sup>15</sup> Die Mutter war eine wichtige, zentrale Person in Jörn-Peters Leben. Wie ihre Biographie ihn als Historiker herausgefordert hat, so hat sie seinen Lebensweg als Historiker aktiv begleitet und ihm u.a. – wie er im Vorwort der Dissertation dankbar anmerkt – das Lesen, Entziffern und Transkribieren der handschriftlichen Quellen in deutscher Frakturschrift erleichtert.<sup>16</sup>

Die wichtigste Institution in seinem Leben dürfte wohl die Auguste-Viktoria-Schule gewesen sein, in der er seine Berufspraxis als Lehrer, namentlich des Fachs Geschichte, ganz im Sinne seines lebenspraktischen Engagements im Dialog und in der Kooperation mit der ihm anvertrauten Jugend entfalten und gestalten konnte. Für die Schule selbst war er gewiss, wie ein Kollege aus Anlass seines Eintritts in den Ruhestand im Jahrbuch der Schule schrieb, „ein besonderer Glücksfall“.<sup>17</sup> Seine geistige Heimat dürfte indes – unbeschadet unerfreulicher Querelen von externer Seite zu Ende seiner Wirksamkeit als Redakteur der Grenzfriedenshefte – der 1950 ganz im Geiste Rades von seelen- und geistesverwandten Persönlichkeiten wie Bruno Diekmann, Jens Nydahl oder Ernst Beier gegründete und geprägte alte Grenzfriedensbund gewesen sein. Ernst Beier, sein Sohn, der Historiker Gerhard Beier, und der langjährige Vorsitzende Arthur Thomsen erleichterten ihm den Einstieg und die Arbeit in der Redaktion 1980. Thomsen würdigte ihn rückblickend – wie man in der Festschrift nachlesen kann – als einen Redaktionskollegen, der „einen Standpunkt“ habe und „diesen auch zum Ausdruck bringen“ könne. „In vielen Artikeln“, hob er hervor, habe „Dr. Leppien bestimmte historische Abläufe im Grenzland neu beleuchtet und damit ganz wesentlich zur hohen Bedeutung der Grenzfriedenshefte beigetragen.“<sup>18</sup> Dies bescheinigen ihm auch die Mitredakteure in ihrem Vorwort. Während seiner langjährigen Mitarbeit habe „sich der Schwerpunkt der Hefte immer mehr auf die Arbeit mit der Geschichte – und hier besonders der Zeitgeschichte – und der aktuellen Entwicklungen im schleswigschen Grenzland verlagert.“ Insbesondere „die Bearbeitung verdrängter oder zu wenig beachteter Themen“ seien ein Markenzeichen nicht nur der Grenzfriedenshefte, sondern

der „weiteren Engagements“ ihres Redakteurs Jörn-Peter Leppien.<sup>19</sup> Die hier insgesamt vermerkten vielfältigen Verdienste der Lebensleistung des Historikers Jörn-Peter Leppien bedürfen nicht nur der internen, sondern insbesondere auch der öffentlichen Anerkennung. Und so konnte es ihn mit Genugtuung erfüllen, dass seine hohen beruflichen und ehrenamtlichen Verdienste mit der Ehrennadel des Landes Schleswig-Holstein und dem Bundesverdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden sind.

Jörn-Peters Lebensweg ist beendet. Der Tod hat ihn von einem Zustand schweren, schließlich übermäßigen Leidens und unerträglicher Hilflosigkeit erlöst. Sein Leben als Historiker und Lehrer, als Forscher, Pädagoge und Didaktiker hat reiche Früchte getragen und uns nicht nur als Andenken, sondern auch als Erbe und Verpflichtung überlassen. Die Mitglieder und Anhänger der organisierten Landes- und Regionalgeschichte des deutsch-dänischen Grenzlandes, die Lesergemeinschaft der Grenzfriedenshefte und die Auguste-Viktoria-Schule mit ihrer Ehemaligengemeinde wissen dies und schulden ihm großen Dank. Ich werde mich immer gern und dankbar an ihn und seine, an unsere lebenslange Freundschaft erinnern.

#### Anmerkungen

- 1 Jörn-Peter Leppien, Martin Rade und die deutsch-dänischen Beziehungen 1909-1929. Ein Beitrag zur historischen Friedensforschung und zur Problematik des Nationalismus (Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins 77), Neumünster 1981.
- 2 Carl Georg Bruns, Grundlagen und Entwicklung des internationalen Minderheitenrechts. Eine Übersicht, Berlin 1929, S. 41.
- 3 Eberhard Jäckel (Hg.), Die Schleswig-Frage seit 1945. Dokumente zur Rechtsstellung der Minderheiten beiderseits der deutsch-dänischen Grenze (Dokumente 29), Frankfurt/M., Berlin 1959, S. 51.
- 4 Wie Anm. 1, S. 94.
- 5 Manfred Jessen-Klingenberg, Dr. Jörn-Peter Leppien: Forscher, Vermittler, Anreger, in: Festschrift zum 65. Geburtstag von Jörn-Peter Leppien, GFH 55, 3 (2008), S. 169-174.
- 6 Hans-F. Rothert, Schriftenverzeichnis Jörn-Peter Leppien, ebd., S. 351-362.
- 7 M. Tullius Cicero, De oratore II, c. 9, 36, c. 12, 51.
- 8 Friedrich Nietzsche, Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben, Stuttgart 1962.
- 9 Manfred Jessen-Klingenberg, Jörn-Peter Leppien, Hans-F. Rothert, Gedanken zu Aufgaben und Verantwortung des Landeshistorikers, in: Mitteilungen der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 12, März 1982, S. 35.

- 10 Manfred Jessen-Klingenberg, Jörn-Peter Leppien, Hans-F. Rothert, Das Problem Idstedt, in: GFH 1979, S. 140-152; Manfred Jessen-Klingenberg und Jörn-Peter Leppien, Noch einmal das Problem Idstedt. Zum Wandel des nationalen Gesellschaftsbewusstseins in Schleswig-Holstein seit dem Ausgang der siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts, in: Landesgeschichte und Landesbibliothek. Studien zur Geschichte und Kultur Schleswig-Holsteins. Hans-F. Rothert zum 65. Geburtstag. Hg. v. Dieter Lohmeier und Renate Paczkowski, Heide 2001, S. 191-211.
- 11 Konzentrationslager Ladelund 1944. Wissenschaftliche Dauerausstellung in der KZ-Gedenkstätte Ladelund, Schleswig-Holstein 1990. Hg: Ev.-Luth. Kirchengemeinde Ladelund, o.O., o.J. (Ladelund 1990).
- 12 Christoph Wiegand / Anke Spoorendonk, „Wir wollen ein Zeichen setzen“. Schülerinnen und Schüler gestalten ein Mahnmal. Elever skaber et mindesmærke. Hg. v. / Udg. af Grenzfriedensbund und / og Arbeitsgruppe „Harrislee-Bahnhof“, Flensburg 1998.
- 13 Jörn-Peter Leppien, „Operation lion“. Henrik V. Ringsted und der Idstedt-Löwe 1945 – ein Quellenbericht / Henrik V. Ringsted og Istedløven 1945 – en kildemateriale fortæller. Auf der Grundlage eines Beitrags aus GFH 2/1995, hg. v. Grenzfriedensbund und / og Städtisches Museum Flensburg, Flensburg 1995.
- 14 Michael Freund, Deutsche Geschichte, Gütersloh 1962 (Die Große Bertelsmann Lexikon Bibliothek 7), S. XIII.
- 15 Annemarie Leppien / Jörn-Peter Leppien, Mädel-Landjahr in Schleswig-Holstein. Einblicke in ein Kapitel nationalsozialistischer Mädchenerziehung 1936-1940, Neumünster 1989, S. 33.
- 16 Wie Anm. 1, S. 5.
- 17 Hans-Jörg Herold, Dr. Jörn-Peter Leppien, in: Jahrbuch der Auguste-Viktoria-Schule Flensburg 2007 / 2008, S. 27.
- 18 Festschrift (wie Anm. 5), Vorwort des Vorsitzenden, des Geschäftsführers und der Referentin für Grenzlandfragen des Grenzfriedensbundes als Herausgeber, S. 162.
- 19 Ove Jensen, Matthias Scharlt, Gerret Liebing Schlaber, Eine besondere Ausgabe der Grenzfriedenshefte, ebd., S. 165.



# Ergänzungen zum Schriftenverzeichnis von Jörn-Peter Leppien

von HANS-FRIEDRICH ROTHERT

*Dieses von Dr. Hans-Friedrich Rothert angefertigte Verzeichnis ergänzt das Schriftenverzeichnis, das 2008 in der Festschrift zum 65. Geburtstag von Jörn-Peter Leppien erschienen ist (GFH 2008, S. 351-362).*

*Die Redaktion*

## **Aufsätze und Beiträge**

Nieby auf dem Flohmarkt. Die Heimkehr eines Wandteppichs von 1939 an die AVS, in: JbAVS 2002/2003 (2003), S. 112 – 114

Waldemar Bauer und die Orgel der AVS, in: JbAVS 2005/2006 (2006), S. 127 f.

Ein unerwartetes Geschenk. Das Landschulheim Nieby als Gemälde, in: JbAVS 2007/2008 (2008), S. 101 f.

Ein neues dänisches Gymnasium für Südschleswig. Interview mit dem Rektor der A. P. Møller-Skolen Jørgen Kühl, in: GFH 2008, S. 401 – 414 (mit Gerret Liebing Schlaber)

100 Jahre „Flensburger Heimatlied“. Ida Marquardsen – Lehrerin und Gelegenheitsdichterin, in: JbAVS 2008/2009 (2009), S. 111 – 117

Manfred Jessen-Klingenberg (1933-2009), in: GFH 2009, S. 121 – 125

Der Idstedt-Löwe – ein Denkmal mit vielen Gesichtern, in: GFH 2010, S. 127 – 150

Sklavenarbeit für den „Endkampf“. Die „Grenzstellung“ 1944/45 und das KZ Ladelund, in: GFH 2010, S. 203-236, und in: Ansgar Nierhoff, Das Mal. KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund. Hrsg. von Uwe Hauptenthal und Karin Penno-Burmeister, Husum 2011, S. 9 – 41

125 Jahre Auguste-Viktoria-Schule Flensburg. Fotos als Quellen zur Schulgeschichte, in: 125 Jahre Auguste-Viktoria-Schule Flensburg. Geschichte und Gegenwart (2010/2011), Flensburg 2011, S. 11 – 94

Kommunalpolitik im deutsch-dänischen Umfeld. Ein Interview mit dem bisherigen Flensburger Oberbürgermeister Klaus Tscheuschner, in: GFH 2011, S. 41-52

Margarethe Mitscherlich – ein „Kind des Grenzlandes“, in: JbAVS 2011/2012 (2012), S. 131 f.

Reimer Hansen 75 Jahre, in: GFH 2012, S. 43 f.

Die Grenzfriedenshefte – Kontinuität und Wandel, in: GFH 2013, S. 6 – 10 (mit Matthias Scharfl, Gerret Liebing Schlaber)

„Helden? Verbrecher? Opfer?“ Der Nordschleswiger über die neue Dauerausstellung zur Geschichte des Faarhus-Lagers, in: GFH 2013, S. 109 – 120

„Der Preis ist Ströme Blutes wert“. Bemerkungen zu den Bestsellern von Tom Buk-Swienty über den Krieg 1864, in: GFH 2013, S. 237– 254

Von der Nummer zum Namen. Die KZ-Toten in Ladelund 1944, in: GFH 2014, S. 79 – 114

## **Herausgegebene Schriften**

Grenzfriedenshefte. Jg. 29- 63. Flensburg 1981-2016 (Abk.: GFH)  
Auguste-Viktoria-Schule Flensburg. Jahrbuch 2001/2002-2007/2008. Flensburg 2002-2008 (Abk.: JbAVS)

# Die Haltung Deutschlands zur Nordschleswig-Frage (1918 –1920)<sup>1</sup>

von OLIVER AUGÉ

*Unter dem Titel „Genforeningen 1920–2020. Hvad betyder grænsen i dag?“ (Wiedervereinigung 1920–2020. Welche Bedeutung hat die Grenze heute?)“ fand in der Regie des Folketings und des Grænseforeningen am 10. Januar 2020 im Landstingssaal auf Schloss Christiansborg in Kopenhagen eine vielbeachtete Tagung statt, auf der zahlreiche renommierte Historiker über die Volksabstimmung um die staatliche Zugehörigkeit Nordschleswigs nach dem Ersten Weltkrieg referierten. Im Vordergrund stand dabei die Frage nach der politischen und kulturellen Bedeutung der Grenze in Relation zu anderen europäischen Staatsgrenzen und dem Wandel des Grenzbegriffs. Als einziger deutscher Vertreter nahm an der auch im TV-Programm des Folketings übertragenen Konferenz der Kieler Historiker und Direktor der Abteilung für Regionalgeschichte an der Christian-Albrechts-Universität Prof. Oliver Augé teil. Er beschäftigte sich in seinem Vortrag mit der offiziellen deutschen Haltung zur Nordschleswig-Frage, die eine Volksabstimmung schon früh akzeptierte, aber den sich letztlich durchsetzenden Vorstellungen der Ententemächte und Dänemarks diametral entgegenstanden. In seinen Ausführungen widerspricht er u. a. der selbst in neuesten Buchveröffentlichungen immer noch weit verbreiteten Ansicht, der Vertreter der dänisch gesinnten Einwohner Nordschleswigs, der Reichstagsabgeordnete H. P. Hanssen, habe allein die Grundlagen für die Abstimmung geschaffen. Für die Aufnahme in den Grenzfriedensheften wurde der Vortrag geringfügig überarbeitet und mit den wichtigsten Quellenhinweisen versehen.*

Die Redaktion

## Einleitung

Im Jahr 2020 jährt sich die auf der Grundlage zweier Volksabstimmungen vollzogene, bis heute bestehende Grenzziehung zwischen Dänemark und Deutschland zum 100. Mal. In beiden Ländern wird auf vielfältige Weise daran erinnert. Das Jubiläum regte auf deutscher Seite zu neuen Überblicksdarstellungen<sup>2</sup> und Detailuntersuchungen<sup>3</sup> an, was besonders zu begrüßen ist, da in geschichtswissenschaftlicher Hinsicht bisher rein zahlenmäßig, aber auch inhaltlich die Darlegung und Deutung der Geschehnisse von 1920 durch däni-

sche Forscherinnen und Forscher dominierte. Die neuen deutschen Arbeiten können die Sichtweise der dänischen Nachbarn sinnvoll ergänzen oder gar korrigieren. Allerdings schlägt selbst in diesen aktuellen Werken die bisherige Deutungshoheit der dänischen Forschung zumindest teilweise im- oder explizit durch, wenn etwa behauptet wird, der Einsatz H. P. Hanssens (1862–1936), des politischen Vertreters der dänischen Minderheit im Deutschen Reichstag, habe „die Grundlage für eine von deutscher Seite akzeptierte Volksabstimmung über die Abtretung Nordschleswigs erreicht“.<sup>4</sup>

Eine solche Schlussfolgerung unterschätzt die zeitgleichen Überlegungen bezüglich einer Volksabstimmung auf Seiten der deutschen Verantwortlichen. Vielfach sind dieselben heutzutage freilich wenig oder gar nicht bekannt. Insofern scheint es berechtigt zu sein, einmal näher darauf zu schauen, wie sich die deutsche Seite 1918/20 zur Frage einer Volksabstimmung über die staatliche Zukunft Nordschleswigs positioniert hat. Die Berechtigung eines solchen Ansatzes ergibt sich nicht nur aus der formalen Tatsache, dass die Volksabstimmung von 1920 über den weiteren Verbleib Nordschleswigs bei Deutschland oder seinen Übergang in die Hoheit Dänemarks entschied, dass Deutschland also zwangsläufig in die damaligen Vorgänge involviert war. Vielmehr lohnt sich der Blick auf die damalige deutsche Haltung zur Grenzziehung zwischen Deutschland und Dänemark, weil man, wie gerade angedeutet, auch auf deutscher Seite vergleichsweise rasch die Notwendigkeit einer Volksabstimmung anerkannte, dabei aber eine Begründung und Verfahrensweise im Blick hatte, die sich von dem Modell, das die dänischen Nachbarn unter Einschluss H. P. Hanssens schließlich favorisierten und das auch in Anlehnung an die siegreichen Ententemächte realisiert wurde, deutlich unterschied. In Deutschland setzte sich in der Folge für lange Zeit der Eindruck fest, die mittels „Umweg über Versailles“<sup>5</sup> erlangte Abstimmung sei ungerecht und willkürlich erfolgt, was dem beiderseitigen Verhältnis nicht zuträglich war.

## **Bilaterale Lösung versus Abstimmung im Dunstkreis von Versailles**

Bekanntlich hatte der Artikel V des zwischen Preußen und Österreich geschlossenen Prager Friedens von 1866 eine Volksabstimmung über die künftige staatliche Zugehörigkeit Nordschleswigs in Aussicht gestellt.<sup>6</sup> Doch war diese Nordschleswig-Klausel 1878 durch Vertragsschluss zwischen Preußen und Österreich wieder aufgehoben worden. Dänemark selbst hatte im sog. Optantenvertrag vom 11. Januar 1907 die Grenzziehung entlang der Königsau zum zweiten Mal nach dem Wiener Frieden von 1864 explizit anerkannt und auf die Prager Nordschleswig-Klausel ebenso ausdrücklich verzichtet. Für die deutsche Seite gab es von daher bis zum Herbst 1918 eigentlich keine „Nordschleswig-



Abb. 1  
Ulrich Graf Brockdorff-  
Rantzau (\* 29. Mai 1869  
in Schleswig; † 8. Sep-  
tember 1928 in Berlin)

Frage“ mehr, auch wenn 1915, während des Ersten Weltkrieges, in Nordschleswig das Gerücht kursierte, dieses Gebiet falle nach Kriegsende entweder infolge einer deutschen Niederlage oder aber als Dank Deutschlands für die dänische Neutralität in jedem Fall an Dänemark.<sup>7</sup> Das Gerücht hielt sich derart hartnäckig, dass der Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein Friedrich von Moltke (1852–1927) dasselbe ausdrücklich dementieren musste.

Die offizielle deutsche Sicht der Zeit spiegelt jedenfalls folgende Äußerung Graf Ulrichs von Brockdorff-Rantzau (1869–1928), des damaligen deutschen Gesandten in Kopenhagen<sup>8</sup>, wider: „Bis zum 1. Oktober (1918) habe ich das Vorhandensein ‚einer nordschleswigschen Frage‘ in meinen politischen Kombinationen bedingungslos abgelehnt, und seit Ausbruch des Krieges in schroffer

Form diesen Standpunkt nicht nur bei uns, sondern auch in Kopenhagen vertreten, sobald die Frage berührt wurde, was übrigens selten geschah.“<sup>9</sup>

Tatsächlich vermied es die dänische Regierung in Befürchtung einer deutschen (militärischen) Reaktion während des Krieges möglichst, das Thema überhaupt anzuschneiden. Allerdings war die deutsche Haltung von der Erwartung eines deutschen Sieges über die Entente geprägt gewesen, was sich spätestens Mitte 1918 als Illusion herausstellte. So äußerte sich Brockdorff-Rantzau weiter: „Wir befinden uns heute damit einer völlig veränderten Situation gegenüber. Hätten wir gesiegt, oder wäre wenigstens der Krieg unentschieden geblieben, so wäre die nordschleswigsche ebenso wie die elsass-lothringische Frage für immer aus der Welt geschafft worden. Jetzt haben wir uns auf das vierzehn Punkte Programm Wilsons festlegen müssen, und damit ist die nordschleswigsche Frage, die ich als abgetan betrachtete, neu ins Leben gerufen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass sie bei den Friedensverhandlungen au(f)s Tapet gebracht werden wird, und zwar von den Ententemächten.“<sup>10</sup>

In einer auf den 17. Oktober 1918 datierten „ganz geheimen“ Denkschrift, aus der auch die bereits zitierten Passagen entnommen sind, riet Brockdorff-Rantzau daher der neuen Reichsregierung unter Reichskanzler Prinz Max von Baden (1867–1929), die Lösung der Nordschleswig-Frage, „nachdem sie leider nicht mehr von der Tagesordnung abgesetzt werden wird“, selbst in die Hand zu nehmen, bevor die Feinde Deutschlands diese zu seinen Ungunsten entscheiden würden. Zur Erinnerung: Der genannte Reichskanzler hatte am 4. Oktober 1918 die Entente um einen Waffenstillstand ersucht und um Friedensverhandlungen auf der Grundlage der 14 Punkte gebeten, die der amerikanische Präsident Woodrow Wilson (1856–1924) im Januar 1918 formuliert hatte.<sup>11</sup> Ein zentraler Aspekt des Wilsonschen Programms war die Gewährleistung des Selbstbestimmungsrechts der Völker bei einer künftigen Friedensordnung gewesen. Darauf spielte Brockdorff-Rantzau in seiner Denkschrift an, auch wenn Nordschleswig in Wilsons 14 Punkten – anders als Elsaß-Lothringen – gar nicht direkt vorkam. Brockdorff-Rantzau empfahl daher, „nachdem wir die Prinzipien Wilsons einmal anerkannt haben“, die deutsche Zustimmung zu einer Volksabstimmung vor (sic!) den eigentlichen Friedensverhandlungen. Denn „(d)ass die Ententemächte Nordschleswig an Dänemark zu geben entschlossen sind, steht fest“. Angesichts dieses Szenarios sei es, wie er weiterschrieb, für die deutsche Seite vorzuziehen, „aus freien Stücken zu erklären, dass wir uns spontan entschlossen haben, diese Prinzipien auf Nordschleswig anzuwenden und in eine Abstimmung einzuwilligen. Wir würden damit erreichen, erstens, dass das, was wir später ohnehin genötigt sein werden zu tun, als freiwilliges Geschenk an Dänemark erscheint, dass zweitens die peinlichen Verhandlungen auf der Friedenskonferenz ausgeschaltet werden und dass drittens die Frage auf das nationale Gebiet

beschränkt bleibt, während sie sonst unter dem Druck der Entente leicht auf das historische (Schleswig) und damit über die vier nordschleswigschen Kreise hinaus erweitert werden könnte. Wir würden ferner die Möglichkeit haben, die Frage ausschließlich mit Dänemark zu regeln und uns dafür Vorteile sichern.“ Ganz abgesehen davon, dass in der Situation vom Herbst 1918 die von Brockdorff-Rantzau angeführte „Spontanität“ und „Freiwilligkeit“ einer deutschen Zustimmung zu einer Volksabstimmung nach außen kaum glaubwürdig war, sind die Stoßrichtungen seines Vorschlags deutlich: Deutschland sollte durch eine bilaterale Lösung mit Dänemark eine „peinliche“ Verhandlung mit den Ententemächten erspart und die offenkundig unvermeidbare Abstimmung räumlich möglichst minimiert, d.h. auf die tatsächlich mehrheitlich dänisch bewohnten Bezirke (= Kreise) Nordschleswigs beschränkt werden. Wie man weiß, hatte ihn kurz zuvor der dänische Außenminister Eric Scavenius (1877–1962) darauf hingewiesen, nationalistische dänische Kreise beabsichtigten, die Ententemächte über die Zukunft Nordschleswigs entscheiden zu lassen.<sup>12</sup> Für Brockdorff-Rantzau wurde dadurch die Gefahr heraufbeschworen, dass Deutschland in der Nordschleswigfrage seiner Handlungsfreiheit beraubt und das fragliche Abstimmungsgebiet weiter ausgedehnt würde. Man erfährt aus der Denkschrift noch, dass seiner Einschätzung nach die damalige dänische Regierung unter Ministerpräsident Carl Theodor Zahle (1866–1946) zwar nicht gewillt war, Nordschleswig als „Geschenk aus der Hand unserer Feinde“ anzunehmen. Doch prophezeite er, dass selbige Regierung über diese Ablehnung gewiss stürzen würde, „und ihre Nachfolgerin (wird) die Gabe dankerfüllt entgegennehmen; unter allen Umständen wird auf diese Weise der Keim zu einer tiefgehenden Verstimmung zwischen uns und Dänemark gelegt werden“. Eine, wie gesagt, als spontan und freiwillig zu propagierende bilaterale Übereinkunft mit Dänemark würde demgegenüber das beiderseitige Verhältnis bereinigen und die Bahn frei machen „für eine gesunde gesamtandinavische Politik“ – was auch immer mit diesem ‚gesund‘ von Brockdorff-Rantzau konkret gemeint war.

Wirklich nur auf den ersten Blick war sich Brockdorff-Rantzau in seinem Vorschlag mit dem Reichstagsabgeordneten H.P. Hanssen einig, der am 9. Oktober 1918 das Abstimmungsgebiet umrissen hatte, um dessen Zukunft es ihm als Vertreter der dänischen Schleswiger ging. In Hanssens Aufzeichnungen findet sich notiert: „Wir beschlossen, unsere Bestrebungen dahin zu begrenzen, das, was wirklich nach Sprache und Gesinnung dänisch ist, für Dänemark zurückzufordern.“<sup>13</sup> Hanssen berief sich dazu – anders als Brockdorff-Rantzau – auf die Erklärung im sog. Stockholmer Manifest von 1917, die bezüglich Nordschleswigs eine „gütliche Lösung (...) durch Einvernehmen der beteiligten Staaten auf Grundlage einer Grenzberichtigung und nach Befragung der Bevölkerung“ verlangt hatte, sowie auf die 1878 revidierte Nordschleswig-Klausel des

Prager Friedens.<sup>14</sup> Letzteres tat er, weil ihm der liberale Reichstagsabgeordnete Friedrich Naumann (1860–1919), zu dem Hanssen enge Kontakte unterhielt, erklärt hatte, er halte eine „Revision der Revision“ des Artikels V durch die deutsche Regierung durchaus für möglich.<sup>15</sup> Selbstbewusst forderte Hanssen in diesem Sinne am 23. Oktober 1918 im Reichstag als „Repräsentant für die dänische Bevölkerung in Nordschleswig im Namen des Rechts und der Gerechtigkeit die Ausführung des Prager-Friedens § 5 und damit durch den bevorstehenden Friedensschluss die endgültige Lösung der Nordschleswig-Frage auf Grundlage des Selbstbestimmungsrechts“.<sup>16</sup>

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Wilhelm Solf (1862–1936) lehnte in seiner Stellungnahme zu dieser Forderung die Gültigkeit der Nordschleswig-Klausel strikt ab, unterstrich aber gleichzeitig, die Regierung fühle sich an Wilsons 14 Punkte-Programm gebunden.<sup>17</sup> Da Hanssen zudem durch den mit ihm in gutem Kontakt stehenden sozialdemokratischen Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Eduard David (1863–1930) erfahren hatte, die Regierung sei trotz Ablehnung des fünften Prager Artikels zu einer Abstimmung bereit, konnte er mit Solfs Stellungnahme zufrieden sein: Denn die deutsche Regierung hatte somit von sich aus – und bestimmt nicht bloß durch den Einsatz Hanssens, wie in aktueller Literatur suggeriert wird – eine Volksabstimmung über die weitere staatliche Zugehörigkeit Nordschleswigs vor dem offiziellen Waffenstillstand mit der Entente am 11. November 1918 bzw. der Ratifizierung des Versailler Vertrages akzeptiert. In einem an Hanssen gerichteten Brief, der auf den 14. November 1918 datiert ist, garantierte Solf dann nochmals ausdrücklich, „daß auch die nordschleswigsche Frage gemäß dem Friedensprogramm des Präsidenten Wilson auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der in Betracht kommenden Bevölkerung zu lösen ist“.<sup>18</sup>

## **Differenzen bei der Zuschneidung des Abstimmungsgebiets**

Beide Seiten, die dänischen Schleswiger und das hinter ihnen stehende Dänemark sowie Deutschland, rechneten also schon im Oktober 1918 mit einer Abstimmung. Das war aber auch fast die einzige Gemeinsamkeit. In den Feinheiten herrschten dagegen schwerwiegenden Unterschiede. Die Entente hatte klargestellt, dass alle territorialen Verschiebungen deutschen Territoriums – auch zugunsten neutraler Staaten – nur im Kontext der Friedensverhandlungen mit der Entente verhandelt werden könnten.<sup>19</sup> Insofern verabschiedete sich die dänische Seite im Herbst 1918 von der von den Deutschen favorisierten bilateralen Lösung, zumal einflussreiche dänische Kreise angesichts der sich abzeichnenden deutschen Niederlage immer weitgehendere Abtretungswünsche hegten, die man nur mithilfe der Entente realisieren zu können glaubte.





Abb. 2 Porträt Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau aus dem Jahr 1919 von Max Liebermann

Wie auf der dänischen Seite herrschte auch bei den Deutschen über die Frage des konkreten Zuschnitts des Abstimmungsgebiets alles andere als Einigkeit. Außenstaatssekretär Solf hatte am 24. Oktober und dann in einem weiteren Schreiben vom 14. November 1918 die Option einer Abstimmung in dem Gebiet angedeutet, wo eine dänische Bevölkerungsmehrheit lebte.<sup>20</sup> Dies waren – wie gezeigt – auch die Positionen Brockdorff-Rantzaus und Hanssens. Ersterer hatte an die vier nordschleswigschen Kreise Apenrade, Hadersleben, Sonderburg und Tondern gedacht, letzterer favorisierte die sog. Clausen-Linie ohne Flensburg als Südgrenze des Abstimmungsgebiets. Die deutsche Bewegung in Nordschleswig sah in Solfs Regierungspolition indes ein viel zu weitgehendes Zugeständnis. Der Ende Oktober 1918 gegründete ‚Deutsche Ausschuss‘ wünschte – unter völliger Verkennung der allgemeinen Lage – zuerst überhaupt

keine Abstimmung; falls jedoch abgestimmt werden müsse, solle dies en bloc in Gesamtschleswig passieren, sodass mit einer sicheren deutschen Mehrheit zu rechnen sei. Die führende Persönlichkeit der deutschen Nordschleswiger, der Pastor von Wodder Johannes Schmidt (1869–1959), forderte am 22. November 1918 „erst eine Abstimmung, dann eine Festsetzung der Grenze“. In Fortführung seiner Vorstellungen verabschiedete der Deutsche Ausschuss am 19. Dezember 1918 die Grundsatzerklärung, dass im Abstimmungsfall in ganz Schleswig abgestimmt werden sollte. Sei dies nicht möglich, solle nur in den Distrikten „mit unzweifelhaft dänischer Bevölkerung“ votiert werden. Die Gemeinden, die sich mit Zweidrittelmehrheit für Dänemark aussprechen würden, sollten abgetreten werden. Die dänische Bewegung in Nordschleswig hatte allerdings zu diesem Zeitpunkt in ihrer Ersten Apenrader EntschlieÙung vom 17. November 1918 bereits zusätzlich eine gesonderte Abstimmung in den angrenzenden Distrikten Mittelschleswigs, die forderten, mittels Votum zu erkennen zu geben, „ob sie nach Dänemark zurückzukommen wünschen“, als Selbstverständlichkeit bezeichnet.<sup>21</sup> Diese zusätzliche Abstimmungsoption sollte tatsächlich in den Versailler Vertrag miteinfließen und dann auch als Abstimmung in einer zweiten mittelschleswigschen Zone realisiert werden. Bekanntlich fügte die verantwortliche Kommission dem Versailler Vertragsentwurf der zweiten mittelschleswigschen zunächst noch eine dritte südschleswigsche Abstimmungszone hinzu.<sup>22</sup> In der ersten Zone sollte en bloc abgestimmt werden. In einem bestimmten zeitlichen Abstand sollten dann gemeindeweise Abstimmungen in den beiden anderen Zonen folgen. Eine einfache Mehrheit, d.h. ein Stimmenanteil von mehr als 50 Prozent sollte für den Abstimmungsausgang genügen – nicht mehr also eine Zwei-Drittel-Mehrheit, wie sie noch im Dezember 1918 diskutiert worden war.

## Deutsche Wahrnehmungsprobleme

Die deutsche Seite sah in den neuerlichen Entwicklungen eine große Gefährdung ihrer eigenen Strategie gegenüber Dänemark. Am 10. April 1919 legte Brockdorff-Rantzau, mittlerweile erster Reichsminister des Auswärtigen Amtes der Weimarer Republik im Kabinett Scheidemann, die kritische Situation in einer Rede vor der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung dar: „In der Frage Nordschleswigs haben sich die Dinge zugespitzt. Mehr oder weniger zuständige Unterhändler Dänemarks suchen bei der Entente immer weitgehendere Forderungen auf Kosten Deutschlands durchzusetzen. (...) Wenn die frühere deutsche Regierung im vergangenen Herbst erklärt hat, daß sie auch auf die streitigen Nordschleswigschen Gebiete die Wilsonschen Grundsätze anzuwenden entschlossen sei, so hat sie dabei unzweifelhaft dänisch besiedelte Gebiete im Auge gehabt.“<sup>23</sup>



Abb. 3 Die Kreiseinteilung in Schleswig-Holstein 1867/76; Graf Brockdorff-Rantau hatte zunächst an eine Abstimmung im Bereich nördlich der roten Linie gedacht

In einer diplomatischen Note vom 13. April 1920 erklärte er sodann, die deutsche Friedensdelegation könne nicht einsehen, mit welchem Recht die Ententemächte die deutsch-dänische Grenzfrage zum Gegenstand der Friedensverhandlung machten. Gleichwohl sei Deutschland zu einer Lösung auf der Grundlage des Nationalitätenprinzips bereit.<sup>24</sup> Umso entsetzter war die deutsche Seite dann natürlich, als ihr am 7. Mai 1919 der Entwurf des Versailler Friedensvertrages überreicht wurde und sich darin – in der Gewichtung sämtlicher vertraglichen Bestimmungen im Übrigen sicher nur von nachgeordneter Bedeutung – die erwähnte Ausdehnung des Abstimmungsgebiets bis nach Südschleswig wiederfand, wovon in den bilateralen Gesprächen bislang nie die Rede gewesen war.<sup>25</sup> Am 13. Mai 1919 protestierte die Reichsregierung gegen die betreffenden Bestimmungen und zweifelte ihre Rechtmäßigkeit an. Die Nordschleswig-Frage sei bereits vor Abschluss des Waffenstillstands mit Dänemark verhandelt worden, und es habe seinerzeit Einigkeit über den Umfang des Abstimmungsgebiets, nämlich Nordschleswig, bestanden. Die deutsche Seite legte am 29. Mai 1919 einen Gegenentwurf vor, wonach allein in Nordschleswig ohne die Städte Hoyer und Tondern gemeindeweise abgestimmt werden sollte. Anders als im Vertragsentwurf vorgesehen, sollten die deutschen Verwaltungsbehörden im Abstimmungsgebiet verbleiben und nicht vorher abziehen.

Jedoch fruchtete der deutsche Protest insgesamt und auch bezüglich der Nordschleswig-Frage nicht. Zwar wurde auf eine Abstimmung in Südschleswig verzichtet. Doch geschah dies aufgrund der strikten dänischen Ablehnung, was die Briten und Amerikaner wiederum unterstützten und gegenüber der französischen Seite durchsetzten. Für die deutsche Regierung und die deutsche Seite insgesamt war die Abstimmung so, wie sie dann im Februar und März 1920 gemäß dem am 28. Juni 1919 unterzeichneten und am 10. Januar 1920 in Kraft tretenden Friedensvertrag vorgenommen wurde, nach Brockdorff-Rantzaus Worten dann auch „ein willkürliches Diktat der Entente“, das Dänemark „einer freiwilligen Zustimmung Deutschlands vorgezogen“ habe.<sup>26</sup> Und weiter heißt es bei ihm in der Rückschau des Jahres 1921: „So bleibt der Anspruch auf eine wirkliche und gerechte Abstimmung bestehen.“

Immerhin war Brockdorff-Rantzau aus seiner Retrospektive so ehrlich, Fehler der eigenen Seite in der Nordschleswig-Frage einzugestehen, ohne freilich eine schlüssige Konsequenz daraus zu ziehen: „Durch eine kurzsichtige und inkonsequente Politik Preußens am Leben erhalten, hatte die sogenannte ‚südjütische Frage‘ in Dänemark während des letzten Jahrzehnts wesentlich an Zugkraft verloren und war, als der Weltkrieg ausbrach, beinahe zu einer innerpolitischen Parteifrage zusammengeschrumpft; nur die Chauvinisten suchten noch nach außen den Anschein zu erwecken, als rechneten sie bei der Abstimmung mit der ‚Wiedervereinigung‘. Kein einsichtiger dänischer Politiker gab sich einer Täu-



Abb. 4 Karte der Abstimmungsgebiete in Schleswig

schung darüber hin (...), daß die von ihnen so laut geforderte Durchführung des § 5 des Prager Friedens ihre Hoffnungen nicht erfüllt hätte, und daß die mit der Zugehörigkeit zu dem mächtigen Deutschen Reich verknüpften wirtschaftlichen Interessen in den vielumstrittenen nordschleswigschen Kreisen – an Zonen dachte damals niemand – schließlich den Ausschlag gegeben haben würde. Bei Ausbruch des Krieges und in seinem ersten Stadium hüteten die sonst so mutigen Schreier daher weislich ihre Zunge. (...) Hätte das Kriegsglück nicht gegen uns entschieden, dann wäre die ‚südjütische Frage‘ für immer abgetan gewesen; mit dem Zusammenbruch Deutschlands wurde sie zu neuem Leben erweckt.“

Für ihn stand im Hinblick auf Nordschleswig dagegen fest: „Das Diktat von Versailles bedeutet keine Lösung. Ich bin stets, vor, während und nach dem Kriege, für eine weitausschauende Politik unseren nördlichen Nachbarn gegenüber eingetreten, denn auch heute noch bin ich davon überzeugt, daß Deutschland und Dänemark aufeinander angewiesen sind. Nationalistischer Chauvinismus bietet aber keine Basis für eine gesunde Politik, weder in Deutschland noch in Dänemark. Auch an Schleswig-Holstein hat der Gewaltfriede von Versailles schweres Unrecht begangen. Aber Recht muß doch einmal wieder Recht werden.“ Brockdorff-Rantzau fasst für die deutsche Seite der Zeit nach Versailles symptomatisch: Man sieht die Frustration und Verzweiflung über die harten und als durchweg ungerecht empfundenen Bestimmungen eines Friedens, der als weitestgehend revisionsbedürftig empfunden wurde, und speziell auf Nordschleswig bezogen ein aus heutiger Sicht merkwürdig anmutendes Unverständnis für das Verhalten und die Politik der dänischen Seite, die bis 1918 doch stets aus dem asymmetrischen Machtverhältnis zur benachbarten europäischen Großmacht Deutschland gehandelt hatte. Die bilaterale Lösung, die Brockdorff-Rantzau favorisiert und der deutschen Reichsregierung als strategisches Ziel implementiert hatte<sup>27</sup>, war demgemäß für die dänische Seite lediglich eine und dabei schließlich die weitaus schlechtere Option. In Berlin und Deutschland scheint man das so gar nicht wahrgenommen zu haben. Auf dieses Wahrnehmungsproblem spielte der dänische Politiker Edvard Brandes (1847-1931) in seinem Nachruf auf den 1928 verstorbenen Brockdorff-Rantzau an, wenn er meinte: „Nicht dem Großmut des alten Deutschland, nicht dem Gerechtigkeitsgefühl des neuen Deutschland, sondern Frankreich-England ist die Freigebung Nordschleswigs zuzuschreiben. Die Schleswiger kehrten nach Dänemark zurück durch die Abstimmung, die der Prager Friede zugesagt, Preußen aber gestrichen hatte.“<sup>28</sup>

## Anmerkungen

- 1 Mit den wichtigsten Nachweisen versehene, leicht veränderte Version des Vortrages, der am 10. Januar 2020 auf der Tagung „Genforeningen 1920–2020. Hvad betyder grænsen i dag?“ in Schloss Christiansborg in Kopenhagen gehalten wurde.
- 2 Siehe Klaus Alberts, Volksabstimmung 1920 – Als Nordschleswig zu Dänemark kam, Heide 2019; Jan Schlürmann, 1920. Eine Grenze für den Frieden. Die Volksabstimmung zwischen Deutschland und Dänemark, Kiel/Hamburg 2019.
- 3 Z.B. Caroline E. Weber, 1920/2020: Elf Kieler Blickwinkel auf die Schleswiger Grenzabstimmungen, in: Mitteilungen der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 97 (2019), S. 11-27.
- 4 Zitat aus Schlürmann, S. 86. – Ganz in diese Richtung argumentiert auch Hans Schultz Hansen, Die dänisch gesinnten Nordschleswiger. Wiederaufnahme der schleswigischen Grenzfrage im Oktober-November 1918, in: Demokratische Geschichte 30 (2019), S. 11-36, z.B. S. 11: „Dieser Artikel möchte beleuchten, wie es H.P. Hanssen gelang, die schleswigsche Grenzfrage auf die Agenda zu bringen.“
- 5 Zitat aus Graf Brockdorff-Rantzau, Dokumente und Gedanken um Versailles, Berlin 1925, S. 140.
- 6 Dazu und zum Folgenden Alberts, S. 102-120; Schlürmann, S. 51, 60.
- 7 Dazu und zum Folgenden Schlürmann, S. 73.
- 8 Vgl. zu ihm neben der im Folgenden zitierten neueren Literatur auch den Artikel von Christiane Scheidemann, Brockdorff-Rantzau, Ulrich Carl Christian Graf, in: Biographisches Lexikon für Schleswig-Holstein und Lübeck, Bd. 13, Neumünster 2012, S. 77-82 und zudem die älteren Arbeiten von Leo Haupts, Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau. Diplomat und Minister in Kaiserreich und Republik (Persönlichkeit und Geschichte, Bd. 116/117), Göttingen 1984; Edgar Stern-Rubarth, Graf Brockdorff-Rantzau. Wanderer zwischen den Welten, Herford/Bonn 1968.
- 9 Zitat aus Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA AA), Bestand NL Brockdorff-Rantzau, Nr. 5/3 bzw. RZ 201, „Die nordschleswigsche Frage“, Bd. 1, 1918, Bestell-Nr. R 5248. – Schlürmann, S. 82, erwähnt diese in meinen Augen für die nachgehende deutsche Position ganz zentrale Denkschrift in gerade einmal einem Halbsatz. – Ausführlicher behandeln sie hingegen Alberts, S. 139f. (hier mit dem interessanten Hinweis, dass Brockdorff-Rantzau vielleicht schon im Frühjahr 1915 gegenüber einem Vertreter der dänischen Regierung eine Andeutung machte, er habe die Vollmacht zu untersuchen, wie die Nordschleswig-Frage „aus der Welt geschafft werden könne, nach dem Krieg“) sowie Christiane Scheidemann, Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau (1869-1928). Eine politische Biographie (Europäische Hochschulschriften, Reihe III, Bd. 788), Frankfurt a.M. 1998, S. 248-250 und bereits Christian Degn, Schleswig-Holstein – eine Landesgeschichte. Historischer Atlas, Neumünster 1994, S. 264f.; kurz darauf eingegangen wird auch bei Arne Segelke, Brockdorff-Rantzau und die „Schleswig-Holsteinische Frage“, in: Demokratische Geschichte 25 (2014), S. 81-102, hier S. 94 – die „ganz geheime“ Denkschrift wurde aber bestimmt nicht am 17.10.1918 „publiziert“.



- 10 Nochmals PP AA, NL Brockdorff-Rantzau, Nr. 5/3. Daraus auch die folgenden Zitate.
- 11 Schlürmann, S. 79.
- 12 Schlürmann, S. 82.
- 13 H(ans) P(eter) Hanssen, Grænsepørgsmaalet. Bidrag til dets Historie. En Redegørelse, Kopenhagen 1920, S. 10, zitiert nach Schlürmann, S. 81; Schultz Hansen, S. 13.
- 14 Schlürmann, S. 78 (mit Hanssen, S. 26) und 86.
- 15 Dazu und zum Folgenden nochmals Schlürmann, S. 81-86 mit Hanssen, S. 21f.
- 16 Schultz Hansen, S. 16f.
- 17 Schultz Hansen, S. 17.
- 18 Schultz Hansen, S. 26.
- 19 Vgl. dazu und zum Folgenden Schlürmann, S. 92f.
- 20 Dazu und zum Folgenden Schlürmann, S. 91-98; Schultz Hansen, S. 17-19, 26.
- 21 Ausführlich zu den damaligen Ereignissen Schultz Hansen, S. 26-32.
- 22 Alberts, S. 150-160; Schlürmann, S. 129-131.
- 23 Segelke, S. 95. Auch zum Folgenden. Dort zitiert nach: Graf Brockdorff-Rantzau, Dokumente, Berlin o.J. [1920], S. 85.
- 24 Axel Linvald, Genforeningens Historie, in: Sønderjylland, Bd. 1, Kopenhagen 1919, S. 369-457, hier S. 452.
- 25 Dazu und zum Folgenden: Schlürmann, S. 135f.
- 26 Dieses und die folgenden Zitate aus Graf Brockdorff-Rantzau, Dokumente und Gedanken um Versailles, S. 140f. – Segelke, S. 97.
- 27 Noch am 14.11.1918 sprach Außenstaatssekretär Solf im Gespräch mit Aage Friis von einem direkten deutsch-dänischen Abkommen in dieser Frage.
- 28 Edvard Brandes, Graf Brockdorff-Rantzau und die dänische Neutralität, in: Europäische Gespräche Nr. 7, 01/1929, S. 30-35, hier S. 34.

#### Abbildungsnachweise

- Abb. 1 Edgar Stern-Rubarth, Graf Brockdorff-Rantzau. Wanderer zwischen zwei Welten, Bielefeld 1968, Titelblatt
- Abb. 2 Kreis- und Stadtarchiv Schleswig
- Abb. 3 verändert übernommen aus: Oliver Auge (Hrsg.), 150 Jahre Kreise in Schleswig-Holstein. Vom preußischen Erlass zum kommunalpolitischen Zukunftsprojekt, Festgabe zum Jubiläum am 22. September 2017, Kiel 2017, Buchcover (Rückseite)
- Abb. 4 Christian Degn, Schleswig-Holstein – Eine Landesgeschichte. Historischer Atlas, Neumünster, 1994, S. 267.



# Als Schleswig geteilt oder wiedervereinigt wurde: Die dänische Perspektive

*Ein historischer Essay*

von STEEN BO FRANDBSEN

*Im Folgenden geben wir den Vortrag wieder, den Prof. Steen Bo Frandsen, Professor am Institut für Staatswissenschaft an der Syddansk Universität (Sonderburg) und Leiter des renomierten Instituts for Grænseregionsforskning bei der traditionellen Tagung des Bundes Deutscher Nordschleswiger zu Jahresbeginn 2020 in der Europa Akademie Sankelmark gehalten hat. Steen Bo Frandsen setzt sich kritisch mit dem Begriff der „Wiedervereinigung“ sowie der Funktion der heutigen Nationalstaatsgrenze auseinander. Für den Abdruck in den Grenzfriedensheften wurde der Vortrag leicht überarbeitet.*

*Die Redaktion*

## **Einleitung**

Es ist wieder Jubiläumszeit, und diesmal steht die ganze Grenzregion Kopf. Eben hatten wir noch 1864, nun ist es 1920. Obwohl Jubiläen der Gerechtigkeit unterliegen, dass alle wichtigen Ereignisse früher oder später einen runden Geburtstag erreichen, fallen nicht alle großen Tage auf die günstigsten Zeitpunkte. Des Kriegs 1864 sollte unbedingt gedacht werden, als der Bürgerkrieg den Bewohnern der Nachbarländer endlich unwirklich zu werden begann. Praktisch verlief das 150. Jubeljahr dann weit besser, als man hätte fürchten können, und bildete den Beginn eines differenzierteren Umgangs mit dem fatalen Krieg. Ob dies beim 1920-Jubiläum ebenso der Fall sein wird, wissen wir noch nicht. Seine erheblichen Dimensionen auf dänischer Seite sind nicht verwunderlich und hätten deutscherseits nicht so viele überraschen sollen. Grænsen – die Grenze – in bestimmter Form Singular, gilt in der dänischen Geschichte und Kultur als etwas ganz Großes. Der Kalender ist bis in den Frühsommer angefüllt mit einer Vielzahl von Aktivitäten und Arrangements. Das Königshaus ist ganz wie 1920 in die Ereignisse eingebunden, doch bleibt unsicher, ob eine tiefere Analyse folgen wird, weshalb und wie die Wiederkehr Sønderjyllands mit der

Geschichte der Dynastie und der Unterordnung der Monarchie unter den Nationalstaat verbunden ist. Dies wird davon abhängen, inwieweit es den Dänen gelingen wird, das Jahr anders als in einem nationalen Hype zu überstehen. Von den Historikern wird erwartet, dass sie bestimmte geschichtliche Ereignisse mitfeiern, wenn diese einen Jahrestag haben. Dies erfolgt sicher nicht unverschuldet, denn sie haben ja selbst dazu beigetragen, den Kanon erinnerungswürdiger Begebenheiten und Personen zu konstruieren, die zum Gegenstand feierlicher Veranstaltungen gemacht werden. Da Jubiläen eine Form der Traditionspflege sind, wird von den Historikern zunächst erwartet, dass sie die bekannten Geschichten davon nacherzählen, wie „es einmal war“. Jubiläen sind nicht dazu da, neue Horizonte zu erkunden oder die Geschichte in einem anderen Licht zu betrachten. Nun glauben viele dieser Historiker jedoch nicht, dass sie lediglich bekannte Erklärungen dessen, was geschehen ist, wiederholen sollten. Sie verstehen ein Jubiläum und das Interesse der Öffentlichkeit für ihre Arbeit geradezu als Chance, das Ereignis in seinem Kontext zu betrachten und es auf spätere Zeiten zu beziehen – zwei wichtige Elemente im Umgang mit jedem Erinnerungsort, den keine Gegenwart zu überblicken vermag. Dies ist nicht immer Grund zum Feiern oder für unkritische Begeisterung, manchmal jedoch für Nachdenken, Differenzierung und Abwägen. Dies wird ihnen schnell übelgenommen.

Ein kürzlich publizierter Beitrag in Berlingske Tidende trug deshalb den Titel „Warum können wir uns nicht über die Wiedervereinigung freuen?“<sup>1</sup> Aber es geht nicht nur darum. Natürlich kann man sich als Däne über die Wiedervereinigung freuen, doch sollte das nicht ohne kritische Überlegungen erfolgen. Sonst wären der Historiker und die anderen ja bloß oberflächliche, die Schattenseiten ignorierende „Hurra-Nationalisten“ und würden all den Menschen Unrecht tun, die sich damals oder später nicht im Mainstream des Enthusiasmus wiederfanden. Das verweist allerdings auf einen wesentlichen Unterschied zwischen den beiden Nachbarn, die sich im Grenzland treffen. Beim südlichen Nachbarn, für den das übrigens auch eine Grenze ist, führten neuere historische Ereignisse und unverzeihliche Fehler zu einer weit kritischeren Haltung und einer Ablehnung der tradierten Sichtweisen des Nationalismus. Etwas Entsprechendes ist in Dänemark nur zu einem geringen Grad bekannt – und das liegt nicht allein am felsenfesten Glauben der Dänen, stets und immer auf der richtigen Seite gewesen zu sein. In der dänischen Kultur finden sich schlichtweg keine Voraussetzungen dafür, die Skepsis oder Selbstkritik der Deutschen zu übernehmen, auch wenn nicht ganz ausgeschlossen werden kann, dass die Dänen selbst neue Erkenntnisse gewinnen könnten, wenn sie ihre eigene Geschichte stärker problematisierten oder sie mit der anderer verglichen. Gerade der hundertste Jahrestag ist eine passende Gelegenheit, um bei allen Festivitäten einen kri-



Abb. 1 Dänisches Abstimmungsplakat 1920

tischeren Blick auf den selbstverständlichen Umgang der dänischen Tradition mit dieser großartigen Grenze zu werfen.

Von deutscher Seite kommen andere und kritischere Positionen zu einer Grenzziehung, die nie begeistert begrüßt wurde, sondern nur mit Abtretung und Verlust verbunden war. Sicher trifft die unkritische Benutzung des ideologischen Begriffs der Wiedervereinigung durch die Dänen sowohl auf Enttäuschung als auch auf Ablehnung. Wie man auch die zugrundeliegenden Motive wertet, zeugt der Gebrauch des Begriffs nicht von Willen und Offenheit, die Grenze aus heutiger Perspektive zu sehen – und sie schließlich mit denen zu teilen, die zufällig auf der anderen Seite des Zauns wohnen. Doch es war und ist seit langem das Privileg der Dänen gewesen, die Interpretation dieses Raums und seiner Geschichte zu bestimmen. Nicht, dass die Dänen in dem langen Konflikt unschuldige Opfer waren, doch zum einen hatten sie den Vorteil, dass ihre Zeit als Unterdrücker (die 1850er Jahre) noch länger zurücklag – zum anderen übertrafen die Deutschen oder Preußen die Dummheiten der Dänen im Folgenden um ein Vielfaches. Seit 1864 haben die Dänen mit großem Recht behaupten können, die Moral auf ihrer Seite zu wissen – auch wenn das keinen besonders konstruktiven Zugang darstellt.

### **Genforeningen- ein problematischer Begriff**

Genforeningen (Die Wiedervereinigung) ist der Titel der Feiern im Jahr 2020. Und zwar deshalb, weil die Dänen wie stets ihre Geschichte allein feiern – ohne den Willen oder das Bedürfnis, ihre eigene Vergangenheit in einem größeren Kontext zu sehen. Genforeningen ist ein vertrauter Begriff in der dänischen Nationalerzählung, die niemand ernstlich anzweifelt. Es heißt Genforeningen, weil das den endgültigen und erfolgreich gestalteten Ausgang eines langen und bitteren Konflikts bezeichnet. Genforeningen verdeckt die Beobachtung, dass das Resultat für eine Nation, die für ganz Schleswig gekämpft und nur ein halbes zurückbekommen hatte, eine Niederlage war. Hingegen bot Genforeningen den Dänen die Möglichkeit, das Trauma des vorherigen Jahrhunderts zu überwinden und – obwohl es noch eine Generation dauern wird – ihre überzogenen Ideen aufzugeben, das ganze „alte Land“ zurückzugewinnen. Genforeningen bezeichnet eigentlich einen Schlussstrich, auch wenn sie sich nur als kurze Pause erwies, bevor der Grenzkampf noch viele Jahre weiterging. Genforeningen heißt es auch 2020, weil Event- und Marketinginteressen mehr als alle anderen Rücksichten zählen, und Genforeningen ist ein Kassenschlager. Es heißt ganz unkritisch Genforeningen, auch wenn wir eigentlich ein Stück weitergekommen sind. Der große Historiker des Ereignisses Troels Fink nannte bereits 1979 in seinem zentralen dreibändigen Werk *Da Sønderjylland blev delt*

(Als Südjütland geteilt wurde) die Dinge beim Namen, weil genau dies mit einer Region geschah, die trotz aller inneren Verschiedenheiten jahrhundertlang als ein eigenes Land verstanden worden war.<sup>2</sup> Doch ist die Teilung Schleswigs nichts zum Feiern; dies würde Fragen über etwas provozieren, in das sich die wenigsten gern verwickeln lassen möchten – beispielsweise über Schleswigs Geschichte oder über die unglückliche Nationalisierung der Region durch Deutsche und Dänen, die zu ihrer Sprengung führte, weil keiner den Gedanken ertragen konnte, es hier, zwischen ihren Nationalstaaten, mit einer Übergangsregion ohne eindeutige nationale Färbung zu tun zu haben.

Genforeningen wendet sich ab; sie perpetuiert ein Geschichtsverständnis, als gehöre sie nur den Dänen, als ginge es nicht darum, sie zur Entwicklung einer Nachbarschaft und dem Überwinden alter Gegensätze zu nutzen. Die Dänen feiern wieder ihre Grenze, und da es wieder „cool“ ist, national zu sein, mangelt es der Debatte auch 2020 völlig an der Skepsis gegenüber Grenzen, die sich im europäischen Prozess finden lassen. Die Grenze ist ein Gut, eine Errungenschaft und fern aller europäischen Vorstellungen von Grenzen als „Narben der Geschichte“.<sup>3</sup>

Es ist schwierig, überzeugende Argumente zu finden, warum die Rede von einer „Wiedervereinigung“ sein soll, betrachtet man die vielen vergangenen Jahrhunderte, in denen Schleswig und das Königreich aller zugrundeliegenden Verbindungen zum Trotz getrennte Einheiten waren. Dies war auch nicht der offizielle Name, der 1920 von der dänischen Regierung oder den führenden Politikern genutzt wurde. Als der dänische Historiker und Staatsminister Niels Neergaard am 11. Juli 1920 bei den Festlichkeiten auf Dybbøl Banke (der Düppeler Anhöhe) sprach, gab er den dänischen Schleswigern südlich der neuen Grenze das seither oft wiederholte Versprechen, dass man sie nicht vergessen werde, und der deutschen Minderheit, dass man sie anständig behandeln wolle. Doch sagte er auch: „Wir reden von Wiedervereinigung. Die Sache ist die, dass nie in unserer tausendjährigen Geschichte Südjütland eins war mit Dänemark. Erst jetzt geschieht dies nach dem eigenen glücklichen Willen der Südjüten.“<sup>4</sup> Genforeningen ist also ein ideologischer Begriff, doch ist er ebenso eine gefühlsträchtige Bezeichnung, was ihre mächtige Durchschlagskraft in der nationalen Kultur erklärt. Sie lässt sich einfach nicht mehr aus der dänischen Geschichte heraus denken. Die deutsche Vergangenheit kennt ebenfalls Begriffe, die sich festgebissen haben, ungeachtet ihrer mangelnden Übereinstimmung mit der Realität. Die Schlacht bei Sadowa 1866 ging in die Geschichte als Königgrätz ein, weil dieser Ort als Name für den entscheidenden Sieg der Preußen über die Österreicher imponierender klang. Genforeningen verkauft sich, und die Dänen können ein weiteres Mal in vollen Zügen den unkümmerten Umgang mit der Geschichte auskosten, den ihre deutschen Nachbarn nicht mehr besitzen.

Nach 1920 zeigte es sich, dass es weit größere Integrations- und Anpassungsschwierigkeiten gab als erwartet, als das „dänische“ Nordschleswig nach Hause kam, und deshalb eignete sich Genforeningen als Begriff, der allen Zweifeln entgegenwirken konnte. Der Begriff bezeichnete etwas Selbstverständliches und Definitives. Heutzutage sind die Probleme der 1920er Jahre vergessen, und Sønderjylland ist längst in Dänemark aufgegangen. Es ist eine Landschaft mit dem Ruf einer gewissen Eigenart, doch dass sie zu Dänemark gehört, wird nie bezweifelt. Spätestens mit dem sang- und klanglosen Verschwinden Sønderjyllands in der neuen Reißbrettregion Sydjylland zu Beginn des neuen Jahrtausends ist die regionale Besonderheit Folklore geworden. Genforeningen war lange ein selbstverständlicher dänischer Erinnerungsort. In Dänemark steht die Wir-Erzählung weiterhin in hohem Kurs, und auch das unterscheidet sehr markant dänische und deutsche Kultur und gesellschaftliche Entwicklungen. Das einzige Argument, das einhundert Jahre später wohl eine gewisse Betroffenheit hervorrufen kann ist, dass Genforeningen ja nicht für alle war. Es lässt sich nicht bestreiten, dass die deutsche Minderheit ein anderes Verständnis hatte, aber schwerer wiegt natürlich das Schicksal der dänischen Mittelschleswiger. Den Dänen südlich der Grenze fällt es auch 2020 schwer, sich zu den Vorkommnissen zu verhalten. Was soll ein dänisch gesinnter Südschleswiger davon halten, wenn die Dänen über eine Wiedervereinigung jubeln, die ihn selbst ausschließt?

Die „Ihr werdet nicht vergessen“-Rhetorik ist stets das angebotene Pflaster. Doch wirkt es weiterhin, als hätten die Dänen nie ganz verstanden, was in Schleswig geschehen ist. Dass sie selbst es waren, die mit einer scharfen Definition vom Dänischsein realiter all jene ausschlossen, die nicht dänisch waren – so, wie man das nördlich der neuen Grenze in diesem steinhart nationalisierten Milieu war. Mitten im starken homogenen Dänentum fanden sich nie die Zeit und die Ressourcen, über ein Paradox nachzudenken: Solange Schleswig ein national gemischtes Land war, konnte es mit Dänemark verbunden sein. Als es nationalisiert wurde, ging es verloren und wurde aufgesprengt.

Betrachten wir die Geschichte mit dänischen Augen, ist „Wiedervereinigung“ deshalb aus mehreren Gründen trotz aller Vorbehalte eine passende Bezeichnung. Wir können nicht anders, als zu akzeptieren, dass die nationale Ideologie so stark war und so dominant, dass sie ihre Begriffe durchsetzen konnte. Denn der Wiedervereinigung war eine lange Phase vorausgegangen, in der der dänisch gesinnte Teil der Schleswiger sich nationalisiert und mit großer Überzeugung von jedem Gedanken an eine allgemeine schleswigsche oder gar eine preußische Nationsbildung abgewandt hatte. Das war nicht erstaunlich, denn die Schleswig-Holsteiner hatten keinen Platz für das Dänische, und später kamen die Preußen, deren komplettes Fehlen von Verständnis der Lage, deren Repressionen und



Abb. 2 Deutsche Stimmen bei der Volksabstimmung in Nordschleswig nach Karl Alnor

dumme Maßnahmen die effektivsten Propagandainstrumente für den dänischen Nationalismus waren, die man sich überhaupt vorstellen konnte. Seit der preußischen Eroberung nach dem Krieg 1864 bis zur Grenzrevision 1920 hatte die nationale Idee, zurückzukehren in die staatliche Bindung mit dem Königreich, sozusagen „wiedervereint“ zu werden, die entscheidende Rolle im dänischen nationalen Kampf in Schleswig gespielt. Der nationale Glaube daran, dass die Sprache und die Identität bestimmend waren, machte eine „Wiedervereinigung“ zum Ziel des Kampfs für die dänischen Schleswiger.

### Abkehr von der Eider-Politik

Die Deutschen sollten in gewisser Hinsicht Genforeningen auch positiv verstehen können, weil dies praktisch die Aufgabe der Eiderpolitik mit einschloss. Dies war keine leichte Entscheidung für die Dänen, denn die Vorstellung von der Eider als Südgrenze hatte die nationale Begeisterung während beider Schleswigschen Kriege getragen. Sowohl 1848–1850 als auch 1864 war es nicht gelungen, diese Eider-Ideologie durchzusetzen, auch wenn sie für die Dänen eine wasserdichte Begründung im Staatsrecht besaß, das Schleswig klar als ein dänisches Lehen



definierte. Das Problem mit der Eider als Grenze war stets, dass diese staatliche Grenze einfach keine nationale, sprachliche oder sich auf Identität gründende Grenze markierte – doch ging es eben gerade um einen Nationalstaat, für den die Eiderdänen kämpften. Während (zu) viele Deutsche auch nach 1864 nicht einsehen wollten, dass Schleswig nicht bis zur Königsau deutsch war, setzte nach der gewaltigen Niederlage in dänischen moderaten Kreisen ein Umdenken ein. Schleswigs Teilung hatte vor 1864 nur wenige überzeugte Anhänger, doch dann wuchs die Erkenntnis, dass nicht ganz Schleswig eine dänische Nationalität besaß. Auch unter den dänischen Nordschleswigern gewann diese Überzeugung an Boden. Dies änderte jedoch nichts daran, dass eine Teilung einen ersten Verlust im Verhältnis zu den nationalen Parolen der Schleswigschen Kriegen darstellte. Die Dänen verloren die Hälfte eines alten Herzogtums, das ihre nationalen Ideologen mit dem schlagkräftigen „Dänemark bis zur Eider“ als unteilbar erklärt hatten. Staatsrechtlich hatten die Dänen recht, doch das dänische Schleswig, für das sie gekämpft hatten, existierte nicht.

Dänische Soldaten waren für die Eidergrenze und das unteilbare Schleswig gefallen. Niemand war gefallen für eine Teilung an einer Grenze mitten durch die Region. Doch mit der starken Nationalisierung der Nordschleswiger setzte sich in nationalen Fragen ein Maßhalten durch, das die Grundlage für eine Lösung schuf, die auf das verzichtete, was nicht ganz dänisch war. Diese Erkenntnis ging einher mit einer neuen Definition des Nationalen, die sich in weiten Kreisen im nationalen dänischen Kleinstaat durchsetzte. Man wollte man selbst sein und nicht wieder wie vor 1864 in einem Staat mit mehreren Nationalitäten leben. Die Mehrzahl der Dänen wollte einfach keine schleswigschen Gebiete mit deutscher Mehrheit oder eine Bevölkerung, die sprachlich und kulturell nicht eindeutig dänisch war. Dies hätte den Nationalstaat bedroht, und den wollte in Dänemark niemand mehr aufs Spiel setzen.

## **Wilson's Friedensprogramm als große Chance**

Während des Ersten Weltkriegs bewahrte Dänemark aus Rücksicht auf den großen Nachbarn seine Neutralität. Zahlreiche dänische Schleswiger kämpften und fielen auf deutscher Seite. In manchen Kreisen wurde erwartet, dass diese Freundlichkeit vielleicht zu einer entgegenkommenden deutschen Haltung in der Grenzfrage führen würde. Dies war nicht unbegründet, denn unter anderem im Auswärtigen Amt war man der Möglichkeit gegenüber nicht abgeneigt, die Dänen für ihre Politik während des Kriegs zu belohnen. Die Diplomaten und einige deutsche Politiker waren es müde, dass die Eingliederung des streitbaren und überwiegend dänisch gesinnten Nordschleswig Deutschlands Popularität und seinen Möglichkeiten in allen nordischen Ländern geschadet hatte. Mit dem



Friedensprogramm des amerikanischen Präsidenten Thomas Woodrow Wilson bot sich eine Chance. Die Zeit für eine proaktive Politik schien gekommen, doch kam das deutsche Angebot für eine bilaterale Lösung spät und, wie es sich zeigen sollte, zu spät. Die Pariser Friedenskonferenz von 1919 setzte die Schleswig-Frage auf die Agenda. Ihre Internationalisierung war für Deutschland kein Vorteil, wohingegen Dänemark dem Risiko bilateraler Verhandlungen entging und auf nicht zuletzt französisches Wohlwollen hoffen konnte. Beschlossen wurde, das Selbstbestimmungsrecht der Völker anzuwenden, um eine dauerhafte Lösung zu finden – und die Ergebnisse der beiden Schleswiger Volksabstimmungen vom Winter 1920 bestimmten den Grenzverlauf.

Dänische Wünsche wurden in weitem Umfang berücksichtigt, so bei der Aufteilung in Zonen und bei den Modalitäten, nach denen in der nördlichen Zone en bloc, in der mittelschleswigschen Zone jedoch gemeindeweise abgestimmt werden sollte. Weil die Dänen völlig sicher waren, in Zone 1 zu gewinnen, war dies eine wichtige Vorentscheidung. Die Zonengrenze, die im Großen und Ganzen dem Vorschlag des dänischen Historikers Hans Victor Clausen (1861–1937) folgte, war damit für die Dänen eine Minimallösung. Sollte sich eine Mehrheit in einer oder mehreren Gemeinden in der zweiten Zone ergeben, sollten die Dänen verlangen können, diese zu übertragen – eine Möglichkeit, die den Deutschen für die erste Zone nicht geboten wurde. Hinter den Kulissen gab es in Dänemark eine heftige Auseinandersetzung, weil nationale Kräfte forderten, dass die Regierung Flensburg in der sicheren Zone platzierte, was diese jedoch, hauptsächlich aus Furcht, eine große deutsche Stadt auf dänischer Seite zu bekommen, zurückwies.

Die Grenze von 1920 war die absolut südlichste Linie, die von den Dänen im Rahmen des nationalen Selbstbestimmungsrechts erzielt werden konnte. Die Abstimmungsmodalitäten – besonders die Blockabstimmung in Nordschleswig – stießen auf harsche deutsche Kritik, die noch anwuchs, als deutlich wurde, dass in einzelnen Gemeinden nördlich der Grenzlinie faktisch deutsche Mehrheiten existierten. Etwas Entsprechendes fand sich auf der deutschen Seite der Grenze nicht, wo es überall eine deutsche Mehrheit gab. Für die Dänen – aber auch für die alliierten Siegermächte – waren die deutschen Einwände nicht zwingend. Die Dänen hatten den erwarteten großen Sieg in Zone 1 erzielt, und weit wichtiger als die wenigen Schönheitsfehler war es, dass sie faktisch weniger verlangt und genommen hatten, als ihnen nach eigenen nationalen Vorstellungen zustand. Vor allem der Verzicht auf Flensburg kostete Überwindung. Die dänische Zurückhaltung und der Wille, letztlich zu sagen, dass man nur das haben wollte, was wirklich dänisch war, wurde 1920 zur größten Errungenschaft – und hier waren die Dänen als „Sieger“ ihren deutschen Nachbarn tatsächlich weit voraus. In der Kritik an den Volksabstimmungen und der neuen Grenze hatten die Deut-

schen recht und irrten doch. Die Dänen selbst fanden, dass sie sich großzügig gezeigt hatten, denn sie glaubten weiterhin, dass die preußische Annexion des alten dänischen Lehens Recht und Ordnung mit Füßen getreten hatte. Die dänischen Schleswiger hatten das repressive preußische Regime mehr als ein halbes Jahrhundert lang ertragen müssen. Zwar konnten die Deutschen Siege in Hoyer, Tondern, Tingleff, Apenrade und Sonderburg vorweisen, doch hätten die Dänen in Versailles auch Forderungen stellen können, die ihnen zu einer völlig anderen Grenze verholfen hätten. Es waren die Dänen, die darauf verzichteten, Flensburg zu verlangen und die die Franzosen mit ihren allzu bescheidenen Forderungen enttäuschten.

### **Abschied von schleswigscher Tradition und Identität**

Der massive dänische Sieg von Zone 1 überraschte niemanden. Er zeigte lediglich, dass sich die Preußen längst auf eine freiwillige Grenzrevision hätten einlassen sollen, die das Problem Schleswig aus der Welt geschafft hätte, bevor die Frage Gegenstand internationaler Verhandlungen wurde. Der große deutsche Sieg von Zone 2 war schon überraschender und auf dänischer Seite eine Quelle tiefer Frustration. Was zeigte die dänische Niederlage in Mittelschleswig? Sie illustrierte jedenfalls die hier fehlende Tiefe des Dänischen und unterstrich wohl auch, wie schlecht die dänischen Nationalisten die Schleswiger und die Deutschen verstanden. Während die Dänen in ihren weit aufwendigeren und von herausragenden Künstlern gestalteten Plakaten gern den „Heim nach Dänemark“-Traum betonten, der nun realisiert werden sollte, oder sie an die Frustration der Schleswiger mit der Kriegsniederlage und der vorausgehenden dunklen Geschichte appellierten, zeigte Alexander Eckeners eindrucksvolles deutsches Abstimmungsplakat eine Gruppe Schleswiger mit einem älteren Mann im Vordergrund, der gelobt: „Seit 1000 Jahren sind wir Schleswiger. Wir wollen Schleswiger bleiben, darum stimmen wir deutsch“. Das ist ein Text, den ein dänisches Publikum auch heute nicht begreifen würde, der jedoch die Erfahrung wiedergibt, die viele Schleswiger bereits zuvor mit Dänemark, seinen Beamten und dänischen nationalen Vorstellungen allgemein gemacht hatten. Die deutsch gesinnten Schleswiger und viele Friesen verstanden, dass eine Stimme für Dänemark das Ende einer regionalen Identität bedeutete. Eine Stimme für Dänemark wäre einem Ja zum Dänischen und einem Verzicht auf eine schleswigsche Identität gleichgekommen. Für die gab es im Nationalstaat Dänemark keinen Platz, und diese Erfahrung mussten auch die dänisch Gesinnten machen. Als sie sich „heim“ nach Dänemark stimmten, verabschiedeten sie sich für immer von ihrer schleswigschen Tradition und allmählich auch von ihrer schleswigschen Identität.



Abb. 3 Deutsches Abstimmungsplakat von Alex Eckener 1920

## Fazit

Die Grenze von 1920 und die Anwendung des Selbstbestimmungsrechts der Völker in Schleswig waren ein Erfolg, doch das lag nicht notwendig daran, dass die Dänen, Deutschen und Schleswiger klüger oder höher entwickelt waren als Menschen anderer Konfliktregionen, wo dieses Recht zu keinen Lösungen führte. Selbst heute muss man noch vorsichtig sein, wenn man behauptet, dass die Grenzregion in der Art und Weise, wie sie die Probleme gelöst hat, einzigartig ist – besonders, wenn man kein gründliches Wissen darüber besitzt, wie die Nachbarn anderer Grenzregionen miteinander umgehen. In Europa finden sich einige Grenzgebiete, in denen die Nachbarn einander nicht bekriegten und ermordeten, bevor sie mit großer Mühe begannen, wieder einen zivilisierteren Umgang miteinander aufzunehmen.

Als die Volksabstimmungen im Winter 1920 unter internationaler Kontrolle durchgeführt wurden, war Schleswig bereits eine weitgehend befriedete Region ohne gewaltsame Vorfälle. Die nationalen Lager waren gut organisiert, und der tiefe nationale Gegensatz war durch jahrzehntelange, sorgsame Nationalisierungsarbeit ausgehoben und gesichert worden. Das Abstimmungsergebnis war so eindeutig, dass es auf beiden Seiten nicht wirklich etwas gab, gegen das man sich stemmen konnte. Dass trotzdem keine der Parteien bereit war, der anderen die Hand zu reichen und eine Brücke über die Vergangenheit zu schlagen, sondern man seine antagonistischen Spiele noch für Jahrzehnte fortsetzte, ist ein anderes Thema. Es sind vor allem die Minderheiten, die die Geschichte einer guten Nachbarschaft leben, und ihre wechselseitige Annäherung in den zurückliegenden Jahrzehnten stellt eines der positivsten Signale für die Region dar. Im hundertsten Jahr können die Politiker das gute Verhältnis feiern, ohne ansprechen zu müssen, wie lange es selbst nach 1920 brauchte, eine vernünftige Nachbarschaft aufzubauen, und sie können in ihren Reden stets vorteilhaft betonen, dass es heute jedenfalls viel besser ist, als es einmal war.

## Nachwort

Als das Manuskript für meinen Beitrag für die Jahrestagung des Bunds deutscher Nordschleswiger in Sankelmark im Januar 2020 geschrieben wurde, war das inzwischen so allgegenwärtige Covid-19-Virus noch ein Gerücht aus China. Inzwischen hat es natürlich auch die Grenzregion erreicht, und das opulente Festprogramm wird leider von Absagen getroffen. Das Jubiläum kann sich nicht vom Covid-19-Schatten befreien, und vor diesem Hintergrund können wir nicht viel zu seiner langfristigen Wirkung vermuten.

Dies ist für alle, die den Vorbereitungen Zeit und Energie gewidmet haben, sehr bedauerlich – und traurig für diejenigen, die sich interessante Erlebnisse erhofft hatten. Zugleich ist es aber nicht ohne eine gewisse Ironie, dass das weit überwiegend national angelegte Programm zu „unserer“ Grenze so gründlich von einem grenzüberschreitenden Problem aus der globalisierten Welt beeinträchtigt wird. Dies sollte Anlass zum Nachdenken geben. Dies sollte allen sagen, dass die Dänen doch nicht allein sind und dass sie erwägen müssen, wie sie sich selbst und ihre Grenze in einem größeren Kontext verstehen.

Die dramatische Schließung der dänischen Grenze – und die kurz darauf erfolgende Schließung deutscherseits – markiert etwas, von dem die meisten nicht glaubten, es einmal erleben zu müssen. Die Angemessenheit oder die vermutete Notwendigkeit dieser außerordentlichen Maßnahme soll hier nicht thematisiert werden. Es war von einer merkwürdigen Symbolik, dass die Grenzschließung exakt am hundertsten Jahrestag der Abstimmung in Zone 2 erfolgte, doch wäre es völlig verfehlt, hier eine Verbindung andeuten zu wollen.

Das Beunruhigendste ist ohnehin nicht das Datum, sondern die Beobachtung, dass es die dänische Regierung auch diesmal nicht für nötig befunden hat, im Vorfeld des Beschlusses andere zu konsultieren oder wenigstens über ihn zu informieren – trotz aller Bindungen in internationale Zusammenarbeit, nachbarschaftliche Freundschaftsbekundungen und trotz der vielen schönen Worte über das einmalige Verhältnis in der Grenzregion. Dänemark feiert seine Feste, baut seine Zäune und schließt seine Grenzen, ohne andere um Rat zu fragen.

#### Anmerkungen

- 1 Berlingske Tidende, 15.2. 2020. Kommentar von Christian Egander Skov.
- 2 Troels Fink, Da Slesvig blev delt 1918-1920, I-III, Apenrade 1979.
- 3 Europäische Charta der Grenz- und grenzübergreifenden Regionen, [https://www.aebr.eu/files/publications/110915\\_Charta\\_DE\\_clean.pdf](https://www.aebr.eu/files/publications/110915_Charta_DE_clean.pdf) (letzter Zugriff 20.2.2020).
- 4 Statsminister Niels Neergaards Genforeningstale på Dybbøl, <https://www.danmarkshistorien.dk>, (letzter Zugriff 20. 2. 2020).

#### Abbildungsnachweise:

Abb. 1-3 Deutsches Museum, Sonderburg

# Abrechnung?

## Die Verfahren gegen die Täter der Konzentrationslager Husum-Schwesing und Ladelund

von JENS-CHRISTIAN HANSEN

*Auf Einladung der Gemeinde Harrislee und des Arbeitskreises Harrislee-Bahnhof hielt zum Jahrestag des Beginns der Verschleppung der dänischen Polizeigefangenen aus dem Internierungslager Frøslev im vergangenen Jahr der dänische Historiker Jens Christian Hansen einen Vortrag über die Verfahren gegen die Entscheidungsträger und Täter der Konzentrationslager Husum-Schwesing und Ladelund. Diese Verfahren zählen noch heute zu den wichtigsten Quellen über die dort geschehenen Verbrechen und Gräueltaten. Anhand britischer, dänischer und deutscher Unterlagen schildert er die in den beiden Lagern verübten Gewalttaten und beschreibt, welche Rolle die überlebenden, ehemaligen Häftlinge als Augenzeugen bei der juristischen Aufarbeitung gespielt haben. Für die Grenzfriedenshefte hat der renommierte und schon mehrfach in den Grenzfriedensheften veröffentlichende Wissenschaftler vom Vendsyssel Historiske Museum in Hjørring den Vortrag, der im Wesentlichen auf den Ergebnissen seiner im Juni 2017 eingereichten und vor dem Historischen Institut der Syddansk Universität in Sonderburg verteidigten Dissertation beruht, überarbeitet und mit den notwendigen Hinweisen und Anmerkungen versehen. Die bisher unveröffentlichte Dissertation trägt den Titel: Koncentrationslejren Husum-Schwesing. Studier af en udelejrings fangesamfund, juridiske konsekvenser og sene erindringskultur, upubliceret ph.d.-afhandling, Institut for Historie, Syddansk Universitet.*

Die Redaktion

### Einleitung

Bereits während der Endphase des Zweiten Weltkriegs sammelten die Alliierten Beweise und Zeugenaussagen, um die Kriegsverbrecher des „Dritten Reiches“ vor Gericht stellen zu können. Besonders im letzten Kriegsjahr konnten sie sich u.a. durch Kriegsgefangene und Berichte des Internationalen Roten Kreuzes ein Bild machen, wobei das Ausmaß der nationalsozialistischen Gewaltverbrechen

in den Konzentrationslagern den Alliierten wohl erst richtig bei ihrer Befreiung klar wurde. Geregelt wurden die Kriegsverbrecherprozesse durch das Londoner Viermächte-Abkommen vom 8. August 1945 sowie in Bezug auf die britische Besatzungszone bereits durch den Royal Warrant vom 18. Juni 1945.<sup>1</sup>

Wichtig war jedoch, dass die Briten auf die Beweissicherung und Befragung von Zeugen in der unmittelbaren Nachkriegszeit vorbereitet waren, welches auch durch die Zusammenstellung von Ermittlergruppen geschah, die gleich nach der Befreiung ihre Arbeit aufnahmen. Die Kriegsverbrechen im Konzentrationslager Neuengamme und in seinen 87 Außenlagern wurden somit vom No. 2 War Crimes Investigation Unit ermittelt.<sup>2</sup>

Die Ermittlungsarbeiten lieferten die Grundlage für die britischen Militärgerichtsverfahren, die sogenannten Curiohaus-Prozesse, gegen die Täter des Konzentrationslagerkomplexes Neuengamme, wobei zwei gesonderte Verfahren sich mit den Verbrechen in den Außenlagern Husum-Schwesing und Ladelund auseinandersetzten. Diese waren das sogenannte Neuengamme Case IV sowie das Husum Außenkommando-Case. Die Ermittlungen sowie die Erkenntnisse aus diesen Verfahren lieferten später die Grundlagen für bundesdeutsche Ermittlungen gegen die Täter, die von den Briten nicht verurteilt werden konnten. Da Täter, die keine deutsche Staatsangehörigkeit besaßen, oft in ihren Heimatländern vor Gericht gestellt wurden, gab es zwischen den Behörden dieser Länder und den britischen Besatzungsbehörden gleichzeitig eine umfassende Zusammenarbeit, welches auch bei der Befragung von ehemaligen Häftlingen als Zeugen von Vorteil war. In Dänemark wurde somit auch ein dänischer Täter des Lagers Husum-Schwesing vor Gericht gestellt und zahlreiche ehemalige dänische Häftlinge waren Zeugen in den britischen und deutschen Verfahren. Zunächst soll jedoch erst auf die Voraussetzungen für die Lager und die dortigen Haftbedingungen eingegangen werden.

## **Die Außenlager Husum-Schwesing und Ladelund im Herbst 1944**

Die Konzentrationslager Husum-Schwesing und Ladelund gehören zu den dunkelsten Kapiteln der nordfriesischen Geschichte. Nach der alliierten Invasion in der Normandie im Juni 1944 kämpfte das „Dritte Reich“ jetzt an drei Fronten. Die NS-Spitze befürchtete deshalb den nächsten logischen Schritt des Gegners: Eine Nordfront durch eine alliierte Invasion entlang den Stränden Dänemarks oder der Deutschen Bucht. Um dieser entgegenzuwirken, sollten laut „Führerbefehl“<sup>3</sup> entlang der deutschen Nordseeküste, quer durch das südliche Jütland und Schleswig-Holstein sowie als Weser-Ems-Stellung entlang der niederländischen Grenze Panzergräben, und an wichtigen Knotenpunkten leicht befestigte MG-Stellungen, errichtet werden. Die Befestigungsanlagen entlang





Abb. 1 Der Hydrant auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Husum-Schwesing

der Deutschen Bucht bekamen die NS-typische, bombastische Bezeichnung „Friesenwall“, obwohl es sich dabei nur um recht primitive Bauwerke handelte. Der „Friesenwall“ sollte wegen der kritischen strategischen Lage so schnell wie möglich fertiggestellt werden, welches eine große logistische Herausforderung darstellte. Als Arbeitskräfte wurden deshalb insbesondere KZ-Häftlinge aus Neuengamme herangezogen, die in den Außenlagern Ladelund, Husum-Schwesing, Hamburg-Wedel, Aurich-Engerhufe, Meppen-Versen und Meppen-Dalum unter kümmerlichen Verhältnissen einquartiert wurden.<sup>4</sup>

Die ersten Häftlinge trafen am 26. September 1944 im Außenlager Husum-Schwesing ein. Der Alltag war von Beginn an von unmenschlichen Verhältnissen geprägt. Die harte Zwangsarbeit in den Panzergräben musste unter Aufsicht von Marineinfanterie und Funktionshäftlingen in aller Eile und oft unter schlechten Witterungsverhältnissen durchgeführt werden. Dabei wurden die Häftlinge oft von den „Kapos“, den privilegierten Funktionshäftlingen, geschlagen, um ein hohes Tempo gegenüber der SS gewährleisten zu können. Die Kapos waren dabei ein bewusst eingesetztes Terrorinstrument der SS, wobei die Marineinfanteristen in erster Linie als Bewacher in Postenketten außerhalb der Lager und der Arbeitsstätten eingesetzt wurden. Wenige SS-Männer konnten so die Außenlager mit Hilfe der Kapos beherrschen, wobei die Zusammensetzung der Lagergesellschaft auch ein mithelfender Faktor war. Diese bestand aus Häftlingen aus vielen verschiedenen besetzten Ländern mit oft verschiedenen Deportationsursachen. Vorurteile zwischen den Häftlingen aus Gründen der Nationalität oder der Deportationsursache waren von Seiten der SS gewollt, da eine „Babylonische Verwirrung“ zur besseren Aufrechterhaltung des Terrors innerhalb der Lager beitrug. Andere Faktoren im Lageralltag, die für die Häftlinge tödliche Konsequenzen haben konnten, waren der immer präsente Hunger, da von der SS nicht ausreichend Verpflegung zur Verfügung gestellt wurde, eine Überbelegung, die besonders in Husum-Schwesing zeitweilig extrem war; sowie dessen fatale hygienische Folgen, da die Latrinen im Lager nicht für so viele Menschen ausgelegt waren. Das Lager Husum-Schwesing war ursprünglich vor dem Krieg für bis zu 400 Bausoldaten ausgelegt worden, wobei im Herbst 1944 bis zu 2500 Häftlinge dort hausen mussten.<sup>5</sup>

Am schlimmsten war jedoch der fehlende Wille der SS, die Lebensumstände der Häftlinge zu verbessern und die sogar deren Tod billigend in Kauf nahm. Der Stützpunktleiter der Außenlager Husum-Schwesing und Ladelund, Hans Griem, antwortete deshalb dem dänischen Häftling und Lagerarzt Paul Thygesen, dass er jederzeit neues „Häftlingsmaterial“ aus Neuengamme zum Ausheben der Panzergräben bekommen könne, als dieser sich nach medizinischer Ausrüstung erkundigte um in seiner aussichtslosen Lage mehr Leben retten zu können.<sup>6</sup>

Griem war zusammen mit seiner rechten Hand, dem SS-Rottenführer Josef Klingler, gleichzeitig als ausgesprochener Sadist bekannt. Die „Bestrafungen“ von Häftlingen waren dabei oft von einer kreativen Absurdität gekennzeichnet. Klingler ordnete beispielsweise an, dass Häftlinge wie Vögel auf einem Hydranten mit Rüben in den Händen hocken mussten, wenn sie aus Hunger versucht hatten, verdorbenes Gemüse aus den Vorräten des Lagers zu entwenden. Beim Herunterfallen der oft erschöpften Häftlinge wurden diese dann von den Kapos mit mitunter tödlichen Konsequenzen zusammengeschlagen. Griem selber, der für seinen umfangreichen Alkoholkonsum bekannt war, schoss mit seiner

Dienstwaffe gerne auf die Häftlinge. Als Beispiel ist eine Episode zu nennen, bei der Griem die Häftlinge des Schonungskommandos in der Küchenbaracke zum Appell befahl, um feststellen zu können, wer wieder für die härtere Arbeit an den Panzergräben geeignet war. Da die geschwächten Häftlinge nicht schnell genug aus dem Gebäude kamen, schoss Griem kurzerhand von außen durch die dünnen Holzwände der Baracke, wobei ein Häftling verletzt und ein Häftling getötet wurde.<sup>7</sup>

Aus Gründen der geänderten strategischen Lage des „Dritten Reiches“ wurde das Außenlager Husum-Schwesing Ende Dezember 1944 aufgelöst und die Häftlinge über das Stammlager Neuengamme in andere Außenlager überführt. Einige von ihnen folgten Griem in das Außenlager Meppen-Dalum um auch dort Panzergräben auszuheben. Laut früherer Forschung kostete Husum-Schwesing binnen seiner drei monatigen Existenz 297 Menschen das Leben.<sup>8</sup> Im Außenlager Ladelund, welches nur etwa anderthalb Monate bestand, starb im Vergleich etwa die gleiche Anzahl von Häftlingen. Viele von ihnen waren jedoch schon bei ihrer Ankunft geschwächt, welches damit zu erklären ist, dass sie vorher lebensbedrohlichen Bedingungen in anderen Lagern wie Husum-Schwesing ausgesetzt oder aus Gründen ihrer Deportationsursache (z. B. die niederländischen Häftlinge aus Putten) auf ihr Schicksal schlecht vorbereitet waren. Dabei muss jedoch hinzugefügt werden, dass unzählige Häftlinge an den Folgen ihres Aufenthalts in Husum-Schwesing und Ladelund in anderen Lagern, nach ihrer Befreiung vor und nach Kriegsende sowie bei der Bombardierung der KZ-Schiffe in der Neustädter Bucht starben.

Die genannten Beispiele sind als Kontext für die späteren Verfahren gegen die Täter der nordfriesischen Konzentrationslager zu verstehen. Dabei gibt es zahlreiche weitere Szenen der Unmenschlichkeit, die in den Aussagen der Häftlinge wiedergegeben wurden. In diesem Beitrag soll jedoch in erster Linie auf die Konsequenzen für die Täter eingegangen werden, wobei sich der Text auf die SS-Mannschaften und die Kapos der Außenlager Husum-Schwesing und Ladelund begrenzt und sich nicht mit den Verfahren gegen die höheren Entscheidungsträger befasst.

## **Britische Militärgerichte 1945-1948**

Nach dem Zusammenbruch des „Dritten Reiches“ wurden ehemalige nationalsozialistische Konzentrationslager und andere Haftstätten in Nordwestdeutschland von der britischen Besatzungsmacht als sogenannte Civilian Internment Camps genutzt. Hier internierte man verdächtige NSDAP-Mitglieder, Funktionsträger und SS-Männer, um eine eventuelle Schuld oder Mitschuld feststellen zu können und um diese gleichzeitig zu ihrer Rolle während der NS-Zeit zu befragen. Dabei

ist anzumerken, dass die Bewachung dieser Hafteinrichtungen nicht mit den Sicherungsmaßnahmen der NS-Zeit vergleichbar war, weshalb vielen NS-Tätern die Flucht aus den Internierungslagern gelang. Hinzuzufügen ist, dass laut dem Historiker Reimer Möller nur 970 der ehemals 2.500 Wachmannschaften des Konzentrationslagers Neuengamme überhaupt interniert waren.<sup>9</sup>

Die obengenannten Ermittlergruppen befragten verdächtige Insassen, aber auch Bewohner der sogenannten Displaced Persons Camps, Lagereinrichtungen für ehemalige KZ-Häftlinge, Zwangsarbeiter und anderer Opfer der NS-Diktatur, die darauf warteten, in ihre Heimatländer zurückkehren zu können. Gleichzeitig besuchten die Ermittler die Tatorte der vermuteten Kriegsverbrechen, um sich vor Ort ein Bild zu machen und dort eventuelle Zeugen zu identifizieren und zu befragen. Viele der ehemaligen Außenlager, wie auch Husum-Schwesing, waren jetzt zu Flüchtlingslagern für Vertriebene geworden. Spuren der Gräueltaten waren vielerorts jedoch noch immer sichtbar, entweder in den Lagern selbst oder in ihrer unmittelbaren Nähe; z. B. auf den örtlichen Friedhöfen, wo die toten Häftlinge verscharrt worden waren. Angehörige der Friedhofsverwaltung oder der Pastor, wie beispielsweise Johannes Meyer in Ladelund, waren wichtige Zeugen, die sich anhand der Anzahl der Toten zum Ausmaß der Verbrechen äußern konnten.

Viele der Militärrichter hatten einen juristischen Hintergrund. Dieses war aber nicht immer bei den Richtern der Fall. Ab 1946 wichen die Briten davon ab, dass die Militärrichter ausgebildete Juristen sein mussten. Ein juristisch ausgebildeter Beisitzer als Repräsentant der britischen Militärgerichtsbarkeit war jedoch anwesend, um die Legalität des Verfahrensablaufs zu sichern und den Verlauf des Verfahrens zu dokumentieren. Das jeweilige Urteil musste nach seiner Verkündung vom Judge Advocate General's Office in London bestätigt werden, welches nicht immer der Fall war. Bei beiden Husum-Verfahren hatten die vorsitzenden Richter keinen juristischen Hintergrund. Vorsitzender Richter des Neuengamme Case IV war Oberstleutnant James Stanton, der auch bei 15 anderen Kriegsverbrechertribunalen den Vorsitz hatte. Beim vorsitzenden Richter des Husum Aussenkommando Case, Major Edward Conway van der Kiste, handelte es sich um einen Offizier, der auch 26 andere Verfahren leitete. Trotz fehlender juristischer Ausbildung, hatten beide Militärrichter deshalb gute Erfahrungen. Die Juristin Kathrin Hassel schließt aus ihrer Auswertung der Militärgerichtsverfahren in der britischen Besatzungszone und dessen Urteilsverkündungen, dass die Angeklagten durchgehend fair behandelt wurden.<sup>10</sup> Im Sommer 1945 bekamen die britischen Ermittler einen Tipp von einem niederländischen Häftling bezüglich der Massengräber auf dem Husumer Ostfriedhof. Im Juli wurden die Kapos Willi Demmer, Martin Tenz und Wilhelm Schneider von einem ehemaligen belgischen Häftling identifiziert und von den Alliierten



Abb. 2 Fotos als Beweismittel: Gräber auf dem Husumer Ostfriedhof

verhaftet. Im August 1945 führte eine Zeugenaussage eines Funktionshäftlings zur Festnahme Griems, der in Verbindung mit Gewaltverbrechen in Husum, Ladelund, Dalum und Versen gebracht wurde. Es wurde zunächst angenommen, dass Griem in Versen und Dalum, wie vorher auch in Husum und Ladelund, die Funktion des Stützpunktleiters hatte, welches sich jedoch nicht einwandfrei klären lässt. Auch Max Pauly, ehemaliger Kommandant des Konzentrationslagers Neuengamme, der sein Vorgesetzter gewesen war, belastete Griem in einem anderen Verfahren schwer.<sup>11</sup>

Drei andere ehemalige Häftlinge sowie der oben genannte Häftlingsarzt Thygesen berichteten den Ermittlern davon, wie Griem in Husum und Dalum russische Häftlinge getötet hatte. Auch Josef Klingler, der bereits Anfang Mai 1945 von den Alliierten verhaftet worden war, wurde von ehemaligen Häftlingen schwer belastet, wobei die sadistischen Misshandlungen mit Todesfolge, unter anderem die Bestrafungen unter Anwendung des Hydranten, eine zentrale Rolle spielten. Als die britischen Ermittler Klingler selbst befragten, stellte dieser sich als pflichterfüllenden SS-Mann dar, der jedoch nur den Befehlen seines Vor-

gesetzten folgte – eine Aussage, die später für Klingler verhängnisvoll werden sollte.<sup>12</sup>

Bei den Zeugenaussagen wurde klar, dass die Kapos bei den begangenen Verbrechen eine entscheidende Rolle spielten. Demmer wurde beschuldigt, einen Häftling durch die Postenkette von Marineinfanteristen getrieben zu haben, die diesen dann „auf der Flucht“ erschossen hätten.<sup>13</sup> Für das kommende Verfahren waren die Befragungen ehemaliger dänischer Häftlinge maßgebend. Einer von ihnen war der Häftlingsarzt Paul Thygesen, der durch seine Detailkenntnisse und seinem medizinischen Sachverstand zum Kronzeugen wurde.

### **Neuengamme Case IV**

Ende Mai 1946 beschloss das Judge Advocate General's Office in London anhand der Beweislage, Anklage gegen die SS-Männer Griem, Klingler, Eichler, Günther, Jacobs und Thümmel sowie gegen die Kapos Demmer, Tenz und Schneider wegen Kriegsverbrechen in den Lagern Husum, Ladelund, Dalum und Versen zu erheben. Die angeklagten wurden danach nach Neuengamme verlegt, wo sie sich über ihre jeweiligen Befragungen austauschen und sich ein Bild vom Ernst ihrer Lage machen konnten. Am 30. Juli 1946 gelang Tenz und Demmer die Flucht. Zwischen dem 2. und 3. August flüchtete Griem. Darauf wurde das Neuengamme Case IV-Verfahren, das eigentlich zwischen dem 13. und 18. August hätte stattfinden sollen, auf unbestimmte Zeit verschoben. Tenz wurde am 18. April 1947 bei seiner versuchten Verhaftung getötet. Griem verblieb untergetaucht.<sup>14</sup>

Das Verschwinden des Hauptangeklagten hatte große Bedeutung für den Verlauf der Gerichtsverhandlungen, die zwischen dem 11. und 21. März 1947 stattfanden. Nur Klingler, Eichler und Schneider konnten als Teil der Lagerverwaltung oder als Kapo angeklagt werden. Thümmel und Günther waren bereits in einem anderen Verfahren wegen Kriegsverbrechen im Außenlager Wilhelmshafen-Banter Weg verurteilt worden.<sup>15</sup> Klingler hatte sich, wie bereits erwähnt, als pflichtbewusster und diensteifriger SS-Mann dargestellt, der nur Befehle befolgt hätte. Nach der Flucht Griems wurde Klingler dadurch allerdings vor Gericht zum Hauptverantwortlichen. Das Militärgericht fand es unter anderem bewiesen, dass er Mitschuld an der groben Misshandlung und Einsperrung von niederländischen Häftlingen im Leichenschuppen des Außenlagers Husum-Schwesing sowie am Mord an einem sowjetischen Häftling in Dalum hatte. Die Verteidigung vertrat dabei die Ansicht, dass es anhand der mangelnden Beweise Zweifel an Klinglers Schuld gab und legte Berufung ein, die jedoch abgewiesen wurde.<sup>16</sup>

Richard Emanuel Eichler, ab 1. November 1944 eigentlicher Stellvertreter Griems in Husum, da Griem sich lieber in Ladelund aufhielt, war zuvor von Thygesen ent-





Abb. 3 Martin Tenz in britischer Haft

lastet worden. Thygesen nannte Eichler einen Nazi, der nicht in der Lage war, die Situation der Häftlinge zu ändern, sie jedoch auch nicht verschlechterte und kein Sadist war.<sup>17</sup> Schneider hingegen wurde durch Thygesen und Zdislaw Sokól, dem persönlichen Diener Griems belastet, die ihm beide einen ausgeprägten Willen zur Brutalität gegenüber seinen Mithäftlingen in den Lagern Husum und Dalum bescheinigten.<sup>18</sup> Das Gericht urteilte, dass Klingler, Eichler und Schneider der Misshandlung von alliierten Staatsbürgern in den Außenlagern Husum-Schwesing und Dalum schuldig wären. Dem Stellvertreter Eichler wurde dabei eine Mitverantwortung für die tödlichen Bedingungen in Husum-Schwesing zugesprochen. Klingler wurde außerdem für schuldig wegen Mordes an einem sowjetischen Häftling in Dalum erklärt. Straftaten im Lager Versen wurden wegen Griems Flucht hier nicht weiterverfolgt. Klingler wurde wegen Mordes zum Tode verurteilt. Schneider und Eichler bekamen je vier und fünf Jahre Gefängnis.<sup>19</sup> Schneider wurde 1948 vorzeitig entlassen.<sup>20</sup> Eichler starb 1949 im Zuchthaus Werl.<sup>21</sup> Josef Klingler wurde am 26. Juni 1947 um 10.02 Uhr im Zuchthaus Hameln gehängt.<sup>22</sup>

## Husum Außenkommando Case

Eine Rechnung war bei den britischen Militärgerichten in Bezug auf die nordfriesischen Konzentrationslager noch offen: Die Frage der Schuld des Kapos Willi Demmer. Die Briten zögerten, Anklage gegen Demmer zu erheben, da dieser während der Untersuchungshaft im Militärgefängnis Altona mehrmals in psychiatrische Einrichtungen eingeliefert worden war und versucht hatte, sich das Leben zu nehmen.<sup>23</sup> Das Gericht ließ deshalb ein psychiatrisches Gutachten von einem britischen Militärpsychiater durchführen, um feststellen zu lassen, ob Demmer vor Gericht gestellt werden konnte. Der Psychiater stellte zwar eine psychische Devianz fest, meinte jedoch nicht, dass diese die Verhandlungsfähigkeit Demmers beeinflusste und wollte sich nicht zur Schuldfähigkeit äußern. Die Militärrichter hingegen waren davon überzeugt, dass Demmer simulierte.<sup>24</sup> Dass über den Zustand Demmers von Seiten des Gerichts Zweifel herrschte, erklärt auch, warum das Verfahren gegen ihn erst im Spätsommer 1948 eingeleitet wurde. Psychiatrische Gutachten sind als Quelle kritisch zu handhaben und müssen im Zusammenhang mit anderen Dokumenten, wie z.B. Zeugenaussagen, ausgewertet werden, um ein Bild der Person und der Ursachen ihrer Taten machen zu können. Außerdem gibt es auch ethische Überlegungen bei der geschichtswissenschaftlichen Anwendung solcher Quellen, wobei hier jedoch hervorzuheben ist, dass sich aus der psychiatrischen Bewertung des Angeklagten wichtige Einblicke in die Gründe für seine Gewalttaten im Außenlager Husum-Schwesing gewinnen lassen.

Demmer, geboren 1904, hatte als 24-jähriger bei einer Schlägerei einen Schädelbruch erlitten und litt seitdem an Kopfschmerzen. Der Psychiater diagnostizierte, dass Demmer geistig zurückgeblieben wäre, und während seiner Haft wegen seiner ungeklärten Lebenssituation unter Angst und Depressionen leiden würde. Er war 1940 und wieder 1942-1944 psychiatrischer Patient gewesen, wonach die Nazis ihn in ein KZ überführt hatten. Die Depressionen waren laut Gutachten Ursache für seine Selbstmordversuche, aber sein Zustand war nicht labil genug, um einem Verfahren zu entgehen.<sup>25</sup> Die Gutachten beschrieben einen mental unterentwickelten und unstillen Mann, dessen geistiger Zustand im Konzentrationslager gelitten hätte. Sie zeigten, wie das KZ-System eine labile Persönlichkeit ausgenutzt und brutalisiert hatte, um diese zu instrumentalisieren. Am 2. Juli 1948 entschied das britische Judge Advocate General's Office Demmer wegen Misshandlungen, jedoch nicht wegen Mordes im Außenlager Husum-Schwesing vor ein Militärgericht zu stellen. Der Prozess wurde vom Militärgericht im Vorhinein als unkompliziert gesehen, und sollte vom 25. auf den 30. August 1948 im Hamburger Curio-Haus stattfinden. Demmer erklärte sich von Anfang an für unschuldig.<sup>26</sup>





Abb. 4 Willi Demmer in britischer Haft

Der dänische ehemalige Häftling Eric Lammert war der wichtigste Zeuge der Anklage. Er berichtete von Misshandlungen von geschwächten Häftlingen durch Schläge, die zu Wunden geführt hätten, die sich wegen fehlender Verbandstoffe und Medikamente nicht behandeln ließen und zu Blutvergiftungen führten. Demmer misshandelte mitunter die Häftlinge der Arbeitskommandos in einem solchen Maß, dass diese fast wahnsinnig wurden. Zusammen mit Tenz und Klingler hatte Demmer laut dem ehemaligen Häftling Michael Müller zwei sowjetische Häftlinge wegen angeblichem Fluchtversuch bis zur Ohnmacht misshandelt und in einen Keller gesperrt. Beide wurden später in Neuengamme gehängt. Nach diesen Aussagen wurden die psychiatrischen Gutachten verlesen und ein deutscher Arzt wurde als Zeuge der Verteidigung angehört. Dieser meinte, dass Demmer wegen seines psychischen Leidens keine Kontrolle über sich habe, sich leicht provozieren lasse und leicht die Kontrolle verlöre, was sich im KZ nur noch verschlimmert hätte. Demmer selbst erzählte vor Gericht seine Lebensgeschichte, mit zahlreichen Aufenthalten in psychiatrischen Einrichtungen und über seine Aufgaben im KZ. Er wirkte gegenüber den Schlussfolgerungen der psychiatrischen Gutachten sehr reflektiert und wich dabei vom Bild eines unintelligenten und geistig zurückgebliebenen Mannes ab.<sup>27</sup>

Willi Demmer wurde in der Anklage, Häftlinge misshandelt zu haben für schuldig gefunden. Das Militärgericht folgte jedoch teilweise dem Plädoyer der Verteidigung, die auf das jahrelange psychische Leiden des Angeklagten Wert legte, warum Demmer im Augenblick der Tat für unzurechnungsfähig erklärt wurde.<sup>28</sup> Wegen seines psychischen Zustands wurde er zur Verwahrung in der Landes-Heil- und Pflegeanstalt Lüneburg verurteilt. Es wurde zwar – wahrscheinlich wegen Demmers eigener Aussage – vom Judge Advocate General's Office in London im Punkte der Unzurechnungsfähigkeit angezweifelt. Das Urteil wurde jedoch nicht revidiert.<sup>30</sup>

### **Dänisches Verfahren gegen Mikkelsen 1947-1948**

Der Däne Kurt Niels Mikkelsen wurde am 14. Februar 1947 vom Kopenhagener Stadtgericht zu 14 Jahren Gefängnis verurteilt. Er hatte sich laut dem vom 1. Juni 1945 mit rückwirkender Kraft geltenden Zusatzes des dänischen Strafgesetzbuches wegen seiner SS-Mitgliedschaft strafbar gemacht. Das Gericht urteilte außerdem, dass Mikkelsen auch der Körperverletzung schuldig war, welches für die Härte des Urteils Bedeutung hatte. Aber von welcher Körperverletzung war die Rede, welche Rolle spielte Mikkelsen im Außenlager Husum-Schwesing und wer war er überhaupt?

Mikkelsen, geboren 1919, war das adoptierte Kind eines Pförtners an einem Kopenhagener Krankenhaus. Als gelernter Anstreicher hatte er im Sommer 1940 Schwierigkeiten im gerade besetzten Dänemark eine Arbeitsstelle zu finden und wurde deshalb sogenannter „Deutschlandarbeiter“ bei Siemens in Berlin. Die Anstellung dauerte jedoch nur bis Februar 1941, da Mikkelsen laut eigenen Angaben von der Arbeit wegblieb, sich aber aus Angst vor Repressalien bei der Jugendhilfsstelle meldete und vor zwei Alternativen gestellt wurde: Er konnte sich entweder freiwillig zur SS melden oder in ein Arbeitserziehungslager eingewiesen werden. Mikkelsen entschloss sich für ersteres.<sup>31</sup>

Die Dienstzeit in der SS kann anhand von Mikkelsens eigenen Angaben und seiner Personalakte im Bundesarchiv nur fragmentarisch rekonstruiert werden. Für den Verlauf war jedoch ein Hautleiden bestimmend, das ihn daran hinderte, einen Stahlhelm zu tragen, weshalb er als nicht frontverwendungsfähig erklärt wurde. Wichtige Stationen waren demnach seine soldatische Ausbildung in Sennheim, Langenhorn und Klagenfurt, Wachdienst in Wien sowie die Zugehörigkeit zu einer Veterinärkompagnie in Radom.<sup>32</sup> Laut dem Historiker Martin Küppers ist es wahrscheinlich, dass diese Kompagnie 1942 an der Deportation von Juden in das Vernichtungslager Treblinka beteiligt war.<sup>33</sup> Das Mikkelsen selber daran mitwirkte, lässt sich jedoch nicht anhand der vorhandenen Quellen beweisen. Mikkelsens weitere Stationen waren Warschau und ein Fortbildungskurs in Wien,

der zu einer Versetzung von der Kraftfahrtechnischen Wehranstalt in Wien zur Amtsgruppe C (Bauwesen) des SS-Wirtschafts- Verwaltungshauptamts in Berlin führte, wo er in der Abteilung Bauunterhaltung und Betriebswirtschaft Dienst tat. Mikkelsens dortige Aufgaben lassen sich anhand der Quellen nicht ermitteln, interessant ist allerdings, dass er am 26. September 1944 nach Husum versetzt wurde, wo er jedoch nicht Teil der SS-Wachmannschaften des Außenlagers wurde.<sup>34</sup> Mikkelsens Rolle dort lässt sich durch seine Personalakte sowie durch Zeugenaussagen nicht feststellen. Dänische Zeugen berichten jedoch, dass sie mit ihm an den Arbeitsstätten Kontakt gehabt hätten, welches zusammen mit seiner vorhergehenden Dienstzeit in der Amtsgruppe C darauf schließen lässt, dass Mikkelsen eine Funktion innerhalb der Bauaufsicht gehabt haben kann. Mikkelsens Name wurde nach der Festnahme von Carsten Christian Jensen, einem dänischen Blockführer in Neuengamme, bekannt. Ein Zeuge beschrieb in diesem Zusammenhang einen anderen dänischen SS-Angehörigen mit einem Hautleiden am Kopf. Dieser sei an den Panzergräben bei Langenhorn nördlich von Husum „Arbeitsführer“ gewesen, und behandelte die dänischen politischen Häftlinge (Widerstandskämpfer) dort human, mochte jedoch nicht die sogenannten „asozialen“, oft Kleinkriminelle, die nach der Verhaftung der dänischen Polizei präventiv in deutsche Konzentrationslager deportiert worden waren. Mikkelsen soll laut dem Zeugen einen „Asozialen“ ausgepeitscht und mit einem Knüppel zusammengeschlagen haben, wonach dieser auf dem Revier verstorben sei,<sup>35</sup> was jedoch nicht vom Häftlingsarzt Paul Thygesen bestätigt werden konnte.<sup>36</sup>

Mikkelsen wurde im August 1946 verhaftet. Als er im Februar 1947 in Kopenhagen vor Gericht gestellt wurde, versuchte er seine Verantwortung in Husum herunterzuspielen und sagte, dass er nur auf Befehl gehandelt hätte. Er behauptete nicht auf dänische Häftlinge eingeschlagen zu haben, welches jedoch von Zeugen widerlegt wurde, die gleichzeitig von Mikkelsens Brutalität gegenüber holländischen und russischen Häftlingen berichteten.<sup>37</sup> Mikkelsen wurde wegen seiner SS-Angehörigkeit und wegen der vom Gericht für bewiesen befundenen Körperverletzung verurteilt. Für eine Verurteilung wegen Körperverletzung eines dänischen „asozialen“ Häftlings mit Todesfolge reichte die Beweislage – wahrscheinlich wegen der fehlenden Bestätigung durch den Häftlingsarzt Thygesen – offenbar nicht aus. Dieser Sachverhalt hätte vielleicht ein Todesurteil bedeuten können. Mikkelsen legte Berufung ein, so dass seine Haftzeit auf acht Jahre reduziert wurde. Er wurde 1950 begnadigt und entlassen.<sup>38</sup>

## Westdeutsche Voruntersuchungen gegen Griem 1950-1971

Der Haupttäter, Hans Griem, war 1950 noch immer auf freiem Fuß. Nachdem die alliierten Kriegsverbrecherprozesse im selben Jahr abgeschlossen waren, wurden nicht aufgeklärte Verbrechen an die westdeutschen Behörden übergeben. Sachverhalte bezüglich des Konzentrationslagers Neuengamme wurde an die Staatsanwaltschaft Hamburg weitergeleitet, die Anfang der 1950er Jahre halbherzige Nachforschungen zu Griems Aufenthaltsort durchführte. Diese wurden ohne Ergebnis im November 1951 eingestellt. Dazu muss hinzugefügt werden, dass die deutschen Behörden anfänglich nicht alle Dokumente und Zeugenaussagen aus den britischen Militärgerichtsverfahren zur Verfügung hatten und wahrscheinlich zunächst annahmen, dass Griem für Körperverletzungen und nicht für Morde verantwortlich war. Sein Name wurde später mit der Ermordung eines polnischen Zwangsarbeiters, der sonntags nicht arbeiten wollte, in Verbindung gebracht. Diese Spur wurde jedoch auch nicht weiter verfolgt, bis sich ein nordfriesischer Landwirt 1963 an die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung von nationalsozialistischen Gewaltverbrechen in Ludwigsburg wendete und über die Verhältnisse im Außenlager Ladelund aus sagte. Die Staatsanwaltschaft Flensburg wurde mit den Ermittlungen beauftragt, aber auch dieses Mal wurden diese eher halbherzig durchgeführt. Der Historiker und Jurist Klaus Bästlein erklärt dieses mit persönlichen Problemen und der NS-Vergangenheit von dortigen leitenden Mitarbeitern. Die Zentrale Stelle gab sich jedoch nicht mit den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Flensburg zufrieden und übergab sie nun der Staatsanwaltschaft Hamburg, da man jetzt über Griems Wohnsitz in Bergedorf informiert war.<sup>40</sup>

Die westdeutsche Strafverfolgung unterschied sich von den britischen Verfahren in der Hinsicht, dass die Briten Tötungen und Misshandlungen von alliierten Staatsangehörigen als Kriegsverbrechen ahndeten, wohingegen die deutschen Behörden bezüglich Verbrechen im Rahmen des Strafgesetzbuchs ermittelten, und damit auch wegen Verbrechen gegen deutsche Staatsangehörige ermitteln konnten. Allerdings begrenzte das Strafgesetzbuch (StGB) auch die Möglichkeiten der Ermittler, da die meisten Straftaten, die in den Konzentrationslagern begangen worden waren, nach zehn Jahren verjährt waren, so dass gegen Griem in den 1960er Jahren nur noch wegen Mordes vorgegangen werden konnte. Die Justizminister der Bundesländer beschlossen jedoch 1965, dass die Verbrechen in den Konzentrationslagern auf deutschem Boden gründlich ermittelt werden sollten.<sup>41</sup> Deshalb wurde auch Griem in diesem Jahr vernommen. Akten aus den britischen Militärgerichtsverfahren wurden ausgewertet und Zeugen, in erster Linie eine lange Reihe von ehemaligen Häftlingen, wurden zum Teil erneut vernommen oder ausfindig gemacht, um sie in ihrer Heimat vernehmen



Abb. 5 Hans Griem in den 1960er Jahren

zu lassen. Franzosen und besonders Dänen waren hier die wichtigsten Zeugen, wobei der ehemalige Häftlingsarzt Thygesen wieder eine Art Kronzeuge war. Die Befragungen drehten sich nun besonders um den Tatbestand des Mordes. Gegen Griem wurde wegen vier Tatbeständen ermittelt: Die obengenannten Schüsse gegen die Küchenbaracke in Husum mit Todesfolge; die Hinrichtung eines russischen Häftlings durch seine Dienstwaffe ebenda; den Tod eines Häftlings nach Misshandlungen (mit dem Hydranten als Torturinstrument) ebenda; sowie die Tötung von Häftlingen in Dalum, nachdem diese zur Feststellung ihrer Arbeitstauglichkeit auf einer Latte balancieren mussten und in einen Löschteich vielen und daran starben.<sup>42</sup> Die Gründlichkeit der Ermittler, besonders die Befragungen der vielen Zeugen, die oft erst ausfindig gemacht werden mussten, war das größte Problem der westdeutschen Ermittlungen gegen Griem. Sie zogen sich über Jahre hin. Griem, der gleichzeitig mit jedem Jahr älter wurde, entwickelte Zivilisationskrankheiten. Er starb am 25. Juni 1971 und die Ermittlungen wurden deshalb am 15. Juli 1971 eingestellt.<sup>43</sup>

## Zusammenfassung

Kann man von einer eigentlichen Abrechnung mit den Tätern der nordfriesischen Konzentrationslager sprechen? Zusammenfassend ist festzustellen, dass die juristischen Auseinandersetzungen von einer langen Reihe von Problemen gekennzeichnet waren, die diese erschwerten. Obwohl man bei den britischen Militärgerichtsverfahren grundlegend von einer fairen Behandlung der Angeklagten sprechen kann, sind besonders zwei Umstände als problematisch hervorzuheben: Erstens konnten wegen der mangelhaften Bewachung der Angeklagten nicht alle Verantwortlichen angeklagt werden. Zweitens ist im Nachhinein die Todesstrafe Josef Klinglers als Problem gegenüber den späteren westdeutschen Ermittlungen hervorzuheben, da die Briten dabei den deutschen Behörden den wahrscheinlich wichtigsten Zeugen gegen den Haupttäter Griem nahmen. Die deutschen Ermittlungen waren anfangs von Widerwillen, jedoch auch durchgehend von einer auf die Gewaltverbrechen in den Konzentrationslagern nur begrenzt anwendbare Rechtslage gekennzeichnet, wobei in den 1960er Jahren nur gegen Griem wegen Mordes ermittelt werden konnte. Das dänische Verfahren gegen Mikkelsen ist in diesem Zusammenhang weniger relevant, ist jedoch auch als problematisch einzustufen, da es hier nur um den Tatbestand der SS-Mitgliedschaft sowie die Verbrechen in Husum ging, wobei auf die eventuelle Beihilfe zur Deportation der Juden in Radom gar nicht eingegangen wurde. Von einer Abrechnung kann deshalb nur teilweise die Rede sein. Mit dem natürlichen Tod des Haupttäters war jedoch keine Rechnung mehr offen.

## Literatur

- Marc Buggeln, Wilhelmshafen Banter Weg, in: Wolfgang Benz og Barbara Distel (Hrsg.): Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Band 5, Hinzert, Auschwitz, Neuengamme, München 2007.
- Martin Cüppers, Wegbereiter der Shoah. Die Waffen-SS, der Kommandanturstab Reichsführer-SS und die Judenvernichtung 1939-1945, Darmstadt 2005.
- Klaus Bästlein, Die Haupttäter wurden verschont. Zur Strafverfolgung der in den nordfriesischen Konzentrationslagern verübten Gewaltverbrechen, in: Kai Dohnke (Hrsg.): ISHZ-Beiheft 6, Kiel 2014.
- Jens-Christian Hansen, Dänische Häftlinge im KZ-Außenlager Husum-Schwesing, in: Grenzfriedenshefte, Jahrbuch 2014.
- Katrin Hassel, Kriegsverbrechen vor Gericht. Die Kriegsverbrecherprozesse vor Militärgerichten in der britischen Besatzungszone unter dem Royal Warrant vom 18. Juni 1945 (1945-1949), Baden-Baden 2009.
- Kevin Jon Heller, The Nuremberg Military Tribunals and the Origins of International Criminal Law, Oxford 2011.
- Arieh J. Kochavi, Prelude to Nuremberg: Allied War Crimes Policy and the Question of Punishment, Chapel Hill 1998.
- Reimer Möller, Ermittler von Gewaltverbrechen und Angehörige der Militärgerichte in der britischen Besatzungszone 1945-1949, in: Herbert Diercks, (Hrsg.): Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland; Zwischenräume. Displaced Persons, Internierte und Flüchtlinge in ehemaligen Konzentrationslagern, Hefte 12, Bremen 2010.
- Friedrich Pingel und Thomas Steensen, Die KZ-Außenlager Husum-Schwesing und Ladelund, in: Uwe Danker, u.a. (Hrsg.): Zwangsarbeitende im Kreis Nordfriesland, Bielefeld 2004.
- Paul Thygesen, Læge i koncentrationslejre, in: Johannes Fosmark: Danske i tyske koncentrationslejre, Kopenhagen 1945.
- Paul Thygesen, Læge i tyske koncentrationslejre, Kopenhagen 1964.

## Anmerkungen

- 1 Siehe dazu Kevin Jon Heller, The Nuremberg Military Tribunals and the Origins of International Criminal Law, Oxford 2011; Arieh J. Kochavi, Prelude to Nuremberg. Allied War Crimes Policy and the Question of Punishment, Chapel Hill 1998 sowie Katrin Hassel, Kriegsverbrechen vor Gericht. Die Kriegsverbrecherprozesse vor Militärgerichten in der britischen Besatzungszone unter dem Royal Warrant vom 18. Juni 1945 (1945-1949), Baden-Baden 2009.
- 2 Reimer Möller, Ermittler von Gewaltverbrechen und Angehörige der Militärgerichte in der britischen Besatzungszone 1945-1949, in: Herbert Diercks, (Hrsg.), Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland; Zwischenräume. Displaced

- Persons, Internierte und Flüchtlinge in ehemaligen Konzentrationslagern, Hefte 12, Bremen 2010. S. 147-148.
- 3 Führerbefehl zur Errichtung von Befestigungsanlagen entlang der Deutschen Bucht vom 28. 8. 1944. KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Archiv. Kopien vom Bundesarchiv, Militärarchiv Freiburg, RM 7 979, S. 85-91.
  - 4 Siehe dazu ausführlicher bei Jens-Christian Hansen, Dänische Häftlinge im KZ-Außenlager Husum-Schwesing, in: Grenzfriedenshefte, Jahrbuch 2014, S. 62-64.
  - 5 Friedrich Pingel und Thomas Steensen, Die KZ-Außenlager Husum-Schwesing und Ladelund, in: Uwe Danker, u.a. (Hrsg.): Zwangsarbeitende im Kreis Nordfriesland, Bielefeld 2004, S. 273
  - 6 Paul Thygesen, Læge i koncentrationslejr, in: Johannes Fosmark, Danske i tyske koncentrationslejr, Kopenhagen 1945, S. 194-195
  - 7 „Disposition of Michael Müller“ 13. Dezember 1945. Judge Advocate General's Office, Military Deputy's Department, and War Office, Directorates of Army Legal Services and Personal Services: War Crimes Files (MO/JAG/FS and other series). Husum, Ladelund, Dalum, and Versen Camps: killing and ill-treatment of allied nationals. WO 311/449. The National Archives, Kew sowie „Disposition of Wladislaw Siemionko“ 13. Dezember 1945. Judge Advocate General's Office: War Crimes Case Files, Second World War. Neuengamme Case No. 4. Neuengamme case No. 4. Described at item level. WO 235/302. The National Archives, Kew.
  - 8 Arbeitsgruppe zur Erforschung der nordfriesischen Konzentrationslager, Die Toten des KZ-Lagers Husum-Schwesing, Außenstelle des Konzentrationslagers Neuengamme in Hamburg, Husum 1999, [http://www.amt-suedtondern.de/media/custom/45\\_250\\_1.PDF](http://www.amt-suedtondern.de/media/custom/45_250_1.PDF) (Zitiert am 19. September 2010).
  - 9 Reimer Möller, Ermittler von Gewaltverbrechen und Angehörige der Militärgerichte in der britischen Besatzungszone 1945-1949, in: Herbert Diercks, u. A. (Hrsg.), Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland; Zwischenräume. Displaced Persons, Internierte und Flüchtlinge in ehemaligen Konzentrationslagern, Heft 12, Bremen 2010, S. 144-145
  - 10 Katrin Hassel, Kriegsverbrechen vor Gericht. Die Kriegsverbrecherprozesse vor Militärgerichten in der britischen Besatzungszone unter dem Royal Warrant vom 18. Juni 1945 (1945-1949), Baden-Baden 2009, S. 167-169, 184.
  - 11 „Disposition of Max Pauly“ 9. Januar 1946. Judge Advocate General's Office: War Crimes Case Files, Second World War. Neuengamme Concentration Camp Case. Exhibits 1-40 Place of Trial: Hamburg. WO 235/167 (JAG 145). The National Archives, Kew.
  - 12 „Disposition of Josef Klingler“ 17. Mai 1946. Judge Advocate General's Office, Military Deputy's Department, and War Office, Directorates of Army Legal Services and Personal Services: War Crimes Files (MO/JAG/FS and other series). Husum, Ladelund, Dalum, and Versen Camps: killing and ill-treatment of allied nationals. WO 311/449. The National Archives, Kew.



- 13 „Disposition of Eric Roy Kurt Lammert“ 14. März 1946 sowie „Disposition of Anders Thomsen“ 15. März 1946. Judge Advocate General's Office, Military Deputy's Department, and War Office, Directorates of Army Legal Services and Personal Services: War Crimes Files (MO/JAG/FS and other series). Husum, Ladelund, Dalum, and Versen Camps: killing and ill-treatment of allied nationals. WO 311/449. The National Archives, Kew
- 14 Telegramm aus dem Hauptquartier der britischen Rheinarmee in Hamburg an das Hauptquartier in Bad Oeynhausen vom 8. August 1946 sowie Memorandum „Subject: Escape of War Criminals“, 13. August 1946, undatiertes Telegramm an die Army Division Headquarters Control Commission for Germany, Berlin bez. Fahndung nach Hans Griem ebd. sowie folgende Korrespondenz in der Akte War Office, Judge Advocate General's Office, British Army of the Rhine War Crimes Group (North West Europe) and predecessors: Registered Files (BAOR and other series). Husum, Ladelund, Dalum and Versen Working Camps of Neuengamme Concentration Camp: killing and ill-treatment of allied nationals. WO 309/790. The National Archives, Kew. Es gibt außerdem Korrespondenz zur laufenden Fahndung nach Griem bis zum Verfahren gegen Demmer im Frühjahr 1948 in: War Office, Judge Advocate General's Office, British Army of the Rhine War Crimes Group (North West Europe) and predecessors: Registered Files (BAOR and other series). Husum, Germany: ill-treatment of allied nationals. WO 309/397. The National Archives, Kew, sowie Brief vom Intelligence Office, Hamburg an die War Crimes Group, Legal Section “Subject: Martin Tenz”. 19. April 1947, ebd.
- 15 Marc Buggeln, Wilhelmshafen, Banter Weg, in: Wolfgang Benz og Barbara Distel (Hrsg.): Der Ort des Terrors, Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Band 5, Hinzert, Auschwitz, Neuengamme, München 2007. S. 537.
- 16 „Notification of Intention to Petition against the Finding and/or the Sentence of a Military Court“ 22. März 1947. Judge Advocate General's Office: War Crimes Case Files, Second World War. Neuengamme Case No. 4. WO 235/302 (JAG 224). The National Archives, Kew; sowie Anhang zur Berufung Josef Klinglers vom 29. März 1947. Judge Advocate General's Office: War Crimes Case Files, Second World War. Neuengamme Case No. 4. WO 235/304 (JAG 224), ebd.
- 17 „Disposition of Paul Aage Jens Thygesen“ 16. März 1946. Judge Advocate General's Office, Military Deputy's Department, and War Office, Directorates of Army Legal Services and Personal Services: War Crimes Files (MO/JAG/FS and other series). Husum, Ladelund, Dalum, and Versen Camps: killing and ill-treatment of allied nationals. WO 311/449. The National Archives, Kew; vgl. mit Thygesens Darstellung von Eichler in Paul Thygesen, *Læge i tyske koncentrationslejre*, Kopenhagen 1964. S. 53.
- 18 „Record of proceedings in the case of Klingler, Eichler and Schneider tried at Hamburg from 11th to 21st March 1947.“ S. 12, 15-17! Judge Advocate General's Office: War Crimes Case Files, Second World War. Neuengamme Case No. 4. WO 235/303 (JAG 224). The National Archives, Kew.

- 19 Urteilsverkündung bezüglich Klingler, Eichler und Schneider. Judge Advocate General's Office: War Crimes Case Files, Second World War. Neuengamme Case No. 4. WO 235/304 (JAG 224). The National Archives, Kew.
- 20 Befehl zur Freilassung Schneiders, War Crimes Group North West Europe, 19. April 1948. War Office: Judge Advocate General's Office, British Army of the Rhine War Crimes Group (North West Europe) and predecessors: Registered Files (BAOR and other series). Husum, Germany: ill-treatment of allied nationals. WO 309/397. The National Archives, Kew.
- 21 Sterbeurkunde Emanuel Richard Eichler. Bundesarchiv, Außenstelle Ludwigsburg, BArch B162/27988, Bl. 315.
- 22 Befehl zur Hinrichtung von Josef Klingler sowie Bestätigung der Durchführung, datiert den 23. Mai und 26. Juni 1947, Judge Advocate General's Office: War Crimes Case Files, Second World War. Neuengamme Case No. 4. WO 235/304 (JAG 224). The National Archives, Kew.
- 23 Siehe dazu Memorandum des Kommandanten des No. 2. War Criminals Holding Centre an War Crimes Group North West Europe. „Subject: Internee Patient. Demmer, Willi – born 22 Oct 04“ 24. Juli 1947. War Office: Judge Advocate General's Office, British Army of the Rhine War Crimes Group (North West Europe) and predecessors: Registered Files (BAOR and other series). Husum, Ladelund, Dalum and Versen Working Camps of Neuengamme Concentration Camp: killing and ill-treatment of allied nationals. WO 309/791. The National Archives, Kew.
- 24 Memorandum des Field Investigation Service an die War Crimes Group (Legal Section). „Subject: Willi Demmer“. 16. April 1948. Judge Advocate General's Office, Military Deputy's Department, and War Office, Directorates of Army Legal Services and Personal Services: War Crimes Files (MO/JAG/FS and other series). Husum, Ladelund, Dalum, and Versen Camps: killing and ill-treatment of allied nationals. WO 311/449. The National Archives, Kew.
- 25 Psychiatrisches Gutachten bezüglich Willi Demmer vom 5. März 1948. Etwa die gleichen Informationen und Schlussfolgerungen ergaben sich aus dem Gutachten, dass Demmers Verteidiger von einem deutschen Spezialisten anfertigen ließ: „Fachärztliches Gutachten“ von Dr. Stucke. 19. August 1948, War Office: Judge Advocate General's Office, British Army of the Rhine War Crimes Group (North West Europe) and predecessors: Registered Files (BAOR and other series). Husum, Germany: ill-treatment of allied nationals. WO 309/397. The National Archives, Kew.
- 26 „Proceedings of a Military Court held at Hamburg on the 25th of August 1948 for the Trial of Willi Demmer“. Judge Advocate General's Office: War Crimes Case Files, Second World War. Hussen Aussenkommando Case. Defendant: Willy Dommer. [Falsche Schreibweise im Original] WO 235/537. The National Archives, Kew.
- 27 Handschriftliches Protokoll des Husum Außenkommando-Case, Judge Advocate General's Office: War Crimes Case Files, Second World War. Hussen Außenkommando Case. Defendant: Willy Dommer [Im Original falsch buchstabiert, jch.]. WO 235/537. The National Archives, Kew.
- 28 „Closing address to the Court. Accused: Willi Demmer. Counsel for Defense: Dr. Gustav Uhde“, Judge Advocate General's Office: War Crimes Case Files, Second World War. Hussen

- Aussenkommando Case. Defendant: Willy Dommer [Im Original falsch buchstabiert, jch.]. WO 235/537. The National Archives, Kew.
- 29 Brief des Deputy Judge Advocate General der britischen Rheinarmee an das Judge Advocate General's Office, „Military Court (War Crimes) Trial Husum Außenkommando, Willi Demmer“. 11. Oktober 1948. Judge Advocate General's Office, War Crimes Case Files, Second World War. Hussen Außenkommando Case, Defendant: Willy Dommer [Im Original falsch buchstabiert, jch.]. WO 235/537. The National Archives, Kew.
- 30 Schreiben des Deputy Judge Advocate General der britischen Rheinarmee an die Penal Branch (Gefangenenfürsorger der Besatzungsmacht für Kriegsverbrecher), „Military Court (War Crimes) Trial, Husum II Case, Willi Demmer“ 6. September 1948. Judge Advocate General's Office, Military Deputy's Department, and War Office, Directorates of Army Legal Services and Personal Services, War Crimes Files (MO/JAG/FS and other series). Husum, Ladelund, Dalum, and Versen Camps: killing and ill-treatment of allied nationals. WO 311/449. The National Archives, Kew.
- 31 Bericht der 5. Untersuchungskammer der Kopenhagener Polizei, Fall Nr. 240/46 Litra J. Verhör von Kurt Niels Mikkelsen den 27. September 1946, Rigsarkivet, Odense; Dokumente bezüglich der Strafsache 22-593/1946 des Kopenhagener Stadtgerichts, die der Strafakte 5757-1975/1976 der Nyborger Polizei beigelegt sind.
- 32 Ebd.
- 33 Martin Cüppers, Wegbereiter der Shoah. Die Waffen-SS, der Kommandanturstab Reichsführer-SS und die Judenvernichtung 1939-1945, Darmstadt 2005, S. 285-286
- 34 Bundesarchiv, Außenstelle Berlin-Lichterfelde (ehem. BDC) SSO, Mikkelsen, Kurt Niels, 29. 12. 1919.
- 35 Zeugenbefragung der Kriminalpolizei in Esbjerg von Anders Thomsen am 19. September 1945. Rigsarkivet Odense, Dokumente bezüglich der Strafsache 22-593/1946 des Kopenhagener Stadtgerichts, die der Strafakte 5757-1975/1976 der Nyborger Polizei beigelegt sind.
- 36 Zeugenbefragung der Kopenhagener Polizei von Paul Thygesen, 5. Januar 1946, ebd.
- 37 Abschrift des Gerichtsprotokolls der 22. Abteilung des Kopenhagener Stadtgerichts in der Sache 593/1946. Zeugenbefragungen von E. N. L., R. R. S, Eric Roy Kurt Lammert und Kurt Niels Mikkelsen am 14. Februar 1947, ebd.
- 38 Polizeiliches Führungszeugnis von Kurt Niels Mikkelsen, ebd.
- 39 Korrespondenz zwischen den Staatsanwaltschaften in Hamburg und Flensburg, datiert den 3. November 1965. 14Js2065/51, Griem, Hans. Kopie im Archiv der KZ-Gedenkstätte Neuengamme nach Original im Staatsarchiv Hamburg.
- 40 Klaus Bästlein, Die Haupttäter wurden verschont. Zur Strafverfolgung der in den nordfriesischen Konzentrationslagern verübten Gewaltverbrechen, in: Kai Dohnke (Hrsg.): ISHZ-Beiheft 6, Kiel 2014. S. 38-42
- 41 Bundesarchiv, Außenstelle Ludwigsburg, BArch B162/27490 Bl. 2
- 42 Ebd., BArch B162/27988 Bl. 159-160
- 43 Notiz vom 15. Juli 1971 in ebd., BArch B162/27990. Bl. 510.

Abbildungsnachweise

Abb. 1 Jens-Christian Hansen

Abb. 2-4 The National Archives, Kew

Abb. 5 Bundesarchiv Berlin

# Deutsche Nationalpolitik in drei Grenzländern

Versuch eines Vergleichs zwischen den Grenzländern  
des Deutschen Reiches in Polen, Elsass-Lothringen und  
Nordschleswig 1871-1914

von PETER DRAGSBO

*Beim Umgang mit der zweifellos spannenden, komplizierten und wichtigen Geschichte des schleswigschen Grenzlandes tun wir in unserer Region gerne so, als ob diese völlig einzigartig sei und als ob die Ereignisse hier die weltbewegendsten überhaupt gewesen seien. Dies gilt erst recht in Jahren wie 2020, in welchen es runde Jahrestage zu wichtigen historischen Begebenheiten zu beachten gilt. Dabei vergessen wir oft den Blick über den Tellerrand. Vieles, was zwischen Königsau und Eider bzw. Elbe geschehen ist, steht jedoch in einem anderen Licht, wenn man es im überregionalen Zusammenhang betrachtet. Dies zeigt Peter Dragsbo, der frühere Direktor des Museums im Sonderburger Schloss, am Beispiel der Nationalitätenpolitik im Hohenzollernreich 1864/71bis 1918/20. Dabei werden sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede deutlich, welche die Verhältnisse in Schleswig im Vergleich zu Elsass-Lothringen und den teilweise bzw. mehrheitlich polnisch besiedelten Gebieten im Osten des damaligen Reichs prägten.*

Die Redaktion

## Einleitung

Die schleswigsche Geschichte und Kulturgeschichte kann nicht auf das Gebiet zwischen Königsau und Eider beschränkt betrachtet werden. Oftmals kann der Verlauf der politischen und kulturellen Geschichte nur mit Blick auf die Ereignisse im Norden und Süden verstanden werden. Dies betrifft so verschiedene Dinge wie etwa die Struktur der adeligen und anderen Güter im 17. Jahrhundert, Handel und Seefahrt des 18. Jahrhunderts, die Schleswigschen Kriege im 19. Jahrhundert oder generell das Aufeinandertreffen der Kulturen und Sprachen im mittleren Schleswig. Trotzdem gab es immer eine Tendenz, den Verlauf der Ereignisse aus einer engeren „schleswigschen“ Perspektive zu beurteilen, so als ob diese Geschichte auch nur zum Gebiet zwischen Eider und Königsau

gehört. Dies gilt natürlich auch für den nationalen Konflikt zwischen Preußen bzw. dem Deutschen Reich und dem Dänentum in Nordschleswig zwischen 1871 und 1920, als das Gebiet Teil eben jenes Deutschen Reiches gewesen ist. Hier kann die Geschichtsschreibung bei vielen unmittelbar den Eindruck hinterlassen, dass beispielsweise die bekannten Sprachverordnungen von 1878 und 1888, der sogenannte „Bodenkampf“ (Jordkamp), ein Konflikt um Landbesitz in deutschen oder dänischen Händen nach 1891/92, oder die nationalpolitischen Gesetze 1908–1912 Bestandteil einer speziell gegen den dänischen Bevölkerungsteil gerichteten deutschen Politik seien. Doch können die deutschen Initiativen in Nordschleswig in hohem Umfang als Parallele zu oder als Folgewirkung von entsprechenden politischen Initiativen gegen viele andere Minderheiten und vermeintliche „Reichsfeinde“ des Deutschen Reiches angesehen werden. Dem Historiker Gottlieb Japsen zufolge waren die Germanisierungsmaßnahmen der 1870er Jahre und ihrer Folgezeit in Nordschleswig oftmals „zögernde und weniger brutale Nachahmungen der antipolnischen Maßnahmen.“ Japsen machte deswegen bereits 1983 darauf aufmerksam, dass es interessant sei, „zu beleuchten, bis zu welchem Ausmaß die preußische Nationalpolitik in polnischen Provinzen und in Schleswig von gemeinsamen Prinzipien und Zielen ausgehend geführt wurden“.<sup>1</sup> Jedoch ist bis jetzt niemand der Aufforderung gefolgt.

## **Kulturkampf und Sozialistengesetz**

Sieht man vom Königreich Preußen nach der deutschen Reichsgründung 1871 ab, gab es eine lange Reihe Herausforderungen, bei denen es nicht nur um Nationalität ging. Einer der ganz großen Konflikte, die prompt nach 1871 eingeleitet wurden, war der sogenannte „Kulturkampf“, den Bismarck verursachte, um die Machtfülle der katholischen Kirche zu stützen. Der sogenannte „Ultramontanismus“, d. h. der Einfluss der anderen Seite der Alpen, des Papstes in Rom, durch das Dogma der päpstlichen Unfehlbarkeit symbolisiert, der auf dem ersten Vatikanischen Konzil 1870 beschlossen wurde, wurde als Herausforderung für die Souveränität des preußischen Staates angesehen.

Der Kulturkampf, der sich besonders im überwiegend katholischen Rheinland, das 1814 preußisch geworden war, abspielte, nahm mit Inhaftierungen von Bischöfen beziehungsweise päpstlicher Exkommunikation beinahe mittelalterliche Züge an. Er ging Ende der 1870er Jahre eher unentschieden aus. Jedoch war die hauptsächlich katholische Deutsche Zentrumspartei (kurz „Zentrum“) – eine Partei, die die nationalen Minderheitsbewegungen durch Abstimmungen im Reichstag oft unterstützte und gleichzeitig eine Reihe katholischer Politiker, die der nationalen Minderheit angehörten, aus beispielsweise Oberschlesien und Elsass-Lothringen sammelte<sup>2</sup> – weiterhin die größte deutsche Opposi-



Abb. 1 Das gewaltige Gebäude der Staatlichen Ansiedlungskommission in Posen, 1905 bis 1909 direkt neben dem damals ebenfalls neu errichteten kaiserlichen Schloss in der Warthestadt erbaut (Foto 2013)

tionspartei. Bleibende Resultate des Bismarck'schen Kulturkampfes waren das deutsche Schulgesetz von 1872, das Schulen und Lehrerseminare unter staatliche Aufsicht stellte, sowie die Einführung der Zivilehe und der Standesämter. Die damit mögliche doppelte Eheschließung in Amt und Kirche ist in Nordschleswig übrigens bis heute erhalten geblieben, während ansonsten in Dänemark anders als in Deutschland eine rein kirchliche Trauung gleichzeitig eine amtliche ist, da die evangelisch-lutherische Kirche im Königreich noch immer eine staatliche Behördenfunktion wahrnimmt.<sup>3</sup> Nicht zuletzt führte der Konflikt dazu, dass das preußische Schulwesen stark zentralisiert und von dem Wunsch nach Angleichung, angefangen bei der Einrichtung der Schulgebäude bis zu Unterrichtsmethoden und Schulsprache, geprägt wurde.<sup>4</sup>

Ein anderer Konflikt war die Konfrontation mit der antipreußischen Bewegung im früheren Königreich Hannover, das 1866 nach einem blutigen Krieg von Preußen annektiert worden war.<sup>5</sup> Diese Bewegung wurde nach dem alten Herrschereschelecht, das seit 1714 das Fürstentum, später die Königswürde - bis 1837 in Personalunion mit England - in Hannover innehatte, Welfen genannt

und behielt bis 1914 in konservativen ländlichen Kreisen ihre Bedeutung.<sup>6</sup> Die dritte und jüngste Herausforderung war die sozialdemokratische Partei, die 1875 durch den Zusammenschluss von Ferdinand Lassalles seit 1863 bestehendem Allgemeinem Deutschen Arbeiterverein und Wilhelm Liebknechts 1869 gegründeter Sozialdemokratischer Arbeiterpartei gebildet wurde. Diese neuen „Reichsfeinde“ wurden nach dem Attentat auf Kaiser Wilhelm I. von Bismarcks „Sozialistengesetz“ getroffen, mit welchem die Partei 1878 verboten wurde. In den darauffolgenden Jahren gelang jedoch sozialdemokratischen Einzelkandidaten die Wahl in den Reichstag, und Bismarck musste die Partei bald wieder zulassen. Zudem wurde, um die von der Arbeiterklasse ausgehende Gefahr einzudämmen, in den 1880er Jahren eine bis dahin beispiellose aktive staatliche Sozialpolitik in Gang gesetzt, welche noch heute die Grundlage des deutschen Sozialversicherungssystems ausmacht.

### **Der polnische Bevölkerungsteil in den preußischen Ostprovinzen**

Neben diesen innenpolitischen Schwierigkeiten sah sich das Deutsche Reich 1871 mehreren Nationalitätenkonflikten gegenüber. Ein einheitlicher Nationalstaat konnte dieses Reich nicht sein, denn in vielen Gebieten lebten große Gruppen, die sich nicht als Deutsche fühlten. Die weitaus größte und älteste dieser nationalen Minderheiten waren in Preußen die Polen in den östlichen Landesteilen. Die Provinzen Westpreußen (einschließlich Danzig und Marienwerder) sowie Posen waren über Jahrhunderte Teile eines selbständigen und teilweise sehr mächtigen polnischen Königreiches, das 1772, 1793 und endgültig 1795 zwischen Preußen, Russland und Österreich(-Ungarn) aufgeteilt worden war. In den ersten Jahrzehnten wurde Posen als „Großherzogtum“ noch eigenständig und mit Entgegenkommen gegenüber der polnischen Mehrheit verwaltet. Jedoch wurde nach den polnischen Aufständen 1830 und 1848 die Unterdrückung verstärkt. Ab 1848 war Posen eine Provinz ohne besondere Rechte. Das nördlich gelegene Westpreußen bildete von 1829 bis 1877 sogar eine gemeinsame Provinz mit dem aus dem mittelalterlichen Deutschordensstaat hervorgegangenen Ostpreußen. Auch im Süden des letztgenannten Gebiets - im bis 1772 polnischen Ermland und noch mehr im „alt-preußischen“ Masuren - sowie im Osten der seit 1742 preußischen Provinz Schlesien, die vorher zu Österreich bzw. Böhmen gehört hatte, lebten viele Polen.

Nach 1870 wurden Preußens östliche Provinzen von Industrialisierung und Städtewachstum erfasst. Jedoch trat zugleich in steigendem Umfang eine Ostflucht ein, in der Bauern und Arbeiter aus den preußisch-polnischen Gebieten nach Westen und insbesondere zur Kohleindustrie des Ruhrgebiets migrierten, während polnische Arbeiter aus den russischen und österreichischen Provinzen



das Vakuum füllten. Der Anteil der Deutschen in Posen und Westpreußen war zwar von 38 Prozent im Jahre 1800 auf ca. 50 Prozent im Jahre 1900 gestiegen, jedoch bedrohte die Migrationswelle das labile Gleichgewicht. Nicht zuletzt waren große Teile des Landes in den polnischen Provinzen die gesamte Zeit über in Besitz polnischer Gutsbesitzer, die gemeinsam mit den katholischen Geistlichen viele Jahre das Rückgrat der nationalen Bewegung bildeten.<sup>7</sup> Noch in den 1880er Jahren war polnische Repräsentation im deutschen Reichstag von Fürsten und Adel geprägt.<sup>8</sup> Darüber hinaus hatte der Kulturkampf vermocht, den Widerstand der katholischen Kirche zu wecken. Dies hatte zur Folge, dass die Kirche in hohem Maße zum Sammelpunkt der nationalen Identität wurde.<sup>9</sup> So verbreiterte die polnische Bewegung ihre Basis und gewann bei jeder Reichstagswahl immer mehr Mandate. Zusätzlich wurden nationale Gegensätze verstärkt. Seit Mitte der 1890er Jahre arbeiteten die Polen direkt auf die Wiederherstellung eines selbständigen polnischen Nationalstaats hin.<sup>10</sup>

### **Das „Reichsland“ Elsass-Lothringen und die französische Bevölkerung**

Durch die Eingliederung Schleswigs und Holsteins hatte Preußen bekanntlich eine neue Problematik mit der dänischgesinnten Bevölkerung in Nordschleswig hinzubekommen. Noch größer wurde aber schließlich die jüngste nationale Herausforderung, als nach dem Deutsch-Französischen Krieg 1871 das neu gegründete Reich dem besiegten Frankreich das gesamte Elsass mit Straßburg sowie das nördliche Mosel-Departement der historischen Region Lothringen abnahm und dieses als „Reichsland Elsass-Lothringen“ annektierte, d. h. als ein direkt aus Berlin gesteuerter Teil des Deutschen Reiches und nicht als ein Teil Preußens. Obwohl diese beiden Regionen teilweise deutschsprachig waren, war die Loyalität zu Frankreich stark, und bei der ersten Reichstagswahl 1874 wählte das Reichsland 15 „Protestler“, die ähnlich wie die dänisch-schleswigschen „Schwurverweigerer“ den Eid auf den Kaiser (bzw. preußischen König) nicht ablegen wollten, auch wenn sie dadurch ihr parlamentarisches Mandat in Berlin nicht wahrnehmen konnten.

Seitdem wurden die Verhältnisse, wie in Nordschleswig, immer mehr von einer aktiven Beteiligung im demokratischen Leben geformt. Im Elsass akzeptierte man die Lage nach und nach, sammelte sich jedoch um drei Oppositionsparteien, nämlich den Sozialdemokraten, dem katholischen Zentrum und der Elsässischen Fortschrittspartei, die sich für die Autonomie der Gegend einsetzten. Im teilweise französischsprachigen Lothringen war die Bewegung für die Vereinigung mit Frankreich stark, die sich politisch im sogenannten Lothringer Block sammelte. Generell standen die Parteien in Opposition zur deutschen Kontrolle und arbeiteten oft mit sowohl der polnischen Bewegung wie auch mit jener der

dänischen Nordschleswiger zusammen. Der Widerstand hatte zur Folge, dass es das Deutsche Reich über lange Zeit nicht wagte, Elsass-Lothringen irgendeine Form eines eigenen demokratischen Organs zuzugestehen; erst 1911 bekam das Reichsland seine eigene Verfassung mit Landtag in Straßburg.<sup>11</sup>

## **Unterschiede und Gemeinsamkeiten der drei Nationalitätenkonflikte**

Die Politik bezüglich der drei größten nationalen Minderheiten im Deutschen Reich hatte jeweils seine eigene Vorgeschichte und Logik. Im Hinblick auf Polen war die Rede von einem Konflikt, der lange vor 1871 begonnen hatte und durch die Kombination von Nationalismus und Katholizismus als der schwerwiegendste für das Deutsche Reich betrachtet wurde. Im Hinblick auf Elsass-Lothringen war man auf deutscher Seite eher darüber verwundert, dass die Bevölkerung eine so starke Loyalität zu Frankreich beibehielt, obwohl für zwei Drittel Deutsch in irgendeiner Form die Erstsprache und das Elsass von Fachwerk bis Sauerkraut von deutscher Volkskultur geprägt war. Es war diese Verwunderung, die den Anlass für die berühmte Rede „Was ist eine Nation?“ des französischen Historikers Ernest Renan lieferte, in der er dem deutschen Verständnis von Nation, dem zufolge Nationalität dicht mit Kultur und Sprache verwoben war, das Französische entgegenstellte und behauptete, dass es eine Frage der Wahl und des Willens sei.<sup>12</sup> Im Vergleich zu diesen beiden Nationalitätskonflikten wurde der nordschleswigsche als gering wahrgenommen; Schleswig-Holstein war ja nach deutsch-schleswig-holsteinischer Lesart von der dänischen Unterdrückung befreit worden und man ging davon aus, dass die dänische Minderheit schnell das neue Zugehörigkeitsverhältnis akzeptieren würde.

Erwähnt sei, dass es noch weitere Minderheiten im Reich gab. Im Nordosten Ostpreußens lebten Litauer, die aber wenig als eigenständige Gruppe organisiert waren. Die Kaschuben in Westpreußen, die Sorben in der Lausitz und die Nord- und Ostfriesen waren zahlenmäßig deutlich kleiner und konnten keine Nationalbewegungen entwickeln, welche für das Reich eine Herausforderung hätten darstellen können. Auch in Masuren sprachen, wie erwähnt, sehr viele Menschen einen polnischen Dialekt; ein Großteil von ihnen war allerdings evangelischer Konfession und nur sehr wenige beteiligten sich an der polnischen Nationalbewegung, was sich am 11. Juli 1920 bei der Volksabstimmung im Abstimmungsgebiet Allenstein (südliches Ermland und fast ganz Masuren) in einer 97 prozentigen Zustimmung für den Verbleib bei Deutschland widerspiegelte. Während Polen und Dänen ein neues nationales Bewusstsein und eine stetig bessere Organisation innerhalb der eigenen Reihen aufbauten, entstand ein zunehmender deutscher Druck von sowohl nationalistischen Parteien, besonders der nationalliberalen, wie auch von einer neuen Gruppe Beamter, die ge-



Abb. 2 Architektonische Gegensätze in der Bahnhofstraße (heute: Rue Gambetta) in Metz: wilhelminisches Post- und (im Hintergrund) Bahnhofsgebäude, rechts die „französische Ecke“, entworfen vom Architekten Louis Biers (Foto 2013)

willt waren, den modernen nationalistischen Signalen über die Buchstaben des Gesetzes hinaus zu folgen. In den polnischen Provinzen wurde deswegen in den 1880er Jahren eine Reihe neuer Maßnahmen getroffen. So wurden 1885 z. B. 40.000 Polen, die aus russisch-polnischen Gegenden eingewandert waren, trotz des Widerstandes von Seiten des Zentrums, der Sozialdemokraten und der Elsass-Lothringer aus dem Reich ausgewiesen. Ein Jahr später wurde das erste Gesetz über deutsche Besiedlung der polnischen Provinzen (siehe unten) gemeinsam mit u. a. verschärfter Schulpolitik, Eingriffen gegen polnische Lehrer und Ärzte sowie der Verhinderung der Einwanderung aus dem Osten usw. erlassen.<sup>13</sup>

## Deutsche Sprachpolitik in drei Grenzländern

Bezüglich der Sprachpolitik gab es große Unterschiede in der Behandlung der drei Gebiete Westpreußen-Posen, Elsass-Lothringen und Nordschleswig. Wie bereits erwähnt, hatte Preußen bereits 1848 die relative Autonomie in den polnischen Provinzen begrenzt, doch war auf der anderen Seite Polnisch in den 1840er Jahren als offizielle Schul- und Rechtssprache anerkannt worden. Gleich nach der deutschen Reichsgründung 1871 wurde allerdings eine eiserne Germanisierungspolitik eingeleitet, mit der Preußen schon 1872 Deutsch als einzige Schulsprache mit Ausnahme im Religionsunterricht einführte. 1886 wurde schließlich jedweder Unterricht auf Polnisch abgeschafft.<sup>14</sup>

In Elsass-Lothringen wurde Deutsch ebenfalls nach 1871 als Schul- und Administrationssprache eingeführt, jedoch mit der wichtigen Ausnahme, dass Kommunen mit französischer Sprachmehrheit in Schule und Verwaltung davon ausgenommen waren. Dies galt 1871 für 420 Gemeinden, und 1905 in immer noch 311 Gemeinden. Zu versuchen, die französische Sprache zu verdrängen, wäre auch unlogisch gewesen, da Französisch eben mit der staatlichen Harmonisierung des preußischen Schulwesens 1872 als obligatorische Fremdsprache in den höheren Klassen eingeführt worden war.

In Nordschleswig waren preußische Behörden am Anfang darauf eingestellt, die Verwendung der dänischen Sprache ungehindert zu gestatten. Wie der alte Gesamtstaatsmann Carl von Scheel-Plessen, der 1867 Schleswig-Holsteins erster Oberpräsident wurde, es ausdrückte, wollte man nicht „ein zweites Polen“ in Schleswig entwickeln.<sup>15</sup> In den folgenden Jahren konzentrierte sich jedoch die Debatte im Kreis der Provinzregierung für Schleswig-Holstein mehr und mehr auf die Sprachpolitik. Auf der einen Seite standen deutschgesinnte Vertreter des Schulwesens, die Deutschkenntnisse so schnell wie möglich in der Bevölkerung verbreiten wollten, sowie auch Nationalisten wie der Regierungspräsident für Schleswig-Holstein, Karl Hermann Bitter, der einen Hintergrund als Beamter in den beiden großen Konfliktzonen hatte, nämlich in Posen und im 1871/72 deutsch besetzten Nancy im nicht annektierten Teil Lothringens. Auf der anderen Seite stand der konservative Beamtenstand mit Wurzeln im alten Preußen, der Loyalität, Gesetz und Ordnung als wichtiger als Sprache und nationale Identität ansah.

Das Ergebnis dieser Debatte führte zunächst zu einem Kompromiss. Die für Nordschleswig erlassene Sprachverordnung von 1878 erweiterte zwar den Deutschunterricht, allerdings nicht so radikal wie in den polnischen Provinzen.<sup>16</sup> Zugleich schlug die reichsdeutsche Regierung darüber hinaus einen härteren und stetig nationalistischeren Kurs ein, der u.a. in der einseitigen Aufhebung des Paragraphen 5 im Prager Frieden von 1866 zwischen Österreich und Preußen

über eine spätere Volksabstimmung in Nord Schleswig zum Ausdruck gebracht wurde. Dies wurde von den dänischen Schleswigern als ein wesentlich härterer Schlag empfunden. Aber auch die Schulverordnung war als Bedrohung der dänischen Sprache wahrgenommen worden, und als Antwort wurde 1880 der erste dänisch-nordschleswigsche nationale Verein, der dänischen Sprachverein „Sprogforeningen“, gegründet.<sup>17</sup>

In den 1880ern wurde man in Berlin auf „das dänische Problem“ aufmerksam, das auf Veranlassung der Nationalliberalen im Reichstag sowie der lokalen Landräte der neuen Generation wie Adolf v. Tschirschnitz in Sonderburg (ernannt 1879/1883) zur Sprache gebracht wurde. Plötzlich wurden die drei Nationalitätskonflikte miteinander in Verbindung gebracht, und trotz des Widerstandes der moderat-konservativen Kräfte setzte sich die Strategie durch, in Nord Schleswig hart durchzugreifen und „polnische Zustände“ einzuführen. Die Folge war die zweite deutsche Sprachverordnung 1888, die genau wie in den polnischen Provinzen jedweden Unterricht in einer anderen Sprache als Deutsch abschaffte, jedoch mit der Ausnahme von einigen Stunden Religionsunterricht auf Dänisch.<sup>18</sup> Die Konsequenz war, dass die dänischen Nordschleswiger sich nun mit der Stiftung der Wählervereinigung (Vælgerforeningen) 1888 und des Nordschleswigschen Schulvereins (Den Nordslesvigske Skoleforening) 1892 immer stärker zu organisieren begannen.

## **Verstärkter Nationalismus ab 1888**

In den Jahren nach der Thronbesteigung Kaiser Wilhelms II. 1888 nahm der nationalistische Druck auf den deutschen Reichstag, gestützt von einer Reihe äußerst nationalistischer Vereine, beständig zu. Der erste war der „Alldeutsche Verband“, der 1890 eigentlich als Förderverein der deutschen Kolonisierung in Afrika gegründet worden war, aber schnell auch Kern des Widerstandes gegen den moderaten Kurs des Reichskanzlers Leo von Caprivi (1890–1894) wurde. Beinahe zeitgleich entstand der „Deutsche Verein für das Nördliche Schleswig“ (1889/90), während der mächtige „Verein zur Förderung des Deutschtums in den Ostmarken“, den polnischen Provinzen erst 1894, u. a. als Protest gegen Caprivis recht milden Kurs u. a. mit der Wiedereinführung des Schulunterrichts auf Polnisch 1890 und 1894, errichtet wurde.<sup>19</sup> Es deutet zwar nichts darauf hin, dass diese drei Initiativen untereinander koordiniert waren; aber sie waren Bestandteil derselben nationalistischen Welle, die auch die deutschen Kriegervereine wie den „Reichskriegerverein“ (bereits 1884 gegründet) und später den „Flottenverein“ ab 1898 und den „Kyffhäuserbund“ ab 1900 umfasste.<sup>20</sup> Für Deutschland war das polnische Problem in diesen Jahren, wie H. P. Hansen es ausgedrückt hat, „die wichtigste Frage in Deutschlands Innenpolitik“.<sup>21</sup>

Ebenso räumte er inmitten des Konfliktes um das Dänentum in Nordschleswig ein, dass „die Polen ungleich schlechter als Deutschlands übrige Grenzvölker fremder Nationalität gestellt waren“ – auch weil sie nicht auf ein Nachbarland hoffen konnten, denn in Russland erging es den Polen noch schlechter als in Preußen.<sup>22</sup>

In Posen wurde der Griff um die polnische Bevölkerung von Jahr zu Jahr gefestigt, und von Caprivi's Zugeständnis auf Zulassung der polnischen Sprache in den Schulen wurde 1900 wieder aufgehoben. Der ganz große Vorstoß für die deutsche Sprachpolitik erfolgte mit dem sogenannten „Reichsvereinsgesetz“, zu dem die Vorbereitungen 1907 begannen. Ein wichtiger Teil dieses Vereinsgesetzes, das in vielerlei Hinsicht die neue demokratische Offenheit repräsentierte, war der vorgeschlagene Paragraph 7 über das Verbot anderer Sprachen als Deutsch in offiziellen Versammlungen – ein Paragraph, der formuliert wurde, nachdem der Oberste Gerichtshof des Deutschen Reiches das spezifische Sprachverbot in den polnischen Provinzen entkräftet hatte. Paragraph 7 verursachte intensive Gegenmaßnahmen der deutschen Opposition, insbesondere der Sozialdemokraten, aber auch von Politikern des Zentrums, der „Freisinnigen Partei“ und der drei nationalen Minderheiten mit dem Ergebnis, dass das Gesetz 1908 mit einer Regelung, die das eigentliche Inkrafttreten in Kreisen mit über 60 Prozent nicht-deutschsprachigen Einwohnern um 20 Jahre verschob, beschlossen wurde.<sup>23</sup>

Die vorläufige Kulmination der deutschen Unterdrückungspolitik in Nordschleswig geschah bekanntlich unter dem schleswig-holsteinischen Oberpräsidenten Ernst Matthias von Köller (1897–1903) mit Zensur, Inhaftierungen, Ausweisungen und der Unterstützung sowohl nützlicher als auch zweifelhafter deutscher Initiativen. Köllers Politik wurde moralisch wie auch ökonomisch vom Alldeutschen Verband gefördert, der es als seine Aufgabe sah, den Einsatz gegen die „Relationen der irredentischen Führer zu den slawischen Feinden des Deutschtums, zu den Polen und Tschechen“ zu koordinieren.<sup>24</sup> Hiermit war der deutsche Nationalismus auch über die Grenzen des Reiches hinaus erweitert worden. Am deutlichsten drückte dies der Vorsitzende des deutschen Vereins für das nördliche Schleswig Dr. Hahn 1914 aus: das dänische „Protestvolk (gehe) Seite an Seite mit Deutschfeinden, Tschechen, Polen und Südslawen“.<sup>25</sup>

## **Ansiedlungspolitik in Polen und Nordschleswig**

Mit dem deutschen Nationalismus und der Erkenntnis, dass nichtdeutsche Nationalitäten sich nicht assimilieren würden, sondern im Gegenteil von Jahr zu Jahr gestärkt wurden, kam man auf den Gedanken, die umstrittenen Regionen zu besiedeln, damit sich das Verhältnis zwischen Deutschen und Nichtdeutschen



Abb. 3 1912 errichtetes Gasthaus in Golentschikowo, einem damals mit Gebäuden überwiegend im Jugend- und Heimatschutzstil ausgebauten deutschen Kolonistendorf (Foto 2013)

verschöbe. In Polen hatte Preußen bereits am Ende des 18. Jahrhunderts deutsche Bauern dazu aufgerufen, die beschlagnahmten Kirchengüter, die zu staatlichem Landbesitz gemacht worden waren, zu besiedeln. Dies geschah jedoch besonders, um die recht extensiv ausgenutzten polnischen Güter zu entwickeln, und die als Siedler gewonnenen sogenannten „Bamberger“ hatten bereits Mitte des 19. Jahrhunderts zum Polnischen gewechselt.<sup>26</sup> Aber nach den polnischen Aufständen 1830 und 1848 wuchs der Wunsch, den polnischen Adel, der lange der Träger des polnischen Widerstandskampfes war, zu schwächen. Frühere deutsche „Schwärmerei“ für die polnische Sache wurde zunehmend von dem Wunsch vom „vollständigen Aufgehen der Polen in den Deutschen“ ersetzt.<sup>27</sup> Lange Zeit über geschah jedoch nichts. Erst unter der Eskalation der nationalen Konflikte in den 1880er Jahren wurde ernsthafte Schritte unternommen. 1886 erließ der preußische Landtag ein Ansiedlungsgesetz, das 100 Millionen



Mark für eine Ansiedlungsstiftung, verwaltet von einer Ansiedlungskommission mit Hauptsitz in Posen, bereitstellte. In den Jahren 1886 bis 1892 gelang es, 58.000 Hektar Landboden für die Grundstücksteilung an deutsche Siedler zu erwerben. Außerdem wurde ab 1890 die Erlaubnis erteilt, den über das ganze Reich verteilten parzellierten Hofstellen, den sogenannten „Rentengütern“, Kredite zu gewähren, und dies wurde in den polnischen Provinzen umgehend umgesetzt.<sup>28</sup> Wegen des polnischen Unwillens, an deutsche Behörden zu verkaufen, kam der Aufkauf allerdings zum Stillstand, und darüber hinaus entstand mit der Gründung der sogenannten polnischen Rettungsbank, Bank Ziemski, die in der Lage war, eine beachtliche Menge Land, darunter Güter aus deutschem Besitz, zur Verteilung an polnische Siedler aufzukaufen, sowie auch mit der sogenannten Marcinkowski-Stiftung zur Unterstützung polnischer Organisationen, eine starke Gegenbewegung.<sup>29</sup>

1898 wurde die deutsche Ansiedlungspolitik verschärft; der Ansiedlungskommission wurden erneut 100 Millionen Mark bewilligt, 1902 weitere 150 Millionen, und es wurden eine Reihe Staatsanleihen an Güter in deutschem Besitz vergeben. Ab 1904 wurde vorgeschrieben, dass alle neuen Eigentümer auf verteiltem Land von den regionalen Behörden gebilligt werden mussten, was es den Polen erschwerte, neue Anwesen zu kaufen – und 1908 wurde ein Gesetz erlassen, das die Enteignung von Land zur Grundstücksteilung ermöglichte. Dieses Gesetz weckte jedoch Widerstand im Reichstag, da es als über die Grenzen des Verwaltungsrechts hinausgehend angesehen wurde. In der Realität wurde es so auch nur beim Kauf von nur vier Gütern angewendet. Das Ergebnis dieses langen „Bodenkampfes“ war, dass seit 1886 bis 1916 21.727 Anwesen mit einer Fläche von 13–15 Hektar geschaffen wurden.<sup>30</sup>

Ein anderes Resultat der deutschen Maßnahmen war der Ausbau der Hauptstadt Posen als „Hauptstadt des Deutschen Ostens“ mit der Anlegung eines ganz neuen Stadtteils, dem Bau eines kaiserlichen Residenzschlosses und dem Aufbau deutscher Institutionen sowie weiterer Behörden in den polnischen Provinzen. Man wagte jedoch nicht, eine richtige Universität zu errichten, da man fürchtete, dass diese ein Zentrum des polnischen Widerstandes würde. Wie erwartet war dies Anlass kräftiger polnischer Gegenwehr. Diese führte u. a. dazu, dass Posen 1911 praktisch aus zwei Städten bestand, die nichts miteinander zu tun hatten, „wo alles aufgeteilt war, abgesehen von Pferderennen“.<sup>31</sup> Auch die Festungsstadt Metz an der Mosel im französischsprachigen Teil Lothringens wurde in den Jahren nach 1900 als „Grenzburg im Westen“ ausgebaut, aber abgesehen davon, dass einzelne Deutsche – darunter der Kaiser selbst – ein paar französische Güter erwarben, kam es in diesen Regionen aber nicht zu einem Bodenkonflikt.<sup>32</sup>





Abb. 4 Damals modernes norddeutsches „Einhaus“, eines vom Ansiedlungsverein für das westliche Nordschleswig 1912 errichteten neuen Hofes bei Rödding im nördlichsten Schleswig (Foto 2008)

In Nordschleswig hingegen wurde man früh von der deutschen Ansiedlungspolitik in den polnischen Provinzen inspiriert. Bereits fünf Jahre nach der polnischen Initiative entstand der erste „Ansiedlungsverein für das Westliche Nordschleswig“, 1891 in der Gegend Röddings gegründet, um auszunutzen, dass so viele dänische Grundbesitzer ausgewandert waren. Dieser Verein brachte etwa 200 deutsche Familien auf Kleinhöfen unter, wonach ähnliche Verteilungsvereine im Osteramt Hadersleben und im Kreis Sonderburg errichtet wurden. 1896 wurde die alte preußische Anordnung über die Staatsdomänen von 1794, das bis dahin staatliche Güter auf u. a. konfisziertem kirchlichen Landbesitz eingerichtet hatte, auf den Kauf größerer Gehöfte in sowohl Nordschleswig wie auch in den polnischen und französischen Grenzregionen erweitert. In Nordschleswig wurden so im Zeitraum 1896 bis 1916 insgesamt 36 Grundstücke erworben, besonders in den dänischgesinnten Gebieten südlich der Königsau, die nicht

weiter aufgeteilt, sondern zu Musteranwesen entwickelt wurden.<sup>33</sup> Und schließlich müssen wir uns an die Politik der Errichtung der Rentengüter erinnern, die in den polnischen Provinzen 1890 begonnen und ab 1892 auch in Nordschleswig, insbesondere zum Aufbau neuer Anwesen in der Gegend um Tingleff und Klipleff, angewendet wurde.<sup>34</sup>

Nachdem der Deutsche Verein für das Nördliche Schleswig 1908 an den Kaiser appelliert hatte, sich für Nordschleswig der polnischen Provinzen entsprechend einzusetzen, wurde 1909 eine schleswig-holsteinische Siedlungsgenossenschaft gegründet, und der preußische Landtag erließ 1912 außerdem ein Gesetz über die „Stärkung des Deutschtums in gewissen Landesteilen“ darunter Ostpreußen, Pommern, Schlesien und Schleswig. Dieses Gesetz beinhaltete u. a. eine Ausweitung des Enteignungsrechts der polnischen Provinzen auf andere bedrohte Gebiete, d. h. auch Nordschleswig. Kurz gesagt hatten die nationalistischen deutschen Kreise und Beamten sowie der Erfolg der dänischen Bewegung große deutsche Kreise dazu bewogen, wie der Generallandschaftsdirektor von Schleswig-Holstein und Mitglied des preußischen Herrenhauses Christian Graf zu Rantzau-Rastorff es 1912 in der Zeitschrift Nordmark ausdrückte, die polnische und die dänische Gefahr als gleich groß zu betrachten.<sup>35</sup> Mit der Übertragung der deutschen Ansiedlungspolitik in Polen auf Nordschleswig wurde die dänische Seite empfindlich getroffen. Die Gegenwehr folgte jedoch rasch. Sie bestand zunächst in der Gründung des zum Königreich gehörenden „Vereins vom 5. Oktober 1898“, um Darlehen an dänische Landwirte in Nordschleswig zu kanalisieren. Danach folgten 1902 die Errichtungen einer „Eisernen Stiftung“ (Jernfond) zur Unterstützung dänischer Vereine, 1909 die der „Nordschleswigschen Kreditvereinigung“ (Nordslesvigsk Kreditforening) und 1913 schließlich die der „Landwehr“ (Landeværnet), die Gemeinde für Gemeinde für den Erhalt des Landes in dänischen Händen kämpfen sollte. Hiervon war H. P. Hanssen zufolge auf jeden Fall der „Jernfond“ direkt nach Vorbild der polnischen „Marcinkowski-Stiftung“ entstanden.<sup>36</sup>

## **Zusammenarbeit und Inspiration zwischen den drei Minderheiten**

Für die dänischgesinnten Nordschleswiger waren die nationalen Bewegungen in den polnischen Provinzen und in Elsass-Lothringen offensichtliche Kooperationspartner. H. P. Hanssen war nicht zuletzt bereits in den 1880er Jahren über die Geschehnisse in den anderen Grenzregionen gut unterrichtet und schrieb sowohl in nordschleswigschen wie auch dänischen Zeitungen und Zeitschriften über das polnische Problem.<sup>37</sup> Auf Seiten der dänischen Bewegung gab es zu Beginn außerdem das Ziel, „Nordschleswig von der verschärften polnischen Zwangspolitik freizuhalten“.<sup>38</sup> Nach und nach wuchs dabei, einhergehend mit

der Verschärfung der deutschen Unterdrückungspolitik, das Solidaritätsgefühl zu den anderen Nationalitäten. In Verbindung mit den Sprachverordnungen von 1888 beschloss der dänische Repräsentant im preußischen Landtag, Gustav Johannsen aus Flensburg, mit seinem polnischen Kollegen, politische Initiativen zu ergreifen.<sup>39</sup> In den Jahren danach, als H. P. Hanssen Mitglied des preußischen Landtags (erst gemeinsam mit Gustav Johannsen und ab 1902 mit Julius Nielsen) und ab 1907 außerdem Mitglied des deutschen Reichstags war, gab es eine laufende Zusammenarbeit zwischen der polnischen und der dänischen Minderheit, und zwischendurch auch mit einigen Elsass-Lothringern. Die Repräsentanten der drei nationalen Minderheiten waren jedoch zu wenige, um einen realen Einfluss ausüben zu können, weswegen die beiden Dänen dazu gezwungen waren, sich Alliierte bei den regierungskritischen Parteien zu besorgen.<sup>40</sup> Dies konnte man u. a. in einer Anfrage über die „Köllerpolitik“ geführten Parlamentssitzung 1899 erkennen, bei der 50 Stimmen beschafft werden mussten, um sie im Landtag zur Sprache zu bringen.<sup>41</sup>

Die Zusammenarbeit zwischen den drei nationalen Minderheiten war aber meistens ad-hoc-geprägt. Beispielsweise war eine wichtige Angelegenheit wie der Optantenvertrag 1907 ein rein deutsch-dänisches Vorhaben, da es in Elsass-Lothringen nur kurz nach 1871 und in Polen gar keine Optanten gab. Das, was ernsthaft Grund zur Kooperation zwischen den drei Minderheitsbewegungen gab, war das oben erwähnte Reichsvereinsgesetz von 1908. Die Zusammenarbeit war allerdings nicht fester, als dass Leute aus Elsass-Lothringen versuchten, H. P. Hanssen davon zu überzeugen, dass nur Elsass-Lothringen und Nordschleswig Ausnahmen bilden sollten – aber es endete damit, dass H. P. Hanssen gemeinsam mit den Polen darauf hinarbeitete, den Sprachparagraphen 7 gänzlich zu Fall zu bringen.<sup>42</sup> Erfolgreich waren sie damit zwar nicht, aber immerhin gelang es mit Unterstützung anderer deutscher Parteien, eine Verschiebung des Paragraph 7 für die drei Grenzgebiete zu erwirken – nicht zuletzt dank H. P. Hanssens persönlichem Einsatz.<sup>43</sup> Als Schlussbemerkung soll noch erwähnt sein, dass die dänische Bewegung in Nordschleswig auch an den Freiheitskämpfen anderer europäischer Völker, darunter dem der Finnen gegen die russische, dem der Tschechen gegen die österreichische und dem der Iren gegen die englische Herrschaft, lebhaft interessiert war.<sup>44</sup>

## Zusammenfassung

Dieser Übersichtsvergleich der deutschen Nationalpolitik in den Grenzgebieten mit einer Bevölkerung, die ein anderes Zugehörigkeitsgefühl pflegt, soll nicht als Apologie für den deutschen Nationalismus und die Unterdrückungspolitik in Nordschleswig betrachtet werden. Die Absicht war lediglich zu zeigen, dass dänische Nordschleswiger nicht sonderlich hart getroffen waren, sondern im Gegenteil zu Anfang eine, verglichen mit den großen Schwierigkeiten sowohl interner wie auch annektierter „Reichsfeinde“, eher eine kleine Rolle spielten. Unter den Nationalitätenkonflikten repräsentierte das polnische Problem für die deutsche Politik die bei weitem größte Herausforderung, und es war hier, dass Preußen zuerst und am stärksten zu drastischen Mitteln in Sprach-, Schul- und Bodenpolitik griff. Doch nach und nach bildete sich, da der deutsche Nationalismus stetig militanter wurde und außerdem das nationale Bewusstsein und die Organisation der unterdrückten Nationalitäten erstarkte, eine Form von „Gemeinschaft“ zwischen den drei Grenzregionen, vor allem seit dem die deutschen Behörden, angestachelt von lokalen Nationalisten, zunehmend die Lösungen in den polnischen Regionen auf Nordschleswig übertrugen.

Von deutscher Seite wurde die Nationalpolitik bereits vor 1900 oft mit der von den nationalen Bewegungen ausgehenden gemeinsamen Gefahr begründet. Aber trotzdem war die Opposition gegen die deutsche und preußische Machtpolitik vor 1900 in hohem Maße von einer breiten und vielfältigen Zusammenarbeit zwischen allen „Reichsfeinden“, sowohl den nationalen Bewegungen und Sozialdemokraten, dem katholischen Zentrum, der linksliberalen Partei, den hannoverschen Welfen u. a., geprägt. Nicht zuletzt war es die große Bedrohung der nationalen Sprachen im Vorschlag des Reichsvereinsgesetzes 1908, die Polen, Elsass-Lothringer und Dänen zusammenbrachte. Auch im Bodenkampf im Norden ließen sich die dänischen Nordschleswiger von polnischen Gegenmaßnahmen inspirieren, jedoch war von eigentlicher Zusammenarbeit nicht die Rede. Allerdings war der Grundstein einer Aktionsgemeinschaft, die zwischen Polen, Dänen und Elsass-Lothringern beim Zusammenbruch des Deutschen Reiches nach Ende des Ersten Weltkriegs entstand, gelegt.

### Anmerkungen

- 1 Gottlieb Japsen Den fejlslagne germanisering. den tyske forening for det nordlige Slesvig Bidrag til det tyske mindretals historie efter 1864, Apenrade 1983, S. 12 und 10.
- 2 H. P. Hanssen, Et Tilbageblik, II, 1888–1906, 1930, S. 204 sowie: Ders., Et Tilbageblik, III, 1906–1912, 932, S. 262.

- 3 Volkmar Wittwitz, Die preußische Elementarschule im 19. Jahrhundert, Themenportal Europäische Geschichte, 01.01.2007
- 4 Sandra Horn, Folkeskolepolitikken i det tyske Kejserrige, in: Sønderjysk Skolemuseum, Årsskrift 2006.
- 5 Dieser Krieg war ein Teil des oft als „Deutscher Krieg“ bezeichneten Konflikts von 1866, in welchem sich Österreich und seine Verbündeten (darunter Hannover) den Bestrebungen Preußens widersetzen, den Deutschen Bund in einen preußisch geführten Bundesstaat umzuformen. Für Hannover begann der Krieg am 15.6.1866, schon zwei Wochen später musste das Königreich zwei Tage nach der zunächst scheinbar erfolgreichen Schlacht von Langensalza (fast 600 Tote) gegenüber Preußen kapitulieren und wurde bald darauf von diesem annektiert.
- 6 Frank Bösch, Das konservative Milieu. Vereinskultur und lokale Sammlungspolitik in ost- und westdeutschen Regionen (1900–1960), 2002, S. 21-33
- 7 Karl Erich Born, Preußen im deutschen Kaiserreich 1871–1918, in: Wolfgang Neugebauer (Hg.), Handbuch der preußischen Geschichte, III, 2001, S. 43 f.; Lech Trzeciakowski: Die Nationalitätenpolitik Preußens im preußischen Teilungsgebiet (1772–1918), in: Peter Nitsche (Hg.), Preußen in der Provinz, 1987, S. 6–21.
- 8 Hanssen, 1930, S. 204 f.
- 9 Hanssen, 1934, S. 212.
- 10 Born, 2001, S. 49 f.
- 11 Hermann Hiery: Wahlen und Wahlverhalten im Reichsland Elsass-Lothringen 1871–1914, in: Angelo Ara & Eberhard Kolb (Hg.), Grenzregionen im Zeitalter der Nationalismen. Elsass-Lothringen / Trient-Triest 1870–1914, 1993; Thomas Höpel, The French-German Borderlands: Borderlands and Nation-Building in the 19th and 20th Centuries, EGO-European History Online, 28.5.2013.
- 12 Ernest Renan: Qu'est-ce qu'une nation?, in: Discours et conférences, 1887
- 13 H. P. Hanssen: Polakkerne i Prøjsen, in: Højskolebladet 1891, S. 211–220; Born, 2001, S. 46 f.
- 14 Oswald Hauser, Preußische Staatsräson und nationaler Gedanke, Neumünster 1960, S. 71 f.; Born, 2001, S. 45 f.
- 15 Hauser, 1960, S. 40.
- 16 Japsen, S. 12; Hauser, S. 71 ff.
- 17 Hans Schultz Hansen: Nationalitetskamp og modernisering 1815–1918, in: Sønderjyllands Historie 2: efter 1815, Apenrade 2009, S. 201 f.
- 18 Hauser, S. 87 f., 96 f., 102 ff.
- 19 Born, S. 48.
- 20 Schultz Hansen, 2009, S. 21.
- 21 Hanssen, 1932, S. 180.
- 22 Ebd., 1891, S. 219.
- 23 Ebd., 1932, S. 194 ff. und 223 sowie Born 2001, S. 50 f.

- 24 Japsen, 1983, S. 151 f.
- 25 Ebd.,1983, S. 235.
- 26 Lech Trzeciakowski: Die Nationalitätenpolitik Preußens im preußischen Teilungsgebiet (1772-1918), in:Nitsche, 1987, S. 8-11.
- 27 Hanssen, 1891, S. 217 f.
- 28 Trzeciakowski ,1987, S. 15 ff.; Born, 2001, S. 47.
- 29 Hanssen, 1891, S. 215 f.; Hanssen, 1930, S. 208.
- 30 Born, 2001, S. 52 f.; vgl. auch Peter Dragsbo: Arkitektur til grænsen. Arkitektur og nation i europæiske grænselände 1850–1940, 2014, S. 169 f.
- 31 Witold Molik: Posen als „Hauptstadt des deutschen Ostens“ und als „Hauptstadt des Polentums“ in den von Preußen beherrschten Gebieten, in: Sophia Kemlein (Hg.): Postkarten erzählen Geschichte. Die Stadt Posen 1896-1918, 1997 (Zitat aus der Frankfurter Zeitung); Dragsbo ,2014, S. 145–166.
- 32 Dragsbo, 2014, S. 103 ff.
- 33 Ingvert Møller Terkildsen: De sønderjyske domænegårde, 2001.
- 34 Hans Schultz Hansen: "Dansk jord på danske hænder". Foreningen Landeværnet og den nationale jordkamp i Sønderjylland 1927–2002, 2002.
- 35 Japsen, S. 205 und 209.
- 36 Hanssen, 1932, S. 268.,
- 37 Artikel von H.P. Hanssen in Højskolebladet 1886 und 1887, vgl. Hanssen, 1891. - Hans Schultz Hansen: De danske sønderjydere førstemand. H. P. Hanssen 1862–1914, Band 1, Apenrade 2018, S. 64, 74, 148 und 343, Anm. 58.
- 38 Hanssen, 1932, S. 164.
- 39 Schultz Hansen, 2018, S. 82.
- 40 Ebd., S. 165 f.
- 41 Ebd., S. 173 f.
- 42 Hanssen, 1932, S. 196 und 223.
- 43 Schultz Hansen, 2018, S. 271-274.
- 44 Vgl. dazu die Artikel in Sønderjyske Aarbøger: Ivar Berendsen, Et folk og et statskup. Et par strejflys over vore dages Finkland, 1902, S. 35–74 und 156 f.; Josef Gruber: Den tjekkisk-tyske nationalitetskamp, II: Dn økonomiske udvikling hod tjekker og tysker i Böhmen, 1903, S. 40–62; F. Ohrt, Finner og svenske i Finland, 1912, S. 208–325; Ders.: Fra østgrænsen. Træk af nationalitetskampen mellem finner og russere, 1910, S. 122–157; Zdenko Tobolka: Den tjekkisk-tyske nationalitetskamp, 1901, S. 230–244. Wie man sieht, wurde auch die tschechische Nationalbewegung in Österreich-Ungarn als „deutsch-tschechischer Konflikt“ aufgefasst.

Übersetzung: Hanna Wattenberg

Abbildungsnachweise

Abb. 1-4 Peter Dragsbo

„Wir sind schon weit gekommen, aber wir können noch viel weiterkommen.“

Ansprache von vier Schülerbotschaftern aus der deutschen und der dänischen Minderheit am Gedenktag der Schlacht von Oeversee/Sankelmark

von JOHANNE JUUL OLSEN, ANNA LISA PAYSSEN, LIV BREDO SCHRØDER UND MATS ROSENBAUM

*Alljährlich wird am 6. Februar der Toten der Schlacht von Oeversee/Sankelmark im Krieg von 1864 gedacht, als ein österreichisches Kommando die Nachhut der sich vom Danewerk nach Düppel zurückziehenden dänischen Truppen eingeholt hatte. In diesem Jahr war der seit 2004 gemeinsam vom Stammkomitee von 1864 und vom Sydslesvigsk Forening arrangierte Marsch von Flensburg mit rund 500 Teilnehmenden wieder gut besucht. Eine Besonderheit war, dass die Festrede am Denkmal für die dänischen Gefallenen in diesem Jahr von vier jungen Menschen gehalten wurde. Diese gehören zum Projekt der Schülerbotschafter, in welchem die drei Minderheitengymnasien mit Grænseforening und seit zwei Jahren auch mit dem ADS-Grenzfriedensbund zusammenarbeiten, um anderen Menschen das Leben einer Minderheit und im Grenzland zu veranschaulichen. Im Folgenden geben wir die bemerkenswerte Rede von Anna Paysen, Liv Schrøder (beide Deutsches Gymnasium für Nordschleswig), Johanne Juul Olsen und Mats Rosenbaum (beide Duborg-Skolen) ungekürzt und mit nur wenigen redaktionellen Änderungen wieder. Die beiden Erstgenannten sind Urheberinnen des ersten Teiles der Rede, die beiden Letztgenannten haben die zweite Hälfte verfasst (und diese zweisprachig auf Deutsch und Dänisch vorgetragen); das Schlusswort stammt von allen vieren gemeinsam.*

Die Redaktion

## **Dankbar so sein zu können wie wir sind**

„Im Grenzland wohnen Dänen und Deutsche Seite an Seite, wie es vor wenigen Generationen kaum vorstellbar war. Aus Feindschaft wurde Nachbarschaft, aus Nachbarschaft wurde Freundschaft.“ So hat es Hinrich Jürgensen, der Hauptvorsitzende des Bundes Deutscher Nordschleswiger, einmal auf den Punkt gebracht.

Wir wissen natürlich, dass dies nicht immer so war. Orte wie dieser zeigen die drastischen Folgen von Konflikten, die mehrfach zu Kriegen führten. Hier brachten sich im Jahr 1864 Menschen gegenseitig um - und wir fragen uns: Wofür eigentlich? Warum fand man keine friedliche Konfliktlösung? Warum gab es damals ein „Entweder-Oder“? Wir sind dankbar dafür, dass die politischen Konflikte von 1864 weit zurück liegen.

Aber auch heute, da die Waffen der Vergangenheit längst niedergelegt worden sind, haben wir als Liv og Anna auch noch 2020 das Gefühl, dass wir immer noch für etwas kämpfen müssen. Wir kämpfen um die Anerkennung unserer Identität, die nicht irgendwo einfach schwarz auf weiß geschrieben steht oder uns mit unserem Pass in die Wiege gelegt worden ist. Immer wieder werden wir damit konfrontiert, dass wir irgendwie anders sind. „Bist Du nun Deutsch oder Dänisch?“ - „Wen unterstützt Du, wenn Dänemark und Deutschland gegeneinander Handball spielen?“ - „Å hvilken sprog drømme do å?“ [Synnejsk für „Auf welcher Sprache träumst Du?“].

Solche Fragen lösen Verwirrung aus und schaffen eine Leere in uns. Für uns geht es eben nicht darum, uns selbst eindeutig und scharf abgrenzend mit einer Nationalität zu identifizieren. Wir können diese Fragen nicht so einfach beantworten. Dies liegt in einem besonderen Minderheiten-Gefühl, und es fällt uns schwer, dieses zu beschreiben oder gegenüber anderen zu erklären, die es nicht selbst so empfinden und erleben. Wir suchen nach einem Wort, das dieses Gefühl beschreibt, aber womöglich sind wir zu der Konklusion gekommen, dass es gar kein passendes Wort dafür gibt.

## **Anerkennung, Toleranz, Frieden und Vielfalt - dafür stehen die Minderheiten heute**

Die deutsche Minderheit in Nordschleswig hat sich verändert, die Globalisierung hat andere Werte in den Vordergrund gestellt, als es nach der Grenzziehung 1920 und wie vielleicht auch noch vor wenigen Jahrzehnten der Fall war. Wir wollen uns nicht einseitig für und insbesondere nicht gegen etwas entscheiden und für uns hat es keine Bedeutung, ob wir dänisch oder deutsch sind. Für uns liegt die Bedeutung darin, uns Nordschleswiger nennen zu können. Ist das jetzt ein Widerspruch zur Zugehörigkeit zur deutschen Volksgruppe in Nordschleswig?





Abb. 1 Die Schülerbotschafter Mats Rosenbaum, Johanne Juul Olsen (beide Duborg-Skolen), Anna Paysen und Liv Bredo Schrøder. (beide Deutsches Gymnasium für Nordschleswig) bei ihrer Rede vor dem dänischen Denkmal am Sankelmarker See.

Nein, ganz im Gegenteil! Denn nur durch diese Zugehörigkeit wird das „Sowohl-als-auch“ für uns so richtig möglich. Aber das Zugehörigkeitsgefühl bedeutet eben nicht, dass wir abgrenzend nur deutsch - oder entsprechend nur dänisch - seien. Wir wissen: Für die Toten, derer wir heute gedenken, war dies nicht möglich. Umso mehr schätzen wir, wie privilegiert wir uns fühlen und wie dankbar wir dafür sein können, dass wir einfach so sein dürfen, wie wir sind - und das ist eigentlich nur das, was wir wollen. Aber wir müssen auch aktiv dafür arbeiten, dass es so bleibt. Und dafür sind die Minderheiten unser Ausgangspunkt. Anerkennung, Toleranz, Frieden und Vielfalt - dafür stehen die Minderheiten heute.

Wir setzen uns deshalb dafür ein, als Schülerbotschafterinnen anderen jungen Menschen Wissen über Nordschleswig zu vermitteln. Wenn wir andere Schulen besuchen und erzählen, wer wir sind und wo wir zu Hause sind, sprechen wir mit Stolz über die deutsche Minderheit. Wir treffen oft auf dänische Bürger, die gar keine Ahnung davon haben, dass wir überhaupt existieren. In unserer Generation sollten wir stolz darauf sein, dass wir dies weitertragen können, denn auch das ist nicht selbstverständlich.

Wir freuen uns, dass wir als Minderheit heute so weit gekommen sind. Aber wir wissen auch, dass es immer noch viel zu tun gibt. Dies gilt natürlich auch für unsere Minderheit. Wir leben manchmal wie in einer kleinen Blase - bei uns „bobbet“ genannt - und dies bringt positive und negative Eigenheiten mit sich.

Das Positive ist, dass wir ein gutes Gemeinschaftsgefühl haben. Somit haben wir auch gute soziale Netzwerke und Gruppen, auf die man sich in jeder Lebenslage verlassen und auf die man immer in Not und auch im Alltag zurückgreifen kann, so wie man es wohl nur in einer Minderheit finden kann.

Aber all dies hat auch Nachteile. Wir müssen aufpassen, dass wir uns nicht selbst einengen. Es kann zum Beispiel schwer sein, als Außenstehender in diese „Mindretalsbobbel“ hereinzukommen und ein Teil dieser Gemeinschaft zu werden. Vielleicht ist dies auch ein Grund dafür, warum wir uns manchmal doch nicht von der umgebenden Gesellschaft akzeptiert und verstanden fühlen - von dänischer, aber auch von deutscher Seite!

### **Problem Unwissenheit - und Vorurteile**

Für uns vier, als Angehörige der deutschen und der dänischen Minderheit, ist es überhaupt kein Problem - und warum sollte es überhaupt eines sein? - an dieser Stelle zusammen zu stehen und gemeinsam Worte zur Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu finden. Aber wir erleben immer wieder auch, dass es in der deutschen und dänischen Bevölkerung viel Unwissen über das jeweilige Nachbarland und erst recht über uns Minderheiten gibt. Leider könnten wir an dieser Stelle auch viele Beispiele nennen, wie auch wir immer noch aus der Vergangenheit herrührende Vorurteile zu spüren bekommen - und das trifft uns schon! Gerade deshalb freuen wir uns auch, dass wir durch die vielen Veranstaltungen zu 100 Jahren Volksabstimmung und Grenzziehung 2020 so viel Aufmerksamkeit bekommen. Aber es ist uns auch wichtig, dass dann nicht nur das Erreichte und Positive gefeiert wird, sondern dass auch unter die Oberfläche geschaut und der Blick auf die aktuellen Herausforderungen und Probleme fallen und hierfür gemeinsam nach Lösungen gesucht wird.

Wir persönlich fühlen uns sicher mit unserer Minderheiten-Identität, mit dieser „Bindestrich-Identität“, mit diesem vorhin geschilderten Gefühl, für das es kein wirklich passendes Wort gibt. Und dies verbindet uns, die deutschen Nordschleswigerinnen Anna und Liv, auf besondere Weise mit den dänischen Südschleswigerinnen Johanne und Mats, an die wir nun das Wort weiterreichen möchten.

### **Die oft unbekannt Minderheiten**

Vielen Dank an Liv og Anna!

Im Vergleich zu früheren Zeiten leben wir heutzutage in Verhältnissen, von denen man damals nur träumen konnte. Gut funktionierende und blühende Institutionen, Gleichstellung mit der Mehrheitsbevölkerung und internationale



Abb. 2 Aufmerksame Zuhörer während der Ansprache der Schülerbotschafter vor dem dänischen Denkmal am Sankelmarker See

Beachtung - ein Teil der dänischen Minderheit zu sein, ist heute angenehmer als jemals zuvor. Sie ist eine voll integrierte Minderheit in der Mehrheit, die es vermag ihre Tradition und ihre Sprache in ihrer ganz eigenen Art und Weise beizubehalten.

Aber wir kämpfen weiterhin! Denn in einer Minderheit zu leben, ist nicht immer leicht. In einer Welt mit unzähligen Meinungen, Haltungen und Vorurteilen muss man auch ab und zu sehr kritische Äußerungen aushalten. Ebenso, wie schon von Anna und Liv geschildert, müssen wir auf unseren Reisen als Schülerbotschafter immer wieder erleben, dass weder die Schüler und Schülerinnen, noch sämtliche Lehrkräfte der besuchten Schulen sich unserer Existenz überhaupt bewusst sind, ja dass „dänische Minderheit“ für sie ein Fremdwort ist. Viele Dänen ahnen nicht, wen die Königin in Ihrer Neujahrsansprache grüßt, wenn sie von den Dänen südlich der Grenze spricht. Immer wieder müssen wir über uns aufklären und uns leider teilweise auch dafür rechtfertigen, dass wir sind, wie und was wir sind. Wir werden mit Fragen überhäuft - was sich andererseits aber auch wie ein kleiner Sieg für uns anfühlt. Denn dieses Interesse zeugt schließlich von Anerkennung und Akzeptanz uns gegenüber, und es bestätigt uns, dass wir mit unserem Auftreten tatsächlich Wissen über und Verständnis für unsere Minderheiten verbreiten können.

## **Innere Konflikte und Verständnis**

Aber es sind nicht nur die äußeren Einwirkungen, die eine Rolle spielen. Auch die inneren Konflikte sind von großer Bedeutung. Was sind wir eigentlich? Sind wir das eine oder das andere oder sind wir „sowohl als auch“? Ein solcher innerer Identitätskonflikt ist für viele so normal wie die Frage, welche Kleidung man nun anziehen soll. Sich in so einem jungen Alter mit Identität und Kultur beschäftigen zu müssen, ist schon eine gewisse Herausforderung und manchmal auch eine Bürde. Doch diese Herausforderung trägt dazu bei, unsere Toleranz und unser Verständnis gegenüber anderen Kulturen zu stärken. Diese - bewusste und unbewusste - Auseinandersetzung mit sich selbst erweitert unseren Horizont. Wir sind weit gekommen. Aber wir können noch mehr erreichen! Heute hier zu stehen, ist ein besonderer Moment: er zeugt von Nächstenliebe und Anerkennung. Wenn wir hier und heute zu den vielen Anwesenden blicken, erinnert es uns daran, wie wichtig es ist, niemals den Weg zu vergessen, den wir bereits gegangen sind, und niemals die Menschen zu vergessen, die sich vor uns und in schwierigeren Zeiten für diese Region eingesetzt haben.

„So lange ihr an uns festhaltet, werden wir an euch festhalten“, versprach der damalige dänische Regierungschef Poul Nyrup Rasmussen in seiner Ansprache beim Jahrestreffen (Årsmøde) der dänischen Minderheit in Flensburg im Juni 1999. „Und wir werden festhalten! Es ist für uns eine Ehrensache, weiter zu kämpfen, indem wir uns für den Erhalt und die Weiterentwicklung unserer besonderen dänischen Kultur in Südschleswig, für die Aufklärung über dieselbe, für die für uns so entscheidend wichtigen Verbindungen über die Grenze hinweg und dafür, dass unsere Region lebens- und lebenswert und das Zusammenleben hier freundschaftlich, sich gegenseitig bereichernd und vor allem friedlich bleibt, auch in Zukunft mit aller Kraft einsetzen werden.“

## **Frieden ist keine Selbstverständlichkeit**

Wir sind somit am Schluss und wieder am Ausgangspunkt angekommen, hier bei den Denkmälern zur Schlacht vom Februar 1864. Sie erinnern uns an eine Zeit der nationalen Engstirnigkeit, welche verbunden mit Machtpolitik zu Krieg und Tod führte. Sie erinnern uns daran, dass Frieden keine Selbstverständlichkeit ist. Aber sie erinnern uns auch daran, dass unsere Minderheiten heute eine Geschichte erzählen können, die von Solidarität, Visionen und Nächstenliebe handelt.

Abbildungsnachweise

Abb. 1 und 2 Fotograf Michael Staudt, Flensburg

# Europa und unsere Region

Ein Interview mit Rasmus Andresen, Mitglied des Europäischen Parlaments

*Für eine Grenzregion wie die unsere ist die Politik auf europäischer Ebene von besonderer Bedeutung. Mit dem vormaligen Landtagsabgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen Rasmus Andresen ist seit den Europawahlen vom Mai 2019 ein Abgeordneter im Europäischen Parlament vertreten, der sich auf beiden Seiten der Grenze gut auskennt. Der Flensburger Abiturient der Duborg-Skolen, der in Roskilde Verwaltungs- und Kommunikationswissenschaften studiert hat und über fast zehn Jahre Erfahrung als Abgeordneter im Kieler Landtag verfügt, gehört u.a. dem Haushaltsausschuss des Europaparlaments an. Im folgenden Interview, das nach einem Besuch mit Schülerdiskussion am Deutschen Gymnasium für Nordschleswig in Apenrade entstanden ist, bezieht Rasmus Andresen Stellung zu Fragen zur Zukunft der deutsch-dänischen Grenzregion in Europa und zu weiteren Themen. Die Fragen stammen vom A-Niveau-Kurs im Fach Wirtschaft/Politik (Samfundsfag) des aktuellen Abiturjahrgangs des Gymnasiums der deutschen Minderheit in Nordschleswig.*

*Die Redaktion*

## **Bedeutung der EU für die Grenzregion**

***A-Niveau-Kurs: Du hast in Dänemark studiert und warst Landtagsabgeordneter in Schleswig-Holstein. Du kennst die Politik in beiden Ländern und jetzt auch auf europäischer Ebene. Fallen Dir Unterschiede auf?***

***Rasmus Andresen:*** Zu Beginn meiner Zeit als Europaabgeordneter war ich schon überrascht, wie groß die politischen Unterschiede zwischen den Abgeordneten unterschiedlicher Nationalitäten sind. Wir haben ja keine richtige europäische Öffentlichkeit, sondern diskutieren Themen mit einem sehr nationalen Fokus und denken aus meiner Sicht zu wenig europäisch. Südeuropäische oder skandinavische Stimmen fehlen in den Debatten in Deutschland – und andersherum. Aber auch in der Art und Weise Politik zu machen, in der politischen Kultur, gibt es Unterschiede. Zum Teil hängt das mit den nationalen Regierungskonstellationen zusammen: Sind z.B. Grüne in ihren Mitgliedsstaaten prozentual eher schwach und in der Opposition, sind ihre Forderungen oft radikaler. Trotzdem

kommen wir am Ende meistens zu einem guten und gemeinsamen Ergebnis. Der größte Unterschied besteht in der Arbeitsweise des Parlaments. Ohne feste Mehrheitsblöcke hat man im EP wirklich viele Möglichkeiten mitzugestalten. Im Landtag war man viel stärker in Regierungs- und Oppositionsrollen festgelegt.

***Was bedeutet die Europäische Union für eine Region wie die unsere?***

Gerade für Grenzregionen hat die EU natürlich eine besondere Bedeutung. Wir können ja täglich, direkt vor unserer Haustür, erleben, was den europäischen Gedanken ausmacht: grenzüberschreitende Projekte z.B. im Gesundheitswesen oder im Kulturbereich, ein gemeinsamer Arbeitsmarkt mit mehreren Tausend Grenzpendler\*innen oder offene Grenzen aufgrund des Schengen-Abkommens. Grenzkontrollen, Wildschweinzäun und nicht zuletzt die Grenzschließung in Folge der Corona-Krise zeigen aber auch, dass all diese Errungenschaften nicht selbstverständlich sind. Der Weg zurück zu nationalstaatlichen Denkmustern ist oft sehr kurz. Hier ist es Aufgabe der EU, und auch von uns Abgeordneten, sich für die europäische Idee stark zu machen, eben auch in ganz konkreten Fällen vor Ort.

***Vor einiger Zeit war der Begriff des „Europa der Regionen“ weit verbreitet, wonach die untergeordneten Regionen - auch die grenzüberschreitenden - eine wichtigere Funktion zukommen sollte. Spielt diese Idee noch immer eine Rolle?***

Die Europäische Kommission hat mit der Konferenz zur Zukunft Europas ein Projekt auf den Weg gebracht, um den Bürger\*innen Möglichkeiten zur Mitgestaltung der EU zu geben. Hier soll es um inhaltliche Kompetenzen gehen, es stehen aber vor allem auch institutionelle Fragen wie unser Wahlrecht oder die Stärkung des Parlaments zur Debatte. Für mich und uns Grüne gehört auch die hier gestellte Frage mit in diesen Prozess. Welche gemeinsame Idee von Europa haben wir eigentlich? In welche Richtung wollen wir uns weiterentwickeln? Dazu gehört für uns, der EU mehr Kompetenzen zu geben und gleichzeitig das Europäische Parlament zu stärken. Wir sind schließlich die einzige direkt gewählte Institution in der EU.

***Sollte die EU sich noch mehr für die Zusammenarbeit in Grenzregionen einsetzen, als dies bis jetzt geschieht? Oder müssen hierzu erst mehr Initiativen aus den Regionen selbst kommen?***



Abb. 1 Rasmus Andresen bei seinem Besuch am Deutschen Gymnasium für Nordschleswig in Apenrade

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sehe ich als Zusammenspiel von Europäischer Union und Initiativen vor Ort. Natürlich müssen die konkreten Ideen in den Regionen selbst entstehen und in die jeweiligen Zusammenhänge passen. Grenzregion ist ja nicht gleich Grenzregion.

Den Rahmen, auch finanziell, bestimmt aber die EU. In den nun anstehenden Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen wird es auch darum gehen, wieviel Geld in den kommenden Jahren für Projekte der Zusammenarbeit in Grenzregionen zur Verfügung steht. Wir dürfen nicht bei der grenzüberschreitenden Arbeit die Gelder kürzen, während z.B. klimaschädliche Agrarsubventionen beibehalten oder sogar erhöht werden.



## **Minderheitenschutz**

*Wie bewertest Du die Chancen dafür, dass Minderheitenschutz besser in der EU verankert wird? Sollte die EU das bisher ja hauptsächlich beim Europarat angesiedelte Thema auch zu einem zentralen Anliegen ihrer Arbeit machen, etwa durch die Einrichtung eines eigenständigen Minderheiten-Ressorts in der Europäischen Kommission?*

Das Thema Minderheiten bei einem\*r EU-Kommissar\*in anzusiedeln, war eine meiner Forderungen im Europawahlkampf. Die FUEN spricht sich ja beispielsweise ebenfalls dafür aus und ich werde mich auch weiterhin dafür einsetzen. Weitaus größere Chancen sehe ich momentan aber bei der Umsetzung der Forderungen der Minority SafePack Initiative. Aufgrund der Corona-Krise hat sich der Zeitplan etwas nach hinten verschoben. Ich hoffe aber, dass bald die Anhörung im Europäischen Parlament stattfinden kann und die EU-Kommission dann zügig Vorschläge zur Umsetzung vorlegt. Die mehr als eine Million Unterschriften waren auf jeden Fall ein Riesenerfolg und die Kommission wird sich ernsthaft damit auseinandersetzen müssen. Die Umsetzung der Forderungen wäre ein wichtiger Schritt in Richtung eines europäisch einheitlichen Minderheitenschutzes.

*Du bist ja wie wir zweisprachig hier in der Grenzregion aufgewachsen und kennst die Vor- und Nachteile des Minderheitendaseins. Glaubst Du, dass man im übrigen Europa gerade in den Mehrheitsbevölkerungen noch mehr von den Minderheiten lernen könnte?*

Wir haben ja gerade schon über die Minority SafePack Initiative gesprochen. Hier geht es darum, europaweit einheitliche Regelungen zum Schutz von Minderheiten zu finden. Gerade im Vergleich zu anderen europäischen Grenzregionen haben wir bei uns in der deutsch-dänischen Grenzregion ja viel erreicht. Insofern lohnt es ist sicher hin- und auch abzuschauen. Gleichzeitig sollten wir aber vorsichtig sein und den Zeigefinger nicht zu hoch halten. Die Situation in den verschiedenen Grenzregionen ist sehr unterschiedlich und nicht alles, was bei uns gut funktioniert, muss auch woanders gut funktionieren. Aber natürlich brauchen wir eine gemeinsame europäische Minderheitenpolitik. Während einige Staaten ihren Minderheiten eine umfassende Autonomie geben, werden Minderheiten in anderen Staaten nicht einmal als Minderheit anerkannt. Wenn Minderheiten in der EU diskriminiert werden, wie bspw. die Sinti und Roma in vielen Staaten, muss die EU-Kommission einschreiten und für Minderheitenrechte stehen.





Abb. 2 Diskussionsrunde in der Aula des Deutschen Gymnasiums für Nord-schleswig, Rasmus Andresen in der Mitte

## Folgen der aktuellen Corona-Krise

*Die Corona-Krise bestimmt seit Monaten wie kein anderes Thema Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Öffentlichkeit überall in Europa. Ist es jetzt gerade überhaupt möglich, auch in anderen Bereichen politische Beschlüsse zu erarbeiten, zu fassen und umzusetzen?*

Ja, die Corona-Krise hat die politischen Debatten weltweit für lange Zeit geprägt. Nach anfänglichen Schwierigkeiten der parlamentarischen Arbeit, angefangen bei der Frage, ob Parlamente überhaupt tagen können, wurden aber Wege gefunden und der politische Alltag hat mit Einschränkungen wieder Fahrt aufgenommen. Zudem kann und wird die Corona-Krise ja nicht isoliert diskutiert werden. Klimawandel, Wirtschaft, Kultur, Bildung, die europäische Zusammenarbeit und viele Bereiche mehr stehen im Zusammenhang mit der Krise auf dem Prüfstand. Das ist natürlich auch eine Chance, Politik und Gesellschaft neu zu denken und andere Wege zu gehen. Das Ziel muss eine klimagerechte Zukunft sein. Deshalb geht es bei den Debatten über die Finanzpakete auch nicht einfach um Corona, sondern darum, wie unsere Gesellschaft in den kommenden Jahrzehnten aussehen soll. Wir haben die Chance, jetzt in eine klimagerechte und sozialere EU zu investieren.

***Schwächt es Europa, dass praktisch alle wesentlichen Maßnahmen in Bezug auf den Umgang mit der Corona-Pandemie innerhalb der Länder entschieden wurden? Kann dies die EU sogar spalten? Oder gibt es auf europäischer Ebene diesbezüglich doch mehr Einigkeit, als es von den Nachrichtenmedien übermittelt wird?***

Eine der ersten Reaktionen auf den Ausbruch des Corona-Virus' war es, europaweit die Grenzen zu schließen. In der Folge ist ein Flickenteppich nationalstaatlicher Lösungen entstanden. Inzwischen spielt die EU bei der Frage, wie wir mit der Corona Krise umgehen, eine große Rolle. Wir stehen am Anfang der größten Weltwirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg und vor allem im Süden der EU droht Massenarbeitslosigkeit, von der gerade junge Menschen betroffen sind. Wenn die soziale Spaltung weiter zunimmt, sehe ich durchaus die Gefahr, dass die EU auseinanderbricht. Und rechtspopulistische Kräfte arbeiten genau darauf hin. Die Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen und zum Wiederaufbauprogramm der EU werden nun zeigen, wie es um die europäische Solidarität steht. Ich bin aber optimistisch, dass es gelingen wird, zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen.

***Kannst Du Dir vorstellen, dass es durch die Corona-Krise bei vielen Menschen zu einem Umdenken kommt, welches im Kampf gegen den Klimawandel helfen kann? Und kann die EU dies fördern, indem finanzielle Unterstützung gezielter an Unternehmen vergeben wird, die umweltfreundlicher produzieren?***



Abb. 3 Die Interviewpartner Britt Søndergaard, Stella Sina, Bente Andersen, Maximilian Lehmann, Cassandra Friedrich, Tom Koeppel, Simon Søndergaard und Rudolf Sender ( v. l. n. r.) vor dem Deutschen Gymnasium für Nordschleswig in Apenrade

Schon vor der Corona-Krise und vor allem auch während des Europawahlkampfes vor gut einem Jahr war ein solches Umdenken deutlich spürbar. Die „Fridays for future“-Bewegung hat viele Menschen wachgerüttelt und vor allem in Deutschland hat sich der Wunsch nach einer klimagerechten Veränderung ja auch im Wahlergebnis bemerkbar gemacht. Mit dem „Green Deal“ hat die EU-Kommission um Ursula von der Leyen auf diese Stimmung reagiert, wie so oft kommt es nun aber auf die konkrete Ausgestaltung an. Hübsche Überschriften helfen uns am Ende nicht weiter.

Im aktuellen Entwurf zum Finanzrahmen schlägt die Kommission vor, 25% desselben für Investitionen in klimafreundlichere Entwicklungen zu nutzen. Das ist aus unserer Sicht völlig unzureichend und wir fordern hier mindestens 50%.

Außerdem müssen alle Investitionen auf ihre Klima-Wirksamkeit hin überprüft werden. Unternehmen wie die Lufthansa ohne Klimaauflagen zu retten, wie es die Bundesregierung tut, ist hoch problematisch. Deshalb ist es wichtig, dass sich weiterhin viele Menschen für Klimaschutz engagieren und Veränderung einfordern.

## **Die Zukunft Europas**

*Die Hälfte von uns hat in den beiden vergangenen Schuljahren an einem ErasmusPlus-Austauschprojekt unserer Schule gemeinsam mit Schulen aus vier anderen Ländern teilgenommen. Das war für uns eine sehr schöne und wichtige internationale Erfahrung, zumal wir so gegenseitig auch den Alltag im jeweils anderen Land kennenlernen konnten. Kann man mit dem Ausweiten von Programmen wie ErasmusPlus die europäische Zusammenarbeit noch verbessern?*

Ja, absolut. Eure Erfahrungen sind ja das beste Beispiel dafür. Europa lebt vom persönlichen Austausch, von gegenseitigem Verständnis, vom Kennen- und Schätzenlernen verschiedener Kulturen. Weiter oben habe ich schon gesagt, dass wir oft zu sehr in nationalen Zusammenhängen denken. Viele aktuelle Probleme können aber einfach nicht national gelöst werden, der Klimawandel ist nur eines von vielen Beispielen. Wir brauchen in vielen Bereichen viel mehr Zusammenarbeit. Je mehr Menschen die Erfahrungen, die ihr gemacht habt, ebenfalls machen, desto besser.

*Siehst Du Möglichkeiten, wie man generell bei jungen Menschen mehr Interesse für die EU wecken könnte?*

Oft ist es schwierig, komplexe Themen, die wir im Parlament bearbeiten, so zu vermitteln, dass man sie versteht. Das merke ich jeden Tag in meiner Arbeit. Ich halte es aber für sehr wichtig, genau das zu tun, und probiere, mir neue Formate auszudenken und ausreichend Zeit dafür im Kalender zu blocken: miteinander ins Gespräch kommen, Europapolitik verständlich erklären und deutlich machen, dass wir etwas bewirken können – auch hier ist „Fridays for future“ ein gutes Beispiel. Ich bin zum Beispiel auch viel an Schulen unterwegs und diskutiere mit Schüler\*innen und Schülern über Europapolitik.

*Du bist jetzt seit bald einem Jahr Abgeordneter im Europaparlament. Hast Du das Gefühl, dass Du mit Deiner Arbeit schon etwas bewirken konntest?*

Kaum zu glauben, dass schon ein Jahr vergangen ist! Mit den Verhandlungen zum EU-Haushalt 2020 war ich als Haushaltspolitiker sehr schnell ins Brüsseler Geschehen eingebunden und wir haben es z.B. geschafft, den grünsten Haushalt der EU-Geschichte durchzusetzen. Das erste Jahr hat mir gezeigt, dass es sich absolut lohnt, für Europa zu kämpfen, für Klimagerechtigkeit, für Menschenrechte, für ein soziales Europa.

***Was macht Dir im Moment am meisten Sorgen?***

Ich sehe die Gefahr, dass wir den Moment verpassen, eine ausreichende Antwort auf die Klimakrise zu finden. Wir brauchen ein radikales Umdenken – und zwar jetzt. Die Industrie-Lobby versucht mit allen Mitteln, Klimagesetze zu blockieren. Da müssen wir gegenhalten.

***Was sind für Dich in näherer Zukunft die wichtigsten politischen Ziele, für die du arbeiten möchtest?***

Als Mitglied im Haushaltsausschuss und einziger deutscher Abgeordneter im Verhandlungsteam des Europäischen Parlaments stehen bei mir in den nächsten Monaten vor allem die Verhandlungen zum Inhalt der Finanzpakete auf der Tagesordnung. Mein Ziel ist natürlich, möglichst viel für eine klimagerechte Zukunft zu erreichen. Wir werden hier sehr hart verhandeln, das ist sicher. Aber auch in anderen Bereichen gibt es viel zu tun.

***Abschließend noch eine persönliche Frage: Du hast Dich ja schon früh politisch engagiert und bist bereits mit 23 Jahren erstmals in den Landtag gewählt worden. Was für einen Tipp würdest Du uns geben, wenn wir ebenfalls aktiv politisch arbeiten wollen?***

Mischt euch ein und werdet in Parteien oder anderen politischen Organisationen aktiv. Setzt euch für eure Anliegen ein und lasst euch nicht unterkriegen. Es gibt viele Möglichkeiten, politisch aktiv zu werden und viele Organisationen, Parteien und Abgeordnete bieten zum Beispiel Praktika an. So bekommt man einen guten Einblick in verschiedene Bereiche. Vielleicht sehen wir uns ja auch mal in Brüssel.

Das Interview führten die Schülerinnen und Schüler des Deutschen Gymnasiums für Nordschleswig Bente Andersen, Cassandra Friedrich, Tom Eirik Koepe, Maximilian Lehmann, Rudolf Sender, Stella Sina, Britt Søndergaard und Simon Søndergaard

Abbildungsnachweise

Abb. 1 Matthias Ullrich, Büro Rasmus Andresen

Abb. 2 und 3 Gerret Liebing Schlaber

Abkürzungen: BDN: Pressemitteilung des Bundes Deutscher Nordschleswiger; B.T: Boulevardausgabe von Berlingske Tidende unter diesem Kürzel; DR: Danmarks Radio; FLA: Flensburg Avis; FT: Flensburger Tageblatt; GFH: Grenzfriedenshefte; JP: Morgenavisen/Jyllandsposten; JV: Jydske Vestkysten; MLSH: Medieninformationen der Landesregierung Schleswig-Holstein; NDR: Norddeutscher Rundfunk; NFI: Pressemitteilung des Nordfriisk Instituut; NOS: Der Nordschleswiger; Pol: Politiken; SHZ: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag; SN: Schleswiger Nachrichten; SSF: Pressemitteilung des Sydslesvigske Forening.

Redaktionsschluss: 30. Juni 2020

## Deutsch-dänische Beziehungen und Politik

### *100 Jahre Grenzziehung - drei Monate Grenzschießung*

Die Chronik des ersten Halbjahres 2020 zählt wohl zu den merkwürdigsten seit Jahrzehnten in der Region. Sowohl die Ausrufung eines deutsch-dänischen kulturellen Freundschaftsjahres als auch zahllose Veranstaltungen anlässlich der 100. Jahrestage jener Ereignisse, die 1920 zur Ziehung der heutigen deutsch-dänischen Staatsgrenze führten, ließen ein außergewöhnliches Jahr erwarten. Doch sehr viel wurde durch die durch ein neuartiges Corona-Virus ausgelöste Pandemie obsolet. Im März breitete sich die zuerst in China beobachtete, vielfach tödlich verlaufende Lungenkrankheit auch in Deutschland und Dänemark so rasch aus, dass beide Staatsregierungen ebenso wie viele andere zu drastischen Maßnahmen greifen mussten, um weitere Ansteckungen zu unterbinden. Statsminister Mette Frederiksen verkündete am Abend

des 11. März in einer dramatischen Pressekonferenz für die folgenden Tage rigorose Einschränkungen im öffentlichen Leben im ganzen Land; entsprechendes geschah auch in Deutschland. Hier sprach Bundeskanzlerin Angela Merkel von der wohl größten Herausforderung seit dem Zweiten Weltkrieg. Praktisch alle öffentlichen Einrichtungen wurden geschlossen. Trotz der gleichen Herausforderungen wurden viele Dinge unterschiedlich gehandhabt: So blieben in Dänemark prinzipiell alle Geschäfte geöffnet, während in Deutschland zunächst nur diejenigen für den täglichen lebensnotwendigen Bedarf geöffnet blieben. In Dänemark setzte man von Beginn auf Desinfektion der Hände beim Betreten eines Geschäftes, in Deutschland wurde im Mai eine Schutzmaskenpflicht eingeführt.

Bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe verlief das öffentliche Leben beiderseits der Grenze zwar wieder weitgehend normal, doch viele Maßnahmen sind in Kraft geblieben. Das Coronavirus ist trotz weitgehend erfolgreicher Eindämmung ist

Dänemark und Deutschland auch hier noch keineswegs besiegt.

*Unterbrechung aller  
Projektpläne für 2020*

Zudem mussten sämtliche Veranstaltungen mit Publikum abgesagt werden. 1920 zählt zu den markantesten Jahreszahlen in der schleswigschen und damit der deutsch-dänischen Geschichte. Dies sollte vor allem in Nordschleswig durch zahlreiche Veranstaltungen deutlich werden, für welche schon 2018 die konkreten Vorbereitungen begonnen hatten. Zudem wurde unter Führung der Außenministerien beider Länder (vertreten durch die Botschaft im jeweils anderen Land) sowie des Goethe-Instituts und der staatlichen Kulturbehörde „Slot- og Kulturstyrelse“ und einem Budget von ca. 12 Mio Kronen ein „Kulturelles Freundschaftsjahr“ zwischen Dänemark und Deutschland mit vielen gemeinsamen Aktivitäten für 2020 ausgerufen. „Es ist das Ziel des Deutsch-Dänischen Freundschaftsjahres 2020, dass Dänemark und Deutschland zu einer Stärkung der Kulturlandschaft in einem europäischen Zusammenhang beitragen, und dass die historische Gemeinschaft der beiden Länder auf der Ebene der Kunst und Kultur sich weiterentwickelt“, lautet es auf der Homepage [www.ddkultur2020.de](http://www.ddkultur2020.de). Der Auftakt erfolgte mit der Eröffnung einer Deutschland-Ausstellung im dänischen Nationalmuseum durch

Königin Margarethe und Außenminister Heiko Maaß am 8.11. (vgl. GFH 2/2019, S. 218 u. 231). Weitere, teils hochkarätige Ausstellungen (u.a. jene der Schmucksammlung des Staatlichen Dänischen Kunstfondes in München und Köln), Theateraufführungen, Lesungen und Diskussionsveranstaltungen sollten folgen, so auch ein zweiwöchiges Festival der deutschen Sprache (19.9.-3.10.) an vielen Orten in Dänemark. Fast alle dieser Arrangements sollten außerhalb der Grenzregion, in welcher ihrerseits von beiden Seiten viel geplant wurde, an vielen Orten in Dänemark und Deutschland erlebbar sein. Nach wie vor sind zahlreiche, u.a. auf der genannten Homepage einsehbare Veranstaltungen in der zweiten Jahreshälfte geplant.

Noch am Vormittag des 11. März 2020 wurde angekündigt, dass Königin Margrethe und Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier am 11. Juli das erweiterte und erneuerte Deutsche Museum Nordschleswig in Sonderburg eröffnen werden. Dies sollte im Zuge der Reise der Königin genau 100 Jahre nach dem ersten Besuch Christians X im Landesteil geschehen. Das Museum wird nun aber wohl ohne Festveranstaltung eingeweiht. Die Reise der Königin soll jedoch im Juni 2021 nachgeholt werden, möglicherweise auch verbunden mit einem Besuch des Museums. Gleiches gilt für Schleswig-Holstein, wo ebenfalls im November 2019 der Auftakt der Projektreihe



„100 Jahre Volksabstimmungen. Gemeinsam über Grenzen“ gestartet wurde (vgl. GFH 2/2019, S. 220). Das Bundesland hatte zudem zahlreiche Veranstaltungen geplant bzw. diese finanziell unterstützt. Doch auch diese Reihe musste jäh abgebrochen werden. So konnte z.B. das im Kieler Landtag mit stehenden Ovationen gefeierte Theaterstück „Amphibien“ des Deutschen Gymnasiums für Nordschleswig (vgl. GFH 2/2019, S. 193) nicht mehr in der Region aufgeführt werden. Erst ab Mitte Juni konnten Ausstellungen eröffnet werden.

#### *2020-Aktivitäten und „Lockdown“*

Die im dänischen Sprachgebrauch als „Wiedervereinigung“ bezeichnete Verlegung der Staatsgrenze von der Königsau an die Flensburger Förde sollte, wie erwähnt, im großen Stil gefeiert werden. Die Höhepunkte sollten um den 15. Mai (100. Jahrestag des Inkrafttretens der neuen Grenzordnung, zudem „Waldemarstag“ in Erinnerung an die legendäre Ankunft des Danebrog 1219) und den 10. Juli herum (Reise König Christians X. in den Landesteil) stattfinden. All dies musste abgesagt werden, doch einige Veranstaltungen werden auf 2021 verlegt. Der Projektkoordinator Simon Faber, früherer Oberbürgermeister in Flensburg, bleibt bis dahin in dieser Funktion; er hat bereits angekündigt, dass die aktuelle Entwicklung von 2020 in die noch kommenden Projekte mit einbezogen werden (NOS 11.5.).

Einen ersten Höhepunkt der Aktivitäten auf dänischer Seite bildete der 100. Jahrestag der Abstimmung in der I. Zone am 10. Februar. Den Auftakt hatte ein Festakt am 10. Januar im Königlichen Theater in Kopenhagen gebildet, bei welchem Regierungschefin Mette Frederiksen auch die Minderheiten lobte, allerdings wenig auf das gute Verhältnis zu Deutschland und Schleswig-Holstein einging, obwohl Ministerpräsident Daniel Günther, der zuvor von der Königin empfangen worden war, und einige Landesminister zu den Gästen gehörten. Unmittelbar davor hatte es eine Fachkonferenz zum Thema im Landstingssaal auf Christiansborg gegeben (siehe hierzu den Beitrag von Oliver Auge im vorliegenden Heft). Am Abstimmungstag selbst gab es zahlreiche Zusammenkünfte in den nordschleswigschen Gemeinden, die zwar vielerorts ohnehin jährlich stattfinden, in diesem Jahr aber deutlich größere Aufmerksamkeit erfuhren. Unterstützt wurde dies durch eine Live-Sendung im DR-Fernsehen, die aus dem Apenrader „Folkehjem“ übertragen wurde. Dabei wurde immer wieder von lokalen Veranstaltungen berichtet. Zudem kamen mehrere Persönlichkeiten mit Bezug zur Region zu Wort, darunter der Historiker Asser Amdisen, der Sonderburger Vizebürgermeister Stephan Kleinschmidt (SP) und kurz auch die Schülerbotschafterinnen Johanne Juul Olsen (Duborg-Skolen; siehe auch die Oeversee-Rede in

dieser GFH-Ausgabe), deren Rede vor der Königin bei deren Besuch in Flensburg ausführlich gewürdigt wurde (GFH 2/2019, S. 209), und Anne Liebing Schlaber vom Deutschen Gymnasium für Nordschleswig. Der vielseitige Musiker, Autor und Entertainer Sigurd Barrett stellte mit „Der har været et vildt og voldsomt regnvejr“ einen neuen Text für eine alte Melodie vor, der ungeahnte Kontroversen nach sich ziehen sollte (s.u.). Viele weitere Veranstaltungen sollten folgen, wobei der 14. März weit weniger Aufmerksamkeit als der 10. Februar bekommen sollte; ungewollt wurde allerdings gerade der 14. März erneut zum historischen Datum.

### *Schließung der Grenze*

Zu den genannten Maßnahmen der dänischen Regierung gegen die Ausbreitung des Coronavirus kam die praktisch völlige Abriegelung der deutsch-dänischen Grenze, die ausgerechnet am 14. März, dem 100. Jahrestag der Volksabstimmung in der südlichen II. Zone in Kraft trat. Nur Berufspendler durften passieren, auch der Warenlieferverkehr sollte möglichst unangetastet bleiben. Die dänische Gesundheitsbehörde wies allerdings darauf hin, dass die Grenzschießung nicht zu ihren wissenschaftlich begründeten Vorschlägen gehört habe. Mette Frederiksen verteidigte die Entscheidung jedoch mit dem Argument, dass sie lieber einen Schritt weiter gehe als zu we-

nig tue (NOS 16.3.) Am 16.3. schloss dann aber auch Deutschland seinerseits die Grenzen und viele weitere europäische Länder folgten.

Dänemark war gemeinsam mit dem früh von der Pandemie betroffenen Österreich das erste Land, das seine Grenzen schloss. Durch die drastischen Maßnahmen zur Kontaktvermeidung zwischen Menschen konnte die Ausbreitung der Corona-Viren deutlich reduziert werden. Deutschland und Dänemark kamen im Vergleich zu anderen Ländern wie dem in Europa zuerst betroffenen Italien und dem zunächst auf Schutzmaßnahmen weitgehend verzichtenden Großbritannien relativ glimpflich durch die Krise. In der Grenzregion gab es auf beiden Seiten weniger Fälle als in anderen Regionen.

Nach Ostern traten dann erste Lockerungen in Kraft. In Dänemark durften jüngere Schüler bis Klasse 5 und Abschlussklassen wieder in die Schulen, ansonsten wurde Unterricht weiterhin virtuell durchgeführt. Letzteres bereitete in Deutschland, wo die Schulen technisch deutlich schwächer ausgestattet sind, sehr viel mehr Schwierigkeiten.

### *Keine deutsch-dänische Zusammenarbeit*

Trotz der gemeinsamen Herausforderungen war von einer gesamteuropäischen Strategie nichts zu spüren. Auch Dänemark und Deutschland stimmten ihre Maßnahmen nicht mit-

einander ab, selbst die deutschen Bundesländer stellten immer wieder unterschiedliche Regeln auf und erschwerten sogar den Verkehr mit anderen Bundesländern. Umso mehr forderten die Minderheitenparteien SP und SSW die Aufnahme eines Dialogs zwischen Deutschland und Dänemark (FLA/NOS 20.4., erneut 14.5. und 20.5.), um die Probleme im Grenzland in den Griff zu bekommen. Am 30.4. forderten die Bürgermeister der dänischen Grenzgemeinden eine Grenzöffnung für Touristen. In der Tat wurden am 7.5. erste Öffnungspläne durch die dänische Regierung bekannt gegeben, doch Justizminister Nick Hækkerup wich in Bezug auf Grenze und Tourismus zunächst aus. Am 14.5. verkündete Bundesinnenminister Horst Seehofer, dass Deutschland die Wiederöffnung der Grenzen mit Frankreich und Österreich abgestimmt habe. Doch die Hoffnung auf eine ähnliche Absprache mit Dänemark kam nicht zu Stande. Hier verfolgte man eine Politik der sehr kleinen Schritte. Ab dem 18.5., als es übrigens kleinere Demonstrationen für eine Grenzöffnung (z.B. mit ca. 400 Teilnehmern in Seth) gab, fuhren wieder Züge zwischen Hamburg und Kopenhagen. Weitere am 22.5. verkündete Öffnungen ab dem 27.5. betrafen immer noch nicht die Grenzregion, sehr zur Enttäuschung vieler Regionalpolitiker. Erst am 30.5. kam erstmals eine Grenzöffnung konkret zur Sprache. Doch diese sollte zunächst nur für

deutsche (sowie isländische und norwegische) Touristen gelten, die mindestens sechs Tage Übernachtung in Dänemark gebucht haben. Ausgenommen davon war der vom Virus stärker betroffene Ballungsraum Kopenhagen. Erst eine Woche später wurde ganz Schleswig-Holstein für den normalen Grenzverkehr mit einbezogen. Zunächst sollte es auch nur für Deutsche, Isländer und Norweger gelten.

Kritisiert wurde, dass man außerhalb der Grenzregion oftmals kein Verständnis dafür habe, dass der Grenzübergang zur ganz natürlichen Bewegungsfreiheit der Menschen vor Ort gehört. In einem bemerkenswerten Leitartikel schrieb der Chefredakteur des Nordschleswigers Gwyn Nissen am 16.5.: „Wenn von der deutsch-dänischen Grenze – und von der Grenzschließung – die Rede ist, entsteht oft der Eindruck, dass es sich nur um Bier und Tourismus dreht“ und: „Viele außerhalb des Grenzlandes [...] verstehen nicht, dass Grenzkontrollen ein Problem sind – und eine Grenzschließung erst recht. Man könne doch schließlich in Dänemark einkaufen, und wie schlimm kann es sein, an der Grenze warten zu müssen. Man muss doch nicht unbedingt über die Grenze.“ An dieser Stelle fragte Gwyn Nissen, wie es für die Kopenhagener wäre, wenn sie nicht mehr ganz natürlich ins benachbarte Frederiksberg kommen könnten und umgekehrt. Das Grenzland zahle in der Corona-Krise

einen weit höheren Preis als andere Regionen des Landes.

Die wirtschaftlichen Folgen für die Grenzregion sind ebenso wie in anderen Teilen der Welt noch nicht abzusehen. Der Grenzhandel kam praktisch zum Erliegen. Probleme gab es auch für dänische Firmen mit deutschen Kunden. Beiderseits der Grenze wollen die Staaten mit massiven Hilfen den wirtschaftlichen Schaden so gut wie möglich lindern. Auch die EU stellte ein viele Milliarden schweres Hilfspaket zusammen; allerdings gab es hierüber Streit, inwieweit dieses als Zuschuss oder Kredit gewährt werden sollte, gerade in Bezug auf Länder wie das zuerst von der Krise betroffene Italien, das zwar in den letzten Jahren ausgeglichene Haushalte aufweisen konnte, aber früher stark verschuldet war. Während sich Deutschland nach längerem Zögern für mehr Zuschussleistungen für die unverschuldet stärker betroffenen Gebiete in der EU aussprach, schloss sich Dänemark mit Schweden, Österreich und den Niederlanden zu den in den Medien so betitelten „geizigen Vier“ zusammen, die solche Zahlungen strikt ablehnen.

Erst am 15. Juni sollte der Verkehr zwischen Dänemark und Deutschland wieder normalisiert werden. Auf deutscher Seite stellte man die Kontrollen schon gleich nach der Ankündigung praktisch ein. Die dänische Seite setzte nicht nur ihre auf verschiedene Weise begründeten,

2016 eingeführten Kontrollen weiter fort. Bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe waren lediglich die fünf größten Übergänge geöffnet. Selbst mehrere der bereits vor dem Inkrafttreten des Schengener Abkommens für Dänemark 2001 passierbaren Grenzübergänge blieben hermetisch abgeriegelt und zwangen die lokale Bevölkerung zu weiten Umwegen. Besonders grotesk war die Situation in Ruttebüll-Rosenkranz, wo die Grenze mitten durch die historische Bebauung verläuft und die Schließung die Anwohner erheblich im Alltag beeinträchtigt. Begründet wurde die Nichteinhaltung des Versprechens nach schneller Normalisierung der Verhältnisse im Grenzland durch die dänische Regierung mit Personalmangel bei der Polizei. Während die Bundespolizei ihre Kontrollstellen ab dem 15. Juni zügig wieder abbaut, blieben die dänischen Passkontrollen bestehen und führten teilweise zu erheblichen Verzögerungen bei der Einreise nach Dänemark.

*Bemerkenswerte Rede von  
Mette Frederiksen*

Einen in dieser Form wohl nicht erwarteten Höhepunkt setzte Regierungschefin Mette Frederiksen in ihrer Rede am 15.6., dem 100. Jahrestag der Übergabe Nordschleswigs an den dänischen Staat. Diese hielt sie ohne Publikum auf der Düppeler Höhe, wo an diesem Tag eine große Festveranstaltung geplant war.

Die Rede, die nach wie vor in der DR-Mediathek einsehbar ist (<https://www.dr.dk/nyheder/indland/mette-frederiksen-om-skaebnesvanger-afstemning-det-var-enestaaende>), stieß im Grenzland auf sehr positive Resonanz. Zum einen ging sie auf die aktuellen besonderen Probleme der Grenzregion wegen der Corona-Krise ein. Zum anderen wiederholte sie das 1920 erstmals gegebene Versprechen, dass die dänischen Südschleswiger nicht vergessen werden, und fügte diesem ein neues Versprechen gegenüber den deutschen Nordschleswigern hinzu, das in dem auf Deutsch vorgetragenen Satz „Auch Ihr gehört zu Dänemark“ gipfelte.

Geschichtspräsident Steen Bo Frandsen vom Institut für Grenzregionsforschung kommentierte dies am nächsten Tag im Nordschleswiger wie folgt: „Aus historischer Sicht war es wichtig, dass die dänische Staatsministerin in ihrer Rede auf Düppel so deutlich unterstrich, dass die deutschgesinnten Nordschleswiger zu Dänemark dazugehören und ein Teil davon sind. Das wurde zwar schon früher festgestellt, doch im Täglichen hat sich das dänische Interesse am Grenzland zumeist auf die andere Minderheit bezogen. Besonders bemerkenswert war in diesem Zusammenhang vielleicht, dass Mette Frederiksen in der Rede auch an das alte Versprechen von der Minderheit anknüpfte, die nicht vergessen werden soll. Das Geden-

ken an 100 Jahre dänisch-deutsche Grenzziehung stellt einen perfekten Rahmen dar, um diese Seite der Schleswigschen Geschichte und Kultur zu beleuchten – doch Mette Frederiksens Rede und dieser eine wesentliche Satz auf Deutsch müssen selbstverständlich auch in Bezug auf die aktuelle Situation verstanden werden. Die Grenzschießung der vergangenen Monate hat das Bedürfnis danach verstärkt, all die guten Seiten der Entwicklung im Grenzland hervorzuheben. Denn just die Lebenswirklichkeit vor Ort dürfte in der öffentlichen Debatte und der meist rückwärtsgewandten Erinnerungskultur ruhig eine weit größere Rolle spielen, als sie es häufig tut. Das Bekenntnis zur offenen Grenze als Normalität war deshalb ein durchaus nicht unbedeutender Abschluss der Rede.“ (<https://www.nordschleswiger.dk/de/nordschleswig/historiker-nach-ansprache-wichtig-positive-entwicklungen-hervorzuheben>). Die Rede der Regierungschefin geben wir in deutscher Übersetzung aus dem Nordschleswiger vom 20.6. mit nur leichten redaktionellen Eingriffen im Folgenden wieder.

Wir danken der Redaktion des Nordschleswigers für die freundliche Überlassung dieser Übersetzung, die auf der autorisierten Fassung der Rede aus der dänischen Staatskanzlei (Statsministeriet) beruht.

*Mette Frederiksens  
Rede im Wortlaut*

„Heute Abend gedenken wir 100 Jahren Wiedervereinigung; Nord-schleswig kam heim.

Die Feierlichkeiten gehen auf etwas andere Weise vor sich, als es geplant war.

Wir müssen dieses Mal mit Abstand zueinander das feiern, wofür wir uns hier versammeln wollten. Das bekommen wir zwar hin – aber die Nähe fehlt uns doch.

Anstatt alle gemeinsam hier auf der Schanze IV zu singen, müssen wir mit unseren Nächsten zusammen singen. Doch so sind wir durch viele schwere Zeiten gekommen. Als Menschen. Als Volk. Als Land.

In den Jahren nach dem Verlust Nordschleswigs 1864 bis zur Wiedervereinigung 1920 waren es die Lieder und die Sprache, die viele dänische Nordschleswiger hier im Landesteil miteinander verband.

Man musste gegen alle Widerstände dänisch sein.

Für sein Recht kämpfen.

„Det haver så nyiligen regnet“ (Kampflied der dänischgesinnten Nordschleswiger, Red.).

Im Ersten Weltkrieg mussten Tausende Dänischgesinnte für ein Land in den Schützengräben kämpfen, welches sie nicht als das ihre empfanden. Bei der Wiedervereinigung wurde die Frage auf die Spitze getrieben. Bist du dänisch? Bist du deutsch?

Die Antwort sollte an der Wahlurne gegeben werden. Das war und bleibt eine einzigartige Weise, eine Grenze festzulegen. Und das ist auch der Grund, weshalb die Grenze noch immer festliegt.

Es wurden nicht die Wünsche aller erfüllt. Auf beiden Seiten der Grenze entstanden Minderheiten. Mit der Zeit wuchs das Verständnis füreinander. Beiderseits der Grenze. Das Vertrauen nahm zu, der Freundschaft wuchsen Flügel. Deshalb feiern wir nicht nur die Wiedervereinigung. Wir feiern auch das dänisch-deutsche kulturelle Freundschaftsjahr.

Heute liegen dänische und deutsche Schulen, Bibliotheken und Kindergärten Tür an Tür, Seite an Seite. Die Kinder und Jugendlichen der Minderheiten wachsen oft mit beiden Sprachen auf. Ihr habt wohl ein stärkeres Bewusstsein für Kultur, Geschichte und Identität als viele andere. Viele von euch leben ihr Leben beiderseits der Grenze. Vielleicht denkt ihr im Alltag darüber gar nicht nach. Aber das macht euch zu einer Inspiration und zum Vorbild für uns andere. In Zeiten, in denen die Welt um uns herum auseinanderdriftet, brauchen wir den Geist, der im Grenzland lebendig ist. Dass man derjenige sein kann, der man ist. Seine Wurzeln, Traditionen, seine Sprache mit Stolz mit sich tragen kann. Und zugleich offen füreinander sein. Letztlich werden Bande zwischen den Menschen von Menschen geknüpft. Im Kleinen. Im Täglichen.

Das unausgesprochene Vertrauen – dass wir aufeinander aufpassen. Als vor 100 Jahren die Wiedervereinigung genau hier auf den Düppeler Schanzen gefeiert wurde, gab der damalige Staatsminister Niels Neergaard ein Versprechen. Die Minderheit, die in Deutschland blieb, sollte nicht vergessen werden.

Dieses Versprechen wollen wir heute erneuern. Ihr seid nicht vergessen, und ihr werdet nicht vergessen.

Aber heute will ich auch ein neues Versprechen geben. An euch alle, die auf unserer Seite wohnen und die sich deutsch fühlen: Auch ihr gehört zu Dänemark [dieser Satz auch im Original auf Deutsch - Anm. d. Red.]. Es gibt genug Platz für alle Stimmen. Heute feiern wir nicht nur 100 Jahre Wiedervereinigung. Wir können uns heute auch über die Wiederöffnung der Grenze freuen, um die sich dies alles dreht. Man könnte fast glauben, es wäre so geplant gewesen. Doch das war es durchaus nicht.

Corona war ein ungebetener Gast. Jetzt ist er zum Glück unter Kontrolle. Dass unser gesellschaftliches Leben zum Teil geschlossen wurde, hat überall und jeden in Dänemark betroffen. Aber ich weiß, dass es das Grenzland besonders hart getroffen hat. Denn euer Alltag und eure Zusammenarbeit sind inzwischen tief miteinander verwurzelt.

Von heute an können Urlauber wieder nach Dänemark kommen. Und

wir heißen euch willkommen. Und ihr, die ihr hier wohnt, könnt wieder hin- und zurückreisen oder einfach nur wieder über die Grenze fahren. Der Alltag kehrt langsam zurück. Wie weit haben wir es doch gebracht, wenn die Frage nach der Grenze nicht mehr die ist, wie wir voneinander getrennt werden sollen – sondern wie wir einander begegnen. Das macht Mut für die Zukunft an einem historischen Tag.“

## **Volksgruppen und Minderheiten**

### **Minority SafePack – Unterschriften eingereicht**

Mit über 1,1 Millionen Unterschriften hat die europaweite Bürgerinitiative Minority SafePack die EU-Kommission dazu verpflichtet, Stellung zu ihrem Anliegen nach einem besseren Schutz von Minderheiten-Volksgruppen in Europa zu beziehen. Der Übergabetermin, bei dem auch Hans Heinrich Hansen und Anke Spoorendonk zugegen waren, war auf Wunsch der EU-Kommission verlegt worden, da die neue Kommission unter Ursula von der Leyen erst ins Amt kommen musste (NOS 29.1.).

## Kritik an Dänemark in Bericht des Europarats

Das Komitee des Europarats zur Überprüfung der Einhaltung des Rahmenabkommens zum Minderheitenschutz hat Dänemark vor allem in zwei Punkten kritisiert: Zum einen verurteilte es die (später zurückgezogene, s.u.) Streichung der Zuschüsse für die Sozialarbeit in der deutschen Minderheit. Zum anderen wurde herausgestellt, dass es nach wie vor keine Fortschritte bei den zweisprachigen Ortstafeln gibt, die in gemischtsprachigen Gebieten zum Standard gehören sollten (NOS 29.1.). Dies löste erneut eine öffentliche Kontroverse zu diesem Thema aus. Im Haderslebener Kommunalrat wurde - ursprünglich für April - sogar eine Abstimmung zu diesem Thema anberaumt, der Venstre-Fraktionschef Allan Emiliussen betonte, dass 2020 die Zeit dafür reif sei (NOS 6.2.). Eine Umfrage von DR unter den Abgeordneten aller vier nordschleswigschen Kommunalräte ergab eine Pattsituation. Andere Reaktionen waren wiederum sehr negativ. Auch Apenrades Bürgermeister Thomas Andersen sprach sich umgehend dagegen aus, um nicht neuen Streit zu entfachen. Dabei verwies er (JV/DR 5.2.) auf Süderjüten, die ins Grundbuch haben eintragen lassen, dass ihre Sommerhäuser niemals in deutsche Hände fallen dürften. Auch für ihn selbst seien „deutsche Namen eine Erinnerung an eine Zeit, in welcher

das Dänentum es richtig schwer in Sønderjylland“ gehabt habe - etwas, was er am liebsten vergessen möchte (<https://www.dr.dk/nyheder/regionale/syd/tosproget-byskilt-endte-i-drama-nu-er-borgmester-klar-til-saettnye-skilte-op>). In Grænsen 3/2020, erschienen Mitte Juni, legte er noch einmal nach: Den Vorschlag, ausgerechnet im „Wiedervereinigungsjahr“ Ortsschilder mit deutschen Namen aufzustellen, bezeichnete er als „bad timing“, und wenn man keine größeren Probleme als zweisprachige Ortsschilder habe, habe man „die Spitze der Bedürfnispyramide erreicht“.

## Deutsch-dänischer Antrag auf immaterielles Welterbe

Dänemark und Deutschland haben vertreten durch Kulturministerin Joy Mogensen und Kulturstaatsministerin Michelle Münterfering formell die Anerkennung des deutsch-dänischen Grenzland- und Minderheitenmodells beantragt. Sie konnten den Antrag zwar nicht wie geplant feierlich am 14.3. unterschreiben, reichten ihn aber am 31.3. bei der UNESCO ein. Ob das Grenzlandmodell als „gutes Praxisbeispiel“ auf die Liste des immateriellen Welterbes aufgenommen wird, entscheidet der zwischenstaatliche Ausschuss zum Immateriellen Kulturerbe bis Ende 2021 (NOS 1.4.).



## **Streit um Schülerbeförderung**

Im Kreis Schleswig-Flensburg herrscht nach wie vor Uneinigkeit darüber, inwieweit das Land oder der Kreis für die Bezuschussung der Fahrkosten für die dänischen Minderheitenschüler zuständig sei. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Walter Behrens stellte jedoch eine Übergangslösung bis Ende 2020 durch den Kreis in Aussicht (FLA 11.6.). In Nordfriesland hingegen übernimmt der Kreis die Kosten (FLA 16.1.).

## **Wirtschaft und Soziales**

### **Wildschweingrenzzaun nach wie vor umstritten**

Der im Dezember 2019 vollendete Wildschweinzäun direkt an der Grenze bleibt umstritten und wird immer wieder als Problem bezeichnet. Wiederholt hat es Beschädigungen gegeben. Aufsehen erregte die Aktion einer Gruppe Unbekannter, die in der Nähe von Eilhöft einige Teile aus dem Wildschweinzäun herauschnitt und diese vor der örtlichen Gemeindeverwaltung, vor einen Supermarkt in Süderlügum, am Nordertor in Flensburg und vor dem Kieler Rathaus als Mahnmale für die Bewegungsfreiheit aller aufstellte (FT 27.2.).

## **Zahl der Grenzpendler weiter gesunken**

Nach Auskunft des Infocenters Grenze ist die Zahl der Grenzpendler, die täglich zwischen Deutschland und Dänemark zwischen Wohnsitz und Arbeitsplatz pendeln, im Jahre 2019 weiter gesunken. 12.534 Deutsche führen täglich nach Dänemark, das sind fast 1.500 weniger als noch 2016. Die Anzahl der Pendler aus Dänemark nach Deutschland sank im Vergleich zum Vorjahr um 48 auf nur noch 605. Zurückgegangen ist vor allem die Zahl der Fernpendler, da sie dank guter Konjunktur oft attraktive Arbeit näher am Heimatort gefunden haben. (NOS 9.3.).

### **Sicherung der Mittel für Sozialdienst**

Nach zähem Ringen wegen der Streichung der öffentlichen Zuschüsse für den deutschen Sozialdienst in Nordschleswig (GFH 2/2019, S. 214) wurde die unbefristete Unterstützung aus Kopenhagen zugesichert (NOS 29.2.).

## Infrastruktur

### Neue Hoffnung für zweites Bahngleis

Auf Anfrage des Abgeordneten der Radikale Venstre Nils Sjøberg, wann der eigentlich schon 1993 vom Folketing befürwortete Wiederaufbau des 1938 entfernten zweiten Gleises an der Hauptbahn zwischen Pattburg und Tingleff kommen werde, gab Verkehrsminister Benny Engelbrecht einen abschlägigen Bescheid. Nach Auffassung der Regierung verkrachte die Strecke auch im jetzigen Zustand eine weitere Verkehrssteigerung. (NOS 27.2.) Tatsächlich verzeichnet die DSB anders als die Bahnen in Deutschland und vielen anderen europäischen Ländern weitere Fahrgastrückgänge. Trotz einiger Investitionen seit 2009 habe sich der Zustand der Bahn weiter verschlechtert (Nos 4.6.). Dies gab Ausschlag für neue Initiativen im Folketing (FLA 11.6.), sodass sich Ende Juni doch noch eine breite Mehrheit für die Untersuchung einer neuen Kosten-Nutzen-Analyse aussprach (NOS 26.6.).

### Einstellung der grenzüberschreitenden Stadtbuslinie

Angesichts der wegen der andauernden Grenzkontrollen immer häufigeren Verspätungen auf der Flensburger Stadtbuslinie 1 drohte der kommunale Verkehrsbetrieb AktivBus damit, dass die im Stadtverkehr sehr wichtige Linie künftig vor der Grenze wenden würde. Dies würde die Anbindung des Flensburger Hauptbahnhofes für Reisende aus dem Norden erheblich umständlicher machen. Der für die Beziehungen zu Schleswig-Holstein zuständige Beauftragte der Region Syddanmark Preben Jensen wollte jedoch Gespräche eröffnen, um eine Lösung zu finden (alle ab 5.3.). Die Grenzschließung in der Folgeweche machte dies zunächst obsolet, bei Redaktionschluss wendete die Linie 1 meist vor der Grenze, bei langen Rückstaus an der Grenze sogar zwei Stationen früher.

### Fortschritt und Rückschritt bei der festen Fehmarnbelt-Querung

Mit fast einjähriger Verspätung gab der dänische Verkehrsminister Benny Engelbrecht, unterstützt durch eine breite Mehrheit im Folketing, den Startschuss für die Bauarbeiten auf dänischer Seite (alle, 24.4.), die gleich nach dem Jahreswechsel 2020/21 beginnen sollen. Doch das Riesenprojekt, dessen Fertigstellung

nun für 2029 anvisiert wird, bleibt umstritten. Zum einen gibt es noch viele offene Fragen wegen der Hinterlandanbindung auf deutscher Seite. Zum anderen zeigte sich, dass die Bauarbeiten vor Lolland sowohl ein schützenswertes Riff als auch eine Sandbank stark beeinträchtigen würden. Naturschützer forderten daraufhin erneut die Aufgabe des Projekts für den mit 18 km längsten unterseeischen Straßen- und Eisenbahntunnel der Welt (NOS 26.6.).

## **Sprache, Bildung und Kultur**

### **Højskolen Østersøen geschlossen**

Mit der 1993 gegründeten Heimvolkshochschule Højskolen Østersøen in Apenrade hat die schleswigsche Grenzregion eine ihre markantesten Bildungseinrichtungen verloren, als diese zu Jahresbeginn Konkurs anmelden musste. Die vor allem für die deutsch-dänische Verständigung engagierte Bildungsstätte, die für zahlreiche internationale Sommerkurse verantwortlich gewesen ist und an der Deutsche und Dänen gemeinsam und wechselseitig die jeweils andere Sprache, verbunden mit viel Kulturwissen, erlernen konnten, stellte ihren Betrieb umgehend ein. Für ihr innovatives Konzept erhielt die vor allem durch ihre langjährigen Vorsteher Knud-Erik Therkelsein

(1993-2004, seither Generalsekretär bei Grænseforeningen) und Peter Buhrmann (2004-2016) geprägte Einrichtung sogar den Sprachpreis der EU. Das nur durch die Flensburger Landstraße vom Apenrader Fördestrand getrennte Gebäude soll wieder wie schon vor 1993 als Hotel genutzt werden (JV/NOS 12.1.).

### **Kontroverse um neuen Liedtext**

Nach Aufforderung durch Grænseforeningen hat der Liedermacher, Kinderbuchautor (siehe Buchanzeige in diesem Heft) und Gestalter und Moderator beliebter TV-Sendungen für Kinder Sigurd Barrett einen neuen Text für das Lied „Det haver så nyligen regnet“ verfasst. Dies löste unerwartet heftige Reaktionen aus, da manche nationalbewusste dänische Süderjüten Johannes Ottosens Text von 1890 mit deutlichen antideutschen Spitzen (z.B. die Zeile „frø af ugræs er føget over hegnet“ - Unkrautsaat ist über den Zaun geweht) als eine Art Hymne betrachten. Obwohl die Melodie noch älter ist und Barrets Text eine ganz neue eigene Fassung darstellt (wenn auch mit deutlichen Referenzen zum Text von 1890 - an Stelle der genannten Zeile steht z.B. „frygt for andre har hersket på vores egn her“ - Furcht vor den anderen hat hier in unserer Gegend geherrscht), wurde diese freie Neudichtung offenbar als Beleidigung

eines nationalen Kulturkleinods aufgefasst, was v.a. in Leserbriefen in JV zum Ausdruck gebracht wurde. Der lokale Schriftsteller Henrik Petersen machte „Zensur der süderjüti-schen Nationalhymne aus“ (JV 13.2.) und verurteilte mit heftigen Worten, dass DR und der als „zweitklassiger Künstler“ betitelte Barrett ausgerechnet am 100. Jahrestag der Abstimmung „ein so zentrales Stück unseres Kulturerbes zerrissen und auf den Misthaufen der Geschichte geworfen“ habe. Der Apenrader Pastor Jens Kvist warf Barrett in einem weiteren Leserbrief (JV 18.2.) „totale Abwesenheit von Geschichtssinn“ vor. Der in Gravenstein wohnhafte Vorsitzende der einzigen dänischen Heimvolkshochschule südlich der Grenze, Jaruplund Højskole, Kristian Kjær Nielsen erklärte am Folgetag (JV 19.2.) in einem mit Vorwürfen gegen die Vereinsführung gespickten Leserbrief seinen Austritt aus Grænseforeningen, in welchem er dieser auch „nervöse Zuckungen“ beim Absingen des historischen Liedes vorwarf. Historiker Hans Schultz Hansen wiederum (JV 18.2.) monierte sachlich Fehlinterpretationen gegenüber Ottosens Text, der sich alleine gegen die preußischen Machthaber und deren Politik gerichtet habe. Daher könnten „dänische Süderjüten gelassen ihr altes Kampflied ohne Sorge singen, dass man andere kränken könnte“; die Initiative für den neuen Text stehe eigenständig und brauche keinen Ausgangspunkt in einer

Fehlinterpretation des alten Textes. Sigurd Barrett zeigte sich überrascht von der heftigen Kritik, da seine neue Version bereits bei vielen Konzerten auch in der Region sehr wohlwollend aufgenommen worden war (<https://www.tvsyd.dk/tv2dk/sigurd-barrett-anklages-have-lavet-censur-paa-soenderjysk-nationalsang> - 13.2.).

### **Geschichte und Erinnerungsorte**

**700.000 € für Gedenkstätten**

Im Zuge der Initiative „Jugend erinnert“ investiert der Bund insgesamt 700.000 € für die weitere Arbeit in den NS-Gedenkstätten Ahrensböck, Kaltenkirchen und Ladelund (JV 5.2.).

### **Sendung mit Stasi-Fälschung wiederholt**

Für Irritationen sorgte die unveränderte Wiederholung der Sendung „Mindretal 2:2“ auf DR 2 am 1. Mai. Diese Sendung hatte Ende 2007 dänemark- und deutschlandweit für Aufsehen gesorgt, weil Angehörige der deutschen Volksgruppe der Mitarbeit für den DDR-Staatssicherheitsdienst bezichtigt wurden. Noch mehr Wirbel gab es, als sich die von einem damals in Dänemark lebenden früheren MfS-Major präsentierten Akten als

Fälschungen erwiesen (siehe GFH 1/2008, S. 21ff. und GFH 3/2008, S. 315ff.). Die Minderheit forderte daraufhin eine Entschuldigung von DR für diese erneute Falschdarstellung. (NOS 6.5.)

Diese folgte dann auch umgehend. DR-Planredaktionschef Henrik Birck begründete den Fehler damit, dass den Programmplanern die „ernsthaften Zweifel an der Glaubwürdigkeit einer der Quellen“ nicht zur Verfügung gestanden habe.

### **Fernsehserie „Grænseland“**

Vom 17.5. bis zum 7.6. erschien die vom renommierten Schauspieler Lars Mikkelsen präsentierte DR-Fernsehserie über die Geschichte der Region Schleswig von 1842 bis 1920 als Mischung aus Geschichtsdokumentation und Drama. Insgesamt wurde die Serie deutlich positiver aufgenommen als jene von 2014 über die Ereignisse des Jahres 1864, doch gab es auch hier gemischte Kritiken. Bei Redaktionsschluss war noch nicht bekannt, ob der Vierteiler auch auf Deutsch erscheinen wird. Die Originalfassung ist in der DR-Mediathek weiterhin verfügbar: [https://www.dr.dk/drtv/serie/granseland\\_184672](https://www.dr.dk/drtv/serie/granseland_184672).

### **Aufforderung zur Bewahrung privaten Archivguts**

Der Historiker Jon Thulstrup, der eine Doktorarbeit über die Geschichte der deutschen Minderheit im Zweiten Weltkrieg und den Umgang mit derselben schreibt, fordert Privatpersonen dazu auf, etwaiges noch in Privathaushalten vorhandenes Material wie Aufzeichnungen, Dokumente, Tagebücher usw. zur Verfügung zu stellen, damit er ein möglichst vollständiges Bild bekommen kann. Das Material kann im Archiv der deutschen Volksgruppe im Haus Nordschleswig abgegeben werden, wo es dauerhaft gesichert werden soll (NOS 15.6.).

## Personalien

### Trauer um Johannes Jensen

Am 21.2. verstarb im Alter von 91 Jahren Dr. Johannes Jensen. Der frühere Leiter der Petri-Schule in Kopenhagen zählte zu den Gründern des Nordfriisk Instituut. Seine umfangreiche wissenschaftliche Arbeit, begonnen mit seiner Doktorarbeit über Nordfriesland in den geistigen und politischen Strömungen des 19. Jahrhunderts (1957), hob nicht zuletzt die oft vernachlässigte friesische Perspektive in der Region hervor, wie sich Jensen auch für die deutsch-dänische Verständigung stark gemacht hat und immer wieder auch in den Grenzfriedensheften als Verfasser hervortrat.

## Geschichten rund ums Meer

Tom Blass  
Die Nordsee  
Landschaften, Menschen und  
Geschichte einer rauen Küste  
Übersetzt von  
Tobias Rothenbücher  
Hamburg: mareverlag 2019.  
352 S., 1 SW-Karte.

Dieses Buch, im Original *The Naked Shore: Of the North Sea*, des britischen Journalisten Tom Blass erzählt Geschichte(n) rund um die Nordsee vom Ärmelkanal über Schottland und die Shetlandinseln bis nach Skagen, zu deutschen Halligen, über die Niederlande bis nach Ostende in Belgien. Die zeitliche Spannbreite reicht vom untergegangenen Doggerland bis zu einer heutigen Frachtschiffahrt, der inhaltliche Fokus liegt eher auf dem Vereinigen Königreich.

Im Gegensatz zum 2017 erschienenen Nordsee-Buch von Michael Pye (s. GFH 1/2019) spielt bei Tom Blass' Buch die Nordsee selbst eine größere Rolle. Die Begegnungen und Empfindungen des Autors sind hier Teil seiner eher essayistischen Erzählungen, die auf Recherchen, Geschichtsschreibung, Gesprächen und mehr oder weniger zufälligen Erlebnissen auf seiner Reise zu markanten Punkten rund um das beschriebene Meer basieren. Es handelt sich weder

um ein traditionelles Geschichtsbuch, noch um eine klassische Reisebeschreibung. Die Texte sind teilweise etwas collagenartig, aber spannend geschrieben, halten Lesende also bei der Stange. Das Vorhaben über die ganze Nordsee zu schreiben, verdient Anerkennung, denn Blass selbst betont, „dass sie alles ist, was wir über sie sagen, und nichts davon, dass sie in uns existiert und dennoch über uns hinausreicht – und keine anderen Grenzen kennt als die, die wir ihr auferlegen, keine moralischen Werte oder Erzählstrukturen“ (S. 332).

Trotz kleinerer Fehler – Vertreter\*innen der Hanse sprachen nicht „Mittelhochdeutsch“, sondern Mittelniederdeutsch, das Konzept von „Nationalitäten“ gab es erst ab dem 19. Jahrhundert (beides S. 22), und Bredstedt heißt auf Friesisch Bräist und nicht „Bäist“ (S. 159) – ist das Buch trotzdem empfehlenswert. Für Lesende der Grenzfriedenshefte könnten besonders die Kapitel über die (ost- und nord)friesischen Inseln und Halligen, Helgoland, Husum sowie die Nordspitze Dänemarks interessant sein.

*Levke Bittlinger*

## Literarische Geschichte

**Peter Wenners**  
**Schleswig-Holstein und Dänemark**  
**Geschichte im Spiegel**  
**der Literatur**  
Heide: Boyens Buchverlag 2019.  
232 S.

Der Sprach- und Literaturwissenschaftler Peter Wenners lädt auf eine literarische Reise durch das Grenzgebiet zwischen dem heutigen Dänemark und Schleswig-Holstein ein, bei der er die letzten sechzehn Jahrhunderte behandelt.

In einundvierzig kurzen Kapiteln beschreibt Wenners die Entwicklungen, die sich seit dem fünften Jahrhundert bis heute in religiöser, politischer und gesellschaftlicher Hinsicht ergeben haben. Dabei belebt er diese durch literarische Zeitzeugen, die sowohl fiktional als auch non-fiktional sind. Sagen, Lieder und Lyrik teilen sich diese Aufgabe unter anderem mit Berichten, Tagebucheinträgen und königlichen Reskripten. Diese Texte eröffnen verschiedene Perspektiven auf die jeweiligen Geschehnisse. Wenners hat sie größtenteils auf Neuhochdeutsch wiedergegeben, und ihnen Auslegungen und Erläuterungen hinzugefügt, welche sie in den historischen Kontext einordnen und ihre Bedeutung hervorheben. Den vielen Textbeispielen aus alten und neuen Zeiten sind auf fast allen Seiten des Buches Abbildungen beigelegt, die mit Porträts, Statuen oder Gebäuden

dem Beschriebenen eine Verbindung in die heutige Zeit erlauben.

Durch sein weitreichendes Wissen zu dieser Thematik gelingt es Wenners, die letzten Jahrhunderte auf wenigen Seiten so wiederzugeben, dass ein allgemeiner Überblick über wichtige Persönlichkeiten, Konflikte und Zusammenführungen unseres Grenzlandes möglich wird. Die Kürze der Kapitel, die vielen Auflockerungen durch Abbildungen und auch historischer Literatur machen dieses Buch zu einem einmaligen Einsteigerwerk zur Geschichte unserer Region.

*Charlotte Jagusch*

## Deutsch-dänische Geschichte für das Grundschulalter

**Nils Hartmann**  
**Grænselandet Sønderjylland**  
Kopenhagen: Gyldendal 2019.  
36 S., davon zur Hälfte ganzseitige, sw. oder farbige Ill.  
(Serie: *De små fagbøger*)

Mit dem kompakten Büchlein in der Größe einer Vinylsingle wird die Geschichte des Landesteils in kompakter und leicht lesbarer Form erzählt, und zwar in großer Schrift und kurzen Sätzen, die auf den ersten Blick wie ein Gedicht aussehen. Zielgruppe dieser „kleinen Fachbücher“ sind Schüler\*innen der Klassen 3 bis 6. Jede Doppelseite füllt ein abgeschlossenes Kapitel, einzelne Abschnitte erstrecken sich auf vier Seiten. Die



rechte Seite zeigt immer eine großformatige Abbildung. Die lange Geschichte wird auf wenige Aspekte reduziert. Dabei gelingt es in den ersten vier Abschnitten – nach der auf „Jubiläums“-Aktivitäten 2020 hinweisenden Einleitung – gut zu vermitteln, dass Dänemark im Mittelalter ein ganz anderer Staat war, dass er keineswegs scharf nach Süden abgegrenzt war und dass dieses besondere Herzogtum Schleswig bis ins 19. Jahrhundert eine recht eigenständige Rolle spielte. Allerdings finden sich manche Fehler und die Bedeutung des Danewerks wird weit überbetont. Korrekt ist die Kurzdarstellung des Krieges 1848-50, der eine sehr viel längere Kriegsdarstellung zu 1864 folgt, allerdings ohne ein Wort zu den Ursachen – und neben Österreich wird fälschlich ein einiges „Deutschland“ als Angreifer benannt. Es folgen Kaiserreich und Erster Weltkrieg und dann unvermittelt die Volksabstimmung 1920. Vereinigungsfeiern und die Entwicklung der Minderheiten (auch in der NS-Zeit) werden sachlich und in der Kürze korrekt dargestellt, ebenso die Lage der jungen Menschen in den Minderheiten im erfreulich aktuell und differenziert geschriebenen letzten Abschnitt.

Wünschenswert wäre hier und da etwas mehr Präzision und genauere Angaben zu den Bildquellen. Sprachlich ist das Büchlein eher auf Dritt- als auf Sechstklässler\*innen zugeschnitten. Grundsätzlich ist das Konzept aber gut aufgegangen, sehr junge

Leser\*innen in die Besonderheit der Geschichte dieses Landesteils und deren Bedeutung für ganz Dänemark einzuführen.

*Gerret Liebing Schlaber*

### **Als Soldat im Ersten Weltkrieg**

**Hans Boll-Johansen**  
**Sønderjylland i krig**  
**En europæisk historie**  
**Kopenhagen: Gyldendal, 2019.**  
**224 S. ill.**

Der aus Apenrade stammende Romanist und Offizier der Reserve Hans Boll-Johansen hat mit seinem Ende 2019 erschienenen Buch einen weiteren Beitrag zur Geschichte des Ersten Weltkriegs und des Grenzlandes geliefert. Der rote Faden des Buches ist die Darstellung des Schicksals von Kresten Andresen, einem dänisch gesinnten Nordschleswiger und Neffen von H.P. Hanssen. Als junger Mann wurde er gegen seinen Willen als deutscher Soldat an die Westfront geschickt und seit der Schlacht an der Somme 1916 vermisst. Kresten Andresen wurde nicht einmal 26 Jahre alt. Hans Boll-Johansen erzählt die Kriegserlebnisse des jungen Nordschleswigers anhand von dessen Tagebüchern und Briefen an die Eltern daheim in Ullerup bei Sonderburg. Hans Boll-Johansen will weder eine Biographie über Kresten Andresen noch eine Abhandlung über den Ersten Weltkrieg verfassen, sondern

möchte anhand des Einzelschicksals erreichen, dass der Leser über das Wesen des Krieges reflektiert. Deshalb ergänzt er den Bericht über den jungen Mann mit verschiedenen Themen und Exkursen. Beispielhaft für die Themen seien hier erwähnt: Das Wesen des Krieges, Frauen- und Männerrollen, Die Dialektik des Krieges. Ein Exkurs beschäftigt sich mit Napoleon, während ein anderer den Zusammenhang zwischen Krieg und Mythologie herstellt.

Es ist ein interessantes, aus einer kulturhistorischen Perspektive geschriebenes Buch. An den oben erwähnten Themen und Exkursen wird bereits klar, dass Hans Boll-Johansen kein Historiker ist, sondern seinen Ausgangspunkt in der Literatur und Philosophie nimmt. Ein gut geschriebenes Buch, das zum Nachdenken über das (Un)wesen des Krieges anregt.

*Ilse Friis*

### **Der Erste Weltkrieg im Roman**

**Erling Jepsen**

**Erna i krig**

**Roman**

**Kopenhagen: Gyldendal 2018.**

**312 S.**

Dieser Roman von Erling Jepsen ist sein erstes Werk, welches durch eine starke historische Inspiration geprägt ist. Der Erste Weltkrieg, welcher die Grundlage darstellt, fand durch die Großeltern Jepsens einen Weg in

sein Leben, da beide Großväter an den kriegerischen Aktivitäten beteiligt waren. Dementsprechend ermöglicht der Roman einen teilweise sehr lebensechten Einblick in die Schrecken dieser Zeit. Seine Geschichte erzählt Jepsen aus der Sicht der dänischen Nordschleswigerin Erna, die ihrem Adoptivsohn Kalle an die Kriegsfront folgt, da dessen lebenspraktische Fähigkeiten aufgrund einer geistigen Entwicklungsstörung wenig ausgeprägt sind. Die Alleinerziehende ist dabei zwischen den katastrophalen Auswirkungen des Krieges und alltäglichen Problemen wie Kalles Geburtstag hin- und hergerissen, die im Schutzbunker unter Dauerbeschuss mehr als fehl am Platz wirken, jedoch dem düsteren Humor, welcher sich durch den gesamten Roman zieht, gerecht werden. Ihr alleiniges Ziel ist es, mit ihrem Sohn wieder heimzukehren, wofür jedoch erst die Deutschen besiegt werden müssen, da diese für Erna die alleinigen Schuldtragenden sind. Dafür sind ihr alle Mittel recht, wie z. B. die Verbreitung von Syphilis im deutschen Heer.

Die ständige Unterscheidung zwischen dem Wir, den guten Menschen, die nur aus Nordschleswig kommen können, und den Anderen, den feindlichen Nicht-Nordschleswigern, ist gleichbleibend. Während sich das Bild des Feindes mit dem Fortschritt des Krieges wandelt, mal die Franzosen, dann die Engländer betrifft, so bleibt der Hauptgegenspieler immer konstant: Die Deutschen.

Jepsens Roman bietet einen Spagat zwischen dem Grauen des Krieges und einer starken, aber einsamen Frau, die sich in einer ihr vollkommen fremden, von Männern regierten Welt dem Schutze ihres Sohnes verschrieben hat.

Dieser Roman ist durch seine Thematik und das starke Festhalten der Protagonistin an ihren Vorurteilen einem erwachseneren Publikum zu empfehlen, da ein kritisches Auge beim Lesen durchaus nötig sein kann.

*Charlotte Jagusch*

### **Weltkriegspropaganda**

Arne Christian Segelke  
Deutsche und britische  
Propaganda in Dänemark  
während des Ersten Weltkriegs  
Berlin: Berliner Wissenschafts-  
Verlag 2019. 276 S.

Dass in einem Krieg das erste Opfer die Wahrheit ist, das ist mittlerweile eine allseits anerkannte Erkenntnis. Entstanden in der Zeit des Ersten Weltkriegs beschreibt sie die Erfahrungen der Zeitgenossen mit der damaligen, zumeist staatlich gelenkten Kriegspropaganda, die dazu diente, durch eine weitgehende Dämonisierung und Verächtlichmachung des Feindes die Stimmung in der Bevölkerung zu verbessern und den Durchhaltewillen der Heimatfront zu stärken. Dabei wurde mit Hilfe unterschiedlichster Medien eine auf die

Phantasie der Zielpersonen gerichtete Sprache und Bilderwelt entworfen, die einer totalen, d. h. sie direkt mit einbeziehenden Kriegsführung angemessen war.

Kriegspropaganda fand nicht nur in den kriegführenden Staaten statt. Sie wirkte auch nach außen, wie Arne Christian Segelke in seinem hier vorzustellenden Buch über die Ziele und Wirkungen deutscher und britischer Kriegspropaganda deutlich macht. Auf der Basis eines umfassenden Quellenstudiums zeigt er am Beispiel des im Ersten Weltkrieg neutralen Dänemark, wie die Medienöffentlichkeit hier zu einem symbolischen Kriegsschauplatz wurde. Für die dänische Geschichtsschreibung schließt er mit dem Thema zugleich eine Forschungslücke. Der Autor beschreibt in gebotener Kürze die in beiden Ländern entwickelten Instrumentarien, die unterschiedlichen Aktivitäten und die dabei eingesetzten, in einzelnen Kapiteln umfassend vorgestellten Medien wie Presse, Literatur, Bild und Film, derer sich Propagandisten beider Seiten im Kampf um die Gunst der dänischen Bevölkerung bedienten. In Deutschland lag die Kriegspropaganda spätestens seit Mitte 1916 vollständig in den Händen der Obersten Heeresleitung. In Großbritannien blieb dies dem Außenministerium vorbehalten. Das Kriegsmministerium sorgte lediglich für die Produktion der Propagandamaterialien. Konflikte ließen sich zwar nicht verhindern, auftretende Friktionen wurden aber unter Führung des Premierminis-

ters geschichtet. Ebenso beschreibt Segelke, wie sich die Akteure vor Ort gegenseitig beobachteten, unterschiedliche Strategien bei der Durchsetzung ihrer Position anwendeten (wie z. B. Geldzahlungen an einzelne Redakteure und kleinere Blätter, die im Konkurrenzkampf mit den großen Tageszeitungen im Nachteil waren oder die Neugründung von Zeitungen, S. 137 ff.) und voneinander lernten. Gleichzeitig legt er aber auch dar, dass es die dänischen Zeitungen verstanden, ihrer Leser\*innen nicht in die Irre zu führen. Die dänische Außenpolitik kennzeichnet der Autor als ständigen „Balanceakt zwischen deutschen und britischen Ansprüchen“ (S. 40 ff.). Im Rahmen des Themas wird dies u. a. an einer von der Regierung erlassenen Zensur und Pressekontrolle deutlich, mit der die neutrale Berichterstattung der Medien gewährleistet werden sollte. Christian Segelke weist dabei u. a. daraufhin hin, dass die Regierung daher auf kritische Berichterstattungen dänischer Zeitungen über die Situation in Nordschleswig empfindlich reagierte. Diese Neutralität durchzuhalten war umso schwieriger, weil die Sympathien, bedingt durch die preußisch-deutsche Unterdrückungspolitik, die ungelöste Grenzfrage und die zwangsweise Einberufung junger dänisch gesinnter Nordschleswiger in den deutschen Kriegsdienst, eindeutig auf Seiten der Alliierten lagen („Wenn aber die Dänen Deutschland hassen, so wissen sie warum!“ S, 57 ff.). Dänemark nahm am Weltkrieg zwar

nur indirekt teil, war aber dennoch von den Auswirkungen betroffen. Der Neutralität zu verdanken war dabei ein in den ersten beiden Kriegsjahren herrschender Aufschwung in der Handelsbilanz, gehörten doch Deutschland und Großbritannien zu den wichtigsten Handelspartnern, und je länger der Krieg andauerte, desto größer wurden die dänischen Wirtschaftsprobleme. Auch dies beschreibt Christian Segelke in seinem exzellent recherchierten und sehr gut lesbaren Buch, das trotz der bedauerlichen Verwechslung von Süd- und Nordschleswig (S. 59 ff.) nicht nur allen an der Thematik interessierten Leser\*innen, sondern auch denjenigen, die Lust dazu haben, etwas grundsätzlich Neues aus der Geschichte des vielschichtigen deutsch-dänischen Verhältnisses zu erfahren, empfohlen sei.

*Matthias Schartl*

### **Biografie des bedeutenden Politikers H. P. Hanssen**

**Hans Schultz Hansen  
Genforeningens arkitekt:  
H. P. Hanssen 1914–1936  
Skifter udgivet af Historisk  
Samfund for Sønderjylland Nr. 118  
Apenrade 2020. 335 S., sw. ill.**

Pünktlich zur 100-Jahr-Feier des Abstimmungstages am 10. Februar 2020 erschien der zweite Band von Hans Schultz Hansen, die Jahre 1914 bis

1936 umfassende Biografie über die Führungspersönlichkeit der Dänen im Landesteil Schleswig, H. P. Hanssen. Während im ersten Band die Entwicklung H. P. Hanssens vom jungen Politiker zur Führungspersönlichkeit des dänischen Bevölkerungsteils im Landesteil Schleswig beschrieben wurde, fokussiert Hans Schultz Hansen im zweiten Band auf den Ausbruch des Ersten Weltkriegs und dessen Bedeutung für H. P. Hanssen. Es waren turbulente Zeiten, in denen H. P. Hanssen einerseits versuchte, Schaden vom dänischen Bevölkerungsteil abzuwenden und gleichzeitig im Verborgenen eine neue Grenzziehung und damit eine „Wiedervereinigung“ mit Dänemark vorzubereiten. Als Reichstagsabgeordneter diskutierte er immer wieder die Grenzfrage in Berlin, Apenrade und Kopenhagen. Von Juni 1919 bis April 1920 hatte H. P. Hanssen eine Schlüsselrolle als dänischer Minister für nordschleswigsche Anliegen inne, musste sich aber gleichzeitig mit einem internen dänischen Streit über die Festlegung der Grenze auseinandersetzen. Die Gruppe der internen Widersacher wuchs, die Unterstützung in den eigenen Reihen wurde immer geringer; es gelang ihm aber, seine moderate Vorstellung einer neuen Grenzziehung durchzusetzen. Die 1920er Jahre waren für H. P. Hanssen eine problematische Zeit. Während der sogenannten „Osterkrise 1920“ wurde er als Minister von König Christian X. entlassen. Es folgten

viele Demütigungen in Verbindung mit den Feierlichkeiten zur „Wiedervereinigung“ im Juli desselben Jahres, so wurde es ihm u.a. verwehrt, den König bei seinem Ritt über die alte Grenze zu begrüßen. Eine Situation, mit der er sehr schwer fertig wurde.

Innenpolitisch blieb ihm in den Jahren 1924-26 nur eine kurze Karriere als liberaler Folketingsabgeordneter vergönnt. Als Oppositionspolitiker im dänischen Folketing war sein politischer Einfluss begrenzt. Zurück in Nordschleswig wurde er für die Landwirtschaftskrise 1926 verantwortlich gemacht. Harte persönliche Angriffe, die ihn tief trafen.

Sein Hauptaugenmerk lag stets auf der Rechtfertigung der Grenzziehung. Auch der Einzug des Nationalsozialismus 1933 bedeutete, dass die Grenze wieder in Frage gestellt wurde. H. P. Hanssen verteidigte bis zu seinem Tod 1936 die Festlegung der Grenze. Er war der Architekt (vgl. den Titel des Buches) dieser Grenzziehung und als solcher sollte er in die Geschichtsbücher eingehen.

Band 2 ist in vier Hauptabschnitte gegliedert und schließt mit einer Bewertung der Leistungen H. P. Hanssens durch Hans Schultz Hansen. Das im ersten Band vermisste Namensregister rundet den zweiten Band ab. Das Buch lebt von den vielen Zitaten aus H. P. Hanssens Tagebüchern, Briefen, Erinnerungen und Reden.

*Ilse Friis*

## **Geschichte des dänischen Grenzvereins**

**Axel Johnsen**  
**Grænsen, folket og staten**  
**Grænseforeningens historie**  
**1920-2020**  
**Kopenhagen: Gyldendal 2019.**  
**442 S., zahlreiche sw. u. farb. Abb.**

Zu den wichtigsten kulturpolitischen Akteuren in der seit 1920 geteilten schleswigschen Region zählt ohne Zweifel Grænseforeningen, der mit Abstand größte dänische Grenzverband. Kurz nach dem Zweiten Weltkrieg hatte er 200.000 Mitglieder und bildet bis heute ein wesentliches Stück der lebendigen Vereinskultur, auf welche man in Dänemark stolz ist. In der vorliegenden Studie stellt Historiker und Museumsinspektor Axel Johnsen dar, wie der zeitweise über beträchtliche finanzielle Mittel verfügende, 1920 gegründete Verein sich sowohl im nördlichen Landesteil gegen etwaige deutsche Ansprüche stellte als auch den verbliebenen Dän\*innen in Südschleswig half. Ein markantes Beispiel war die Gründung der dänischen Schule in Töning 1935. Nach dem Krieg war der Aufbau weiterer Schulen ein wesentlicher Aufgabenbereich, aber auch die Leistung humanitärer Hilfe. Die Vereinsführung war lange eng mit der dänischen Spitzenpolitik verbunden, sodass Grænseforeningen einen nicht unwesentlichen Einfluss ausüben konnte.

Axel Johnsen stellt jedoch fest, dass die Vereinsführung nicht erkannte, dass die jüngere Generation ab Ende der 1960er Jahre andere Prioritäten setzte. Umso mehr setzte man auf die Unterstützung der Jugendarbeit in Südschleswig und auf Informationsarbeit über Südschleswig und das Grenzland in Dänemark, während die Bedeutung des nationalpolitisch orientierten Vereins nicht zuletzt im Zuge einer zunehmenden Europäisierung der dänischen Politik abnahm und die Mitgliederzahl stetig sank. In der Tat gab es immer wieder Konflikte um die Ausrichtung des Gesamtvereins, zuletzt zu Beginn des neuen Jahrtausends, als sich der heute noch immer mehr als 10.000 Mitglieder zählende Verein den Slogan „für ein offenes Dänentum“ zulegte. Die damit verbundenen jüngeren Projekte des Vereins werden leider kaum mit einbezogen, obwohl sie gerade für eine interessante Neuorientierung des Grenzvereins stehen. So werden die Kulturbotschafter\*innen (vgl. GFH 4/2011, S. 277ff.) nur kurz und eher kritisch erwähnt, die Schülerbotschafter\*innen (vgl. GFH 1/2019, S. 51ff.) gar nur mit einem einzigen Wort, obwohl sie auf dem Titelbild zu sehen sind (S. 378f.). Das Werk erscheint dem Titel entsprechend in erster Linie als eine Institutionengeschichte. Es ist eine klassische Geschichtsdarstellung mit vielen Zitaten aus Originalquellen, die sich flüssig lesen lässt und die Geschichte des Vereins, überwiegend aus der Per-

spektive seiner Hauptakteur\*innen und aus zentral-dänischem Blickwinkel, lebendig macht. Die dänischen Südschleswiger\*innen hingegen erscheinen nur selten als Akteur\*innen und überwiegend als Empfänger\*innen der vom Verein vermittelten Leistungen, etwaige Reaktionen von deutscher Seite werden kaum einbezogen.

Somit hat Axel Johnsen eine gut lesbare und lebendig geschriebene Geschichte eines der wichtigsten dänischen Vereine geschrieben, die gleichzeitig auch einen wesentlichen Teil der Geschichte der dänischen Sicht auf das Grenzland und die Minderheiten ab 1920 ausmacht.

*Gerret Liebing Schlaber*

## **Grenzziehung 1920 und ihre Geschichte**

**Klaus Alberts**  
**Volksabstimmung 1920**  
**Als Nordschleswig zu**  
**Dänemark kam**  
**Heide: Boyens 2019. 200 S.,**  
**durchgehend farbig ill.**

Wie schon zum Thema 1864 (vgl. GFH 2014, S. 224f.) hat der Kieler Jurist und Rechtshistoriker Klaus Alberts nun auch zum Thema 1920 einen ebenfalls großformatigen und reich illustrierten Band herausgebracht. Der Band erscheint inhaltlich als Gegenentwurf zu den zahlreichen dänischen Darstellungen. Vor

allem mit dem in letzteren meist völlig selbstverständlich gebrauchten Begriff „Wiedervereinigung“ setzt er sich aus historisch-juristischer Sicht kritisch auseinander und beurteilt ihn als nicht angemessen für die Situation 1920. Denn das Herzogtum Schleswig – und schon gar nicht der nördliche Teil desselben – waren niemals vorher Teil eines dänischen, zentralistisch geführten Nationalstaats gewesen. Ausführlich befasst sich Klaus Alberts zudem einleitend (S. 11–24) mit dem bewusst inszenierten Ritt Christians X. über die aufgehobene Grenze von 1864 am 10.7.1920, mit welcher eine „Vision“ einer als „Jungfrau Fanny“ in die Apenrader Lokalgeschichte des 19. Jahrhunderts eingegangenen sonderbaren Frau in die Wirklichkeit umgesetzt und das bis heute zentrale Symbolbild der „Wiedervereinigung“ geschaffen worden war.

Wie schon in seinem Buch über „Düppel 1864“ füllt der im Buchtitel genannte Aspekt nicht sehr viel. Mehr als die Hälfte des Werkes setzt sich (S. 25ff.) mit der langen Geschichte des Herzogtums Schleswig und Dänemarks und dann über 50 Seiten (S. 41ff.) mit der Entwicklung im 19. Jahrhundert auseinander. Besonders hervorgehoben werden die Aktivitäten des Reichstagsabgeordneten Hans Peter Hanssen, der im Vorfeld der Gestaltung des Versailler Vertrags eine entscheidende Rolle gespielt hatte. Ab S. 149 wird die Ausarbeitung des Versailler Vertrages nachgezeichnet, ab S. 161 die Vorbereitung der Inter-

nationalisierung der Abstimmungsgebiete. Erst ab S. 171 wird der eigentliche Abstimmungsprozess mit den folgenden Ergebnissen skizziert, bevor sich der Verfasser ab S. 181 mit der genannten Frage des Begriffs „Eingliederung oder Wiedervereinigung“ auseinandersetzt. Hierbei kritisiert er die „Theatralik von 1920“, die nicht nötig gewesen wäre, wenn man sich nur - und berechtigt - auf die damaligen realpolitischen Verhältnisse gestützt hätte. Dies Sorge dafür, „dass die von mir als verdrückt empfundene Atmosphäre im Grenzland sich nicht ändert“, weshalb er für 2020 für „ein zukunftsgerichtetes neues Nachdenken“ plädiert (S. 192).

Kennern der komplizierten Regionalgeschichte wird das Buch nicht viel Neues bringen, für ein breites Publikum ist es aber durchaus interessant zu lesen, auch wenn es in Bezug auf den im Buchtitel angekündigten Kern der hier dargestellten Geschichte viele Aspekte zu knapp streift und sich u. a. nur wenig mit den durchaus unterschiedlichen dänischen Positionen, regionalen Unterschieden beider Abstimmungen, der massiven Propaganda beider Seiten usw. auseinandersetzt.

*Gerret Liebing Schlaber*

## **Sammelband zur Grenzziehung 1920**

**Mikkel Leth Jespersen (Red.)  
Genforeningen 100 år.  
1920-2020  
Sonderburg: Museum  
Sønderjylland 2020. 112 S.,  
durchgehend farbig und sw. ill.**

Der Publikationsbeitrag des regionalen Museumsverbandes Museum Sønderjylland zu 100 Jahren Grenzziehung ist ein reich bebildeter, großformatiger Sammelband mit 14 kompakten, leicht verständlich geschriebenen Artikeln. Wie bei den meisten dänischen Publikationen zu 1920 zielt ein Bild – hier ein Gemälde – des inszenierten Ritts König Christians X. über die aufgehobene Grenze von 1864, der seither zum Symbolbild für 1920 schlechthin geworden ist, den Titel.

Das Vorwort von Direktor Henrik Harnow mit dem Titel „Museum Sønderjylland feiert die Wiedervereinigung“ enthält für die Publikation einer Einrichtung mit wissenschaftlichem Anspruch und Auftrag zu viel Pathos. Er schreibt u. a. vom „Sønderjylland, das mehr als jeder andere dänische Landesteil dänisches Geschichtsbewusstsein und dänische Identität definiert“ habe und „wie die deutsche Niederlage im Ersten Weltkrieg und der folkelige Kampf der dänisch gesinnten Sønderjyder seit 1864 den Weg für eine im weltgeschichtlichen Zusammenhang einmalig friedliche und de-



mokratische Lösung einer Grenzfrage gebahnt hat“. Hingegen findet sich hier kein Wort über den deutschen Bevölkerungsteil, kein Wort über die bis 1955 fortgesetzten Spannungen um die Grenze, kein Wort über die positive deutsch-dänische Entwicklung bis heute.

Der großformatige Band enthält 14 Beiträge, die sich thematisch auch eng an die Begebenheiten um 1920 halten. Es fällt auf, dass keine deutschen Verfasser beteiligt sind. Der erste Beitrag von Liselotte Juhl Hansen ist eine gut gemachte, kommentierte, chronologisch rückwärts laufende Zusammenstellung von Fotografien zu 100 Jahren Grenzgeschichte. Carsten Porskrog Rasmussen zeichnet sehr sachlich und anschaulich nach, wie die Regeln für die Volksabstimmung aufgestellt wurden, Henrik Becker-Christensen stellt die verschiedenen eingebrachten Positionen zu den Verhandlungen dar. Axel Johnsen stellt, eng angelehnt an die Position König Christians X., dar, wie sich dieser im März und April 1920 verhielt, um Flensburg zu gewinnen. Diejenigen, die durch entschlossenes Auftreten die Demokratie retteten, werden diffus als gewaltbereite Revolutionäre dargestellt, die mit roten Fahnen winkend „Kresjan væk - Re-pu-blæk“ riefen (S. 34–35). Am Ende stand der König dennoch als Gewinner da, denn die zuvor von ihm abgesetzte Regierung wurde nicht wiedergewählt und er erlebte kurz danach den Triumph, das Land südlich der Königsau unter dem

Jubel der Bevölkerung in Besitz zu nehmen. In weiteren Beiträgen werden Vorbereitung und Durchführung der Abstimmungen, die Position der Verlierer (der dänischen Minderheit in der 2. Zone und der dänischen Oppositionsgruppen, die sehr aktiv für eine weiter südlich gelegene Grenze arbeiteten, sowie der deutschen Seite), die Einbeziehung von Kindern sowohl in den Agitationskampf als auch bei den späteren Feierlichkeiten und die dänische Gesangskultur im Landesteil zu jener Zeit dargestellt. Bemerkenswert ist Hans Schultz Hansens Beitrag (S. 88–93) über H. P. Hanssen, der eine so entscheidende Rolle dabei gespielt hatte, dass die Grenzfrage überhaupt auf die internationale Tagesordnung gesetzt worden war, aber wegen seiner realpolitischen Einsicht von den Kräften, die eine Grenze weiter südlich forderten, geradezu als Verräter angesehen und bei den Feierlichkeiten zur Vereinigung demütigend behandelt wurde.

Die zurückbleibenden Minderheiten werden gemeinsam in einem kurzen Beitrag von Carsten Porskrog Rasmussen abgehandelt (S. 100–103), zudem stellt Anne Marie Overgaard die Entwicklung im noch bis in die 1930er Jahre weit mehrheitlich deutsch gesinnten Tondern dar (S. 94–99). Im letzten Beitrag beschreibt Axel Johnsen die praktische Arbeit und die vielen Umstellungen, die sich nach der Eingliederung des Landes teils in den dänischen Staat ergaben. Insgesamt bietet der übrigens mit

zahlreichen bisher unbekannt, aber auch vielen oft gezeigten zeitgenössischen Bildern optisch ansprechend gestaltete Sammelband eine Reihe interessanter und gut geschriebener Beiträge zur Entwicklung 1920. Für ein breites Publikum wäre allerdings eine umfassendere Eingliederung in die Gesamtgeschichte und eine stärkere Berücksichtigung auch deutscher Positionen sinnvoll gewesen.

*Gerret Liebing Schlaber*

### **Kinderbuch mit Musik über 1920**

**Sigurd Barrett**

**Sigurd fortæller om genforeningen**

**En historie om at leve side  
om side med andre**

**Kopenhagen: Politikens Forlag  
2019. 206 S., zahlreiche kolorierte  
Zeichnungen von Jørgen Eivind  
Hansen, einzelne Fotografien;  
CD mit 16 Liedern.**

Der Musiker Sigurd Barrett, der sich in Dänemark u. a. durch überaus beliebte und gleichermaßen unterhaltsame wie niveauvolle Kindersendungen einen Namen gemacht hat, ist auch als Kinderbuchautor erfolgreich und hat unter anderem kindgerechte Bücher zur dänischen Geschichte herausgegeben. Rechtzeitig vor dem 100. Jahrestag erschien nun auch ein Werk über die Grenzziehung 1920. Dabei wird aber auch die besondere Vorgeschichte der Region und die

Entwicklung bis heute skizziert. So stellt Sigurd Barrett sowohl bekannte als auch weniger bekannte Menschen in den Mittelpunkt der Erzählung. Im ersten Kapitel wird die besondere Stellung des Herzogtums Schleswig in der Geschichte skizziert, danach setzt die Erzählung mit H. C. Andersens Besuch beim Herzog Christian August von Augustenburg ein.

Natürlich gibt es hier und da ein paar kleine Ausschmückungen und manchmal eine etwas zu kindgerechte Sprache; vor allem Mischungen mit dem Deutschen wirken mitunter etwas albern. Aber im Großen und Ganzen gelingt es Sigurd Barrett gut, die Erzählungen an der wirklichen Geschichte zu orientieren. Es fallen nur wenige sachliche Fehler auf, etwa ein unpassender Einschub des Danewerk-Mythos und Angst vor „deutschen Angriffen“ für die Zeit ab 1460 (S. 18–19), ein wohl eher heutigen Gepflogenheiten entsprechender Flaggengebrauch, bei dem „Schleswig seine eigene Flagge“ historischer Art zugesprochen wird (gemeint ist die zum angesprochenen Zeitpunkt noch sehr junge Schleswig-Holstein-Trikolore, S. 24–25), das moderne schleswig-holsteinische Landeswappen als schleswigisches Wappen 1850 (S. 77) oder die übertriebene Darstellung der Köller-Politik (S. 139–145).

Natürlich ist die Perspektive eine dänische, aber Sigurd Barrett wird zu keinem Zeitpunkt einseitig und mahnt immer wieder vor vereinfachenden Gut-Böse-Klischees. Immer wieder

wird bei den handelnden Personen auch ein Blick auf die jeweils andere Seite oder eine durchaus beiderseitige Orientierung gezeigt. Der Untertitel des Buches ist gleichsam Programm, denn letztlich wird das friedliche Zusammenleben trotz Unterschieden zur Lösung. Großartig sind die von Sigurd Barrett neu geschriebenen Lieder zum Thema, insbesondere der neue Text auf das alte Kampflied „Det haver så nyligen regnet“ (S. 194–196), der im Februar 2020 eine Kontroverse unter manchen sehr national gesinnten Bewohnern des Landesteils ausgelöst hat. Dem Kopenhagener Musiker ist es ohne Zweifel gelungen, Geschichte und Gegenwart des schleswigschen Grenzlandes kindgerecht und zeitgemäß zu vermitteln. Ergänzt wird das Buch durch ein fast 200-seitiges, separat erhältliches Aktivitätsbuch für Kinder.

*Gerret Liebing Schlaber*

### **Deutsch-dänische Grenzgeschichte für Jugendliche**

**Erik Dehn**

**Genforeningen 1920**

**Kopenhagen: Gyldendal 2019. 48  
S., durchgehend farbig und sw. ill.**

In der Serie „De store fagbøger“ des renommierten Verlages Gyldendal, mit welcher geschichtliche Themen kompakt für Schüler ab 12 Jahren „zum selbständigen Lesen und Klassenunterricht“ aufgearbeitet werden,

wird nun auch die Grenzziehung von 1920 ausführlich thematisiert. Deren Geschichte bettet Erik Dehn, Verfasser mehrerer Bände in der genannten Reihe, in einige weitere Aspekte deutsch-dänischer Beziehungen durch die Jahrhunderte ein. Dabei orientiert er sich leider weitestgehend an längst überholten Klischees. Schon auf der Rückseite liest man folgende ungeheuerliche Sätze (Üb. d. Rez.): „Der Krieg 1864 war nicht das erste Mal, dass wir Probleme mit den Deutschen hatten. Schon um das Jahr 500 begannen die Dänen, einen Wall quer durch das südliche Jütland zu errichten, um die Deutschen fernzuhalten, und die folgenden Jahrhunderte hindurch wurde darum gekämpft, wem die Herzogtümer gehören sollten.“ Diesen angeblichen Dauerkonflikt lässt Dehn schon mit der völlig unkritischen Einbeziehung der Offa/Uffe-Legende beginnen, in welchem das dem David-Goliath-Kampf ähnelnde Motiv des Sieges eines Schwächeren gegen übermächtige Herausforderer als Abwehr deutscher Aggression dargestellt wird. So geht es in den Kapiteln über Graf Gerhard III. von Holstein, die Ripener Handfeste 1460 und dann erst recht im 19. und 20. Jahrhundert weiter. Selbst das Gerücht, dass der erste Vorsitzende des im November 1918 gebildeten Sonderburger Arbeiter- und Soldatenrates Bruno Topff eine eigenständige Republik Alsen ausgerufen habe, wird bedient. Ohnehin füllen viele Anekdoten den Text, während der für das Titelthema zentral

wichtige Versailler Vertrag nur beiläufig erwähnt wird. „Wenige tausend Deutsche“ blieben nördlich der Grenze zurück (S. 28), während „nach 1920 die dänische Minderheit in Südschleswig stark“ gestellt war (S. 29). Auch die Darstellung der folgenden Jahre einschließlich Nationalsozialismus, deutscher Besetzung Dänemarks und der unmittelbaren Nachkriegszeit (S. 30–45) wird oft von einseitigen Vereinfachungen geprägt. Die positive Entwicklung seit 1955 wird auf wenige Zeilen reduziert. „Nach über 1000 Jahren Feindschaft befinden wir uns endlich auf freundschaftlicher Basis“, heißt es dort völlig unsachgemäß.

Als Bildnachweis wird mehrheitlich das Verlagsarchiv angegeben; genauere Angaben zum Gezeigten oder gar quellenkritische Anmerkungen finden sich nirgends. Überaus unprofessionell wirkt zudem, dass Erik Dehn im Text ständig in der Wir-Form schreibt, egal auf welches Dänemark in welcher Epoche er sich bezieht.

Gerade weil die komplizierte Geschichte für junge Leser\*innen auf das Wesentliche reduziert werden muss, fallen die nationalistische Tendenz und die erschreckend vielen sachlichen Fehler besonders schwer ins Gewicht. Der Bildnachweis und die äußerst spärliche Literaturliste verstärken den Eindruck, dass der Verfasser sich keine allzu große Mühe gegeben hat, sich dem komplexen Thema über die ja reichlich vorhandene Fachliteratur zur regionalen Geschichte zu nähern. Von der Verwendung im Unter-

richt und als Leseheft kann aus fachlicher Sicht nur abgeraten werden.

*Gerret Liebing Schlaber*

### **Geschichte und Vorgeschichte der Grenzziehung von 1920**

**Simon Kratholm Ankjærgaard  
Genforeningen 1920**

**Da Danmark blev samlet  
Kopenhagen: Storyhouse  
[Lindhardt & Ringhof] 2019. 406 S.,  
zahlreiche farbige und sw. Abb.**

Unter den vielen neuen Publikationen zur Grenzziehung von 1920 ist das vorliegende Werk zweifellos das prächtigste. Schon auf den ersten Blick beeindruckt es durch sein großes Format, den Umfang und die vielen, meist großformatigen und technisch gut wiedergegebenen Abbildungen.

Die Aktivitäten der dänischen Politiker, um die Grenzfrage ab 1918 auf die internationale politische Tagesordnung zu setzen, werden sehr lebendig und quellennah geschildert. Eine wichtige Rolle spielen die Briefe zweier dänisch gesinnter Schleswiger – der eine ganz aus dem Norden, der andere aus Wallsbüll westlich von Flensburg – von der Weltkriegsfront bzw. aus der Kriegsgefangenschaft. Abgesehen von einer kurzen Geschichtseinführung setzt die Handlung erst im Herbst 1918 ein, als die deutsche Niederlage im Ersten Weltkrieg absehbar wird und dänische Politiker die

Möglichkeit einer baldigen Grenzänderung erkannten. Das Buch endet mit den Feierlichkeiten zur Vereinigung des Landesteils mit dem Königreich im Juli 1920.

Sehr anschaulich schildert Simon Kratholm Ankjærgaard den politischen Prozess aus dänischer Sicht. Tatsächlich herrschte auf dänischer Seite große Uneinigkeit über die richtige Vorgehensweise und den Umfang des zu fordernden Territoriums. Dabei wird einmal mehr deutlich, welche entscheidende Rolle der pragmatisch und realpolitisch orientierte Hans Peter Hanssen spielte, der bis zu dieser Zeit Abgeordneter im deutschen Reichstag war. Während er und sein Apenrader Kreis für eine technisch gut machbare und nicht allzu große Minderheiten zurücklassende Grenze eintraten (nämlich jene von seinem Gesinnungsgenossen H. V. Clausen ausgearbeitete Linie, die später tatsächlich umgesetzt werden sollte), trat die „Danewerk-Bewegung“ für eine Ausdehnung Dänemarks bis zum Danewerk oder gar zur Eider ein, und zwar ohne Volksabstimmung in der Erwartung, dass die Bewohner\*innen schon wieder dänisch werden würden. Andere wie der künftige Regierungschef Niels Neergaard und letztlich auch der König wollten auf jeden Fall Flensburg für Dänemark sichern und eine Grenzziehung nach dem aktuellen Abstimmungsergebnis zumindest hinauszögern. Die mit ihren Ende 1918 an die Macht gekommenen deutschen Gesinnungsgenossen

verbundenen dänischen Sozialdemokraten hingegen wollten ein Angebot aus Deutschland abwarten. Letztlich setzte sich Hanssens Linie durch, was dem Politiker teilweise scharfe Ablehnung im eigenen Land entgegenbrachte. Auch der noch einmal harte Wahlkampf in Flensburg, die politischen Spannungen im Zuge der „Osterkrise“, die Inszenierung des Königsritts über die alte Grenze als Wahrnehmung einer beliebten „Prophезeiung“ und schließlich die Feierlichkeiten und deren Vorbereitung werden lebendig geschildert.

Trotz der sehr detaillierten Darstellung liest sich das Buch sehr spannend. Deutsche Perspektiven werden leider nur spärlich mit einbezogen, obwohl die Aussicht einer Grenzverschiebung die deutschen Schleswiger\*innen „wie ein Donnerschlag“ (so der preußische Innenminister Arnold Drews) getroffen habe (S. 144–148). Einseitigkeit kann man dem Verfasser aber wirklich nicht vorwerfen, zumal er historisch korrekt von Schleswig bzw. Nordschleswig spricht, wenn er den betroffenen Landesteil meint. Zwar thematisiert er die bewusste politische Entscheidung, das gewonnene Gebiet schnell in den Zentralstaat einzugliedern und ihm nicht wie vor 1864 einen Sonderstatus zukommen zu lassen, aber der Begriff „Wiedervereinigung“ wird dennoch ganz selbstverständlich und ohne differenzierende Überlegungen übernommen.

Vereinzelt schleichen sich Fehler ein wie die seltsame Formulierung, dass

auf einem sehr bekannten Bild vom Abstimmungstag in Apenrade (S. 306–308) „die schleswigsche und die neue deutsche Flagge“ neben dem Dannebrog hänge – in Wirklichkeit sind es die schleswig-holsteinische und die alte Reichsflagge. Wirklich bedauerlich ist allerdings, dass der Verfasser der besseren Lesbarkeit wegen auf direkte Quellenangaben verzichtet hat. Ansonsten kann man dem Verfasser bescheinigen, ohne Zweifel eine der lesenswertesten Neuerscheinungen zum Thema 1920 vorgelegt zu haben.

*Gerret Liebing Schlaber*

### **Gesamtdarstellung zur Grenzziehung, deren Ursachen und Folgen**

**Jan Schlürmann  
1920 – Eine Grenze  
für den Frieden**

**Die Volksabstimmung zwischen  
Deutschland und Dänemark  
Kiel & Hamburg: Wachholtz  
Verlag, 2019. 240 S.,  
einzelne farbige Bildseiten.**

Ähnlich wie im Werk von Klaus Alberts und anders als in den meisten aktuell erschienenen dänischen Werken zum Thema bettet der Historiker Jan Schlürmann die Ereignisse von 1920 und deren unmittelbare Ursachen und Folgen in einen sehr viel größeren Zusammenhang. Im Unterschied zu ersterem ist die Studie al-

lerdings als Lesebuch im handlichen Format aufgemacht. Zunächst bietet der Verfasser einen Überblick über Grundzüge der Geschichte des Herzogtums Schleswig bis ins 19. Jahrhundert und die Entwicklung der nationalen Gegensätze in der Kaiserzeit. Besonders interessant ist das Kapitel über die Entwicklung während des Ersten Weltkrieges (ab S. 71). Die Seiten 113–128 sind als farbige Bildtafeln gestaltet, den Schwerpunkt bilden Wiedergaben von Abstimmungsplakaten. Bisher unbekanntes Quellen werden nicht herangezogen, der Autor stützt sich wesentlich auf die zeitnah entstandenen Schriften von Franz von Jessen und H. P. Hanssen sowie von Karl Alnor. Die Stärke von Jan Schlürmanns Untersuchung liegt darin, dass er die national meist sehr einseitigen Schriften in einen übergeordneten Zusammenhang stellt. So werden einige wichtige, bisher fast nur in der dänischen Geschichtsliteratur behandelte Aspekte erstmals auch einem breiten deutschen Publikum näher gebracht. Hierzu zählen vor allem die Gegensätze auf der dänischen Seite: Während der Reichstagsabgeordnete H. P. Hanssen schon früh Kontakte zu national gemäßigten und gleichgesinnten Politikern in Deutschland suchte, die nordschleswigsche Frage bereits im Oktober 1918 dort auf die politische Tagesordnung setzen konnte und mit seiner maßvoll-realistischen Haltung letztlich nachhaltigen Erfolg bekommen sollte (S. 95ff.), standen diesem „Apenrader Kreis“ Nationalis-

ten gegenüber, die ohne Rücksicht auf damals aktuelle Gesinnungsverhältnisse in Schleswig unter Berufung auf angebliche „historische Rechte“ eine Grenze an der Eider, am Danewerk oder zumindest südlich von Flensburg forderten und nicht unwesentlichen Einfluss auf die Verhandlungen in Versailles nahmen. Im folgenden Teil wird auf die Durchführung der Grenzziehung und deren Konsequenzen eingegangen. Das letzte Kapitel reicht nicht, wie in der Überschrift angekündigt, bis heute, sondern bricht mit den Bonn-Kopenhagener Erklärungen ab. Der Rest wird als Ausblick auf einer halben Seite abgehandelt, wobei noch auf die 2016 eingeführten Grenzkontrollen und den Wildschwein-Grenzzaun eingegangen wird. Dass erst hierdurch „eine verschwundene, beinahe vergessene Grenze [...] wieder sichtbar“ gemacht werde, ist allerdings ein allzu romantisierender Blick von außen, denn auch ohne Kontrollen hat die Grenze spürbar getrennt. Wer sich mit der Materie einigermaßen auskennt, wird angesichts vieler früherer (vor allem dänischer) Veröffentlichungen wohl nur in begrenztem Umfang Neues finden. Doch gerade ein mit der Thematik noch nicht so vertrautes deutsches Publikum, dem seit langer Zeit keine zeitgemäße und wissenschaftlich solide Darstellung zur Grenzproblematik 1918/20 und deren Ursachen und Folgen mehr vorgelegt worden war, wird das Buch mit Gewinn lesen.

*Gerret Liebing Schlaber*

## Mehrheit und Minderheit nach 1920

Poul-Erik Thomsen

Den delte by: Grænselands-  
krøniken 1920–2020

Et dansk-tysk drama om den lange  
vej fra fjendskab til forsoning med  
Tinglev som kulisse

Tinglev: Forlaget Grænseland  
2020. 280 S., ill.

Zu den in dieser Zeit zahlreich erscheinenden Publikationen über die Volksabstimmungen und Teilung Schlesiens im Jahr 1920 gesellt sich eine Chronik über den dänischen Ort Tinglev/Tingleff, verfasst von dem Tingleffer Journalisten Poul-Erik Thomsen. Im Mittelpunkt der Darstellung steht das sich über einen Zeitraum von hundert Jahren wandelnde Verhältnis zwischen dem deutschen und dänischen Bevölkerungsteil des Ortes, den Thomsen als „doppelnationale Herzkammer des Grenzlandes“ (S. 8) bezeichnet. Beginnend mit der Volksabstimmung im Jahr 1920 spürt der Autor der Lebensgeschichte verschiedener Bürger\*innen Tingleffs nach und verwebt diese mit den geschichtlichen Ereignissen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene. Den Rahmen bilden die beiden Nachbarsfamilien Møller und Jespersen, die über mehrere Generationen hinweg der dänischen Mehrheitsbevölkerung beziehungsweise der deutschen Minderheit angehörten und zu jeder Zeit einen freundschaftlichen Umgang miteinander pflegten.



Thomsen schließt mit der Erkenntnis, dass nach Jahrzehnten des feindlich geprägten Verhältnisses eine allmähliche Entspannung zwischen den beiden Einwohnergruppen einsetzte und im Jahr 2020 allgemein von einem Mit- und Füreinander zwischen deutscher Minderheit und dänischer Mehrheit in Tingleff die Rede sei.

Dem Autor ist eine unterhaltsame Darstellung gelungen, die die vergangenen Ereignisse unmittelbar und fesselnd in dem im Journalismus so beliebten dramatischen Präsens schildert. Das verleiht dem Erzählstil eine gewisse Würze – nicht zuletzt auch durch Überzeichnungen, die hier und da angewandt werden. Ob allerdings der bereits im Titel anklingende Vergleich der Grenzlandgeschichte mit einem Schauspiel angebracht erscheint, ist fraglich. Auch wenn es sich nicht um eine wissenschaftliche Arbeit handelt, wären genauere Quellenangaben wünschenswert gewesen, insbesondere in Bezug auf die zahlreichen Infokästen und direkten Zitate.

Nicht nur Kenner\*innen Tingleffs werden dieses Buch mit Interesse lesen, sondern sicherlich auch diejenigen, die sich ganz allgemein für die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Minderheits- und Mehrheitsbevölkerung in der Grenzregion interessieren.

*Ruth Clausen*

## Vereinsgeschichte

Ludwig Steindorff (Hg.)  
100 Jahre SHUG  
Schleswig-Holsteinische  
Universitäts-Gesellschaft  
Brücke zwischen Universität  
und Land  
Husum: Husum Verlag 2019.  
231 S., ill.

Das im Husum Verlag erschienene Buch über die 100-jährige Geschichte der Schleswig-Holsteinischen Universitäts-Gesellschaft e. V. (SHUG) beginnt mit einem Abriss über deren Geschichte mit einem Schwerpunkt über das letzte Vierteljahrhundert durch den Wissenschaftlichen Leiter der Gesellschaft. Der Verein soll als „Brücke zwischen Universität und Land“ (S. 123) im Bereich der „Erwachsenenbildung“ (S. 8) fungieren. Es handelt sich bei dieser Publikation um eine Selbstdarstellung (und nicht um einen neutralen historischen Abriss), die leider für einen Teil der Leser\*innen manche uninteressante Details enthält. Beispielsweise wird dargelegt, in welche Art von Restaurants wie viele Referent\*innen gehen, wer von den Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle die Kosten abrechnet, oder dass die Verkehrslage die Routenplanung des Fahrdienstes beeinflusst oder gar um wie viel Uhr eine bestimmte Mitgliederversammlung anfing. Darüber hinaus ist im Übergang von Seite 43 zu 44 textlich einiges durcheinandergeraten. Nach



dem rückblickenden Abschnitt folgt im Buch der Abdruck des Grußwortes des SHUG-Präsidenten und einiger Vorträge auf der Jubiläumsfeier 2018 sowie kurze Statements von Personen als Vereinsinnenansichten. Anschließend werden die 49 Sektionen, also Ortsgruppen, in Schleswig-Holstein sowie Nordschleswig in kurzen Abschnitten vorgestellt. Schließlich folgt der Abdruck der Satzung der SHUG.

Insgesamt ist es auffällig, dass es im SHUG-Vorstand sowie unter den Dozierenden, zu denen fast nur Habilitierte gehören, äußerst wenig und unter den Autoren dieses Bandes gar keine Frauen gibt, was bedauerlicherweise nur unzureichend reflektiert wird. Aufgrund der möglicherweise intendierten Zielgruppe (laut Verlag hauptsächlich Beteiligte, Mitglieder und Bildungshistoriker\*innen), der Darstellungsweise und des Detailreichtums scheint dieses Buch eher eine ausführliche Vereinsschrift zu sein, als ein Buch von großem allgemeinem Interesse. Wünschenswert wäre eine Reflexion der Reichweite und Auswirkungen des Vereins als „Brücke“ in die Gesellschaft im Kontext heutiger Third mission-Zielsetzungen im Wissenschaftsbereich gewesen.

*Levke Bittlinger*

## **Spannendes aus dem „echten“ Norden**

**Karl Dahmen**  
**Geheimes Schleswig-Holstein**  
**100 spannende Geschichten**  
**aus dem Norden**  
**Kiel/Hamburg: Wachholtz Verlag**  
**2018. 235 S., ill.**

Weltgeschichtlich relevante Ereignisse haben in Schleswig-Holstein nur selten stattgefunden. Dass im nördlichsten Bundesland dennoch viel Spannendes passiert ist, macht Karl Dahmen mit seinem Buch deutlich. Hier hat der Autor, bekannt für die „Zeitreise“ aus dem Schleswig-Holstein-Magazin des NDR, 100 Kurzgeschichten mit Bezug zum Land zwischen den Meeren zusammengetragen.

Die kurzen Episoden sind dabei meist nicht länger als zwei Seiten und reichen inhaltlich von heiter-trivialen Geschichten, zum Beispiel über den falschen Spitznamen des Leuchtturms in Kampen auf Sylt, bis hin zu spannenden, teils sehr düsteren Berichten aus der Zeit des Nationalsozialismus. Oft stehen Personen mit Wurzeln in Schleswig-Holstein im Vordergrund. Ein historischer Schwerpunkt ist dabei nicht auszumachen – von Ereignissen zur Zeit der Gottorfer Herzöge bis zur Zeitgeschichte ab 1945 gibt es viel zu entdecken.

Die Fülle an Geschichten ist zugleich Stärke und Schwäche des Buches. Einerseits entsteht so eine gewisse

Vielseitigkeit und die notwendige Kürze der Geschichten macht das Buch leicht zugänglich - damit eignet es sich auch gut für zwischendurch. Andererseits gilt es zu akzeptieren, dass an einigen Stellen komplexe Zusammenhänge nur knapp zusammengefasst werden können, was zeitweise etwas sprunghaft wirkt. Somit fühlt man sich gelegentlich nur „angefüttert“ und wünscht sich mehr Informationen und Hintergründe zu den einzelnen Themen.

„Geheimes Schleswig-Holstein“ ist kein wissenschaftliches Werk, und so muss man dem Autor aufgrund fehlender Quellenangaben einige Aussagen ungeprüft glauben. Es ist dennoch eine sehr kurzweilige, unterhaltsame und lesenswerte Sammlung, und vielleicht eine Inspiration, sich mit dem einen oder anderen Thema intensiver zu beschäftigen.

*Patrick Jahn*

### **Kulturführer für die Region**

Hans Christian Davidsen  
Danmark syd for grænsen  
En kulturguide til Sydslesvig  
Gjern: Forlaget Hovedland 2019.  
232 S., durchgehend farbig ill.

Das Gebiet zwischen Nord- und Ostsee sowie der deutsch-dänischen Staatsgrenze und Eider steckt voller hochrangiger Kulturschätze, die oftmals über die engere Region hinaus gar nicht so bekannt sind. Im vorlie-

genden Werk stellt der langjährige Kulturredakteur von Flensburg Avis 21 besonders interessante Einrichtungen, Orte, Kulturlandschaften und regelmäßige Veranstaltungen vor. Einen deutlichen Schwerpunkt bilden Museen, und zwar vom überregional bedeutenden Landesmuseum Schloss Gottorf oder dem Nolde-Museum über das Industriemuseum Kupfermühle oder das Föhler Museum Kunst der Westküste bis hin zu eher im nahen Umfeld bekannten Einrichtungen wie dem Richard-Haizmann-Museum in Niebüll, dem Weihnachtshaus am Husumer Westerende, Christian Lassens Hof in Jardelund oder dem vor allem für die dänische Minderheit in Südwestschleswig wichtigen „Nordisk Center for kultur & cricket“ Mikkjelberg in der früheren Hattstedter Windmühle. Hinzu kommen aber auch das Danewerk (erfreulicherweise ohne die auch 2020 immer noch wiedergegebenen Mythen von angeblich ständigen Kämpfen hierum, S. 123) und Haithabu, die Altstadt von Friedrichstadt, die Alte Synagoge in Rendsburg und die von Hans Christian Andersen besuchten Orte im heutigen Südschleswig. Aber auch die KZ-Gedenkstätten Ladelund und Schwesing werden vorgestellt, denn auch hier vor Ort gab es grausame NS-Verbrechen. Das reichhaltige Musikleben wird in einem Beitrag über das Schleswig-Holstein-Musik-Festival, Folk Baltica und die Flensburger Hofkultur präsentiert. Die einzelnen Beiträge sind gut lesbare Reporta-

gen zu Orten, die unbedingt sehenswert sind. Auch wenn der Verfasser schon im Vorwort ausdrücklich den Reichtum der kulturellen Vielfalt im Landesteil betont, wirkt der Titel „Dänemark südlich der Grenze“ schon recht anmaßend. Die Begründung für die Titelwahl, dass „beinahe alle Beiträge die eine oder andere Verbindung zu Dänemark haben“ (S. 6), überzeugt nicht. Ist „Südschleswig“ nicht gut genug als Warenmarke? Das mit vielen sehr ansprechenden Fotografien ausgestattete Buch wendet sich zwar in erster Linie an ein Publikum in Dänemark, könnte aber auch für ein deutsches Publikum interessant sein. Schön wäre übrigens ein entsprechendes Buch über das oft allzu unbekannte Nordschleswig für ein Publikum südlich der Grenze.

*Gerret Liebing Schlaber*

### **Protest gegen den Wildschwein-Grenzzaun**

**Hans Kristensen  
Svinevirke**

**Historien om et hegn  
Tøndern: Bogjagt.dk 2019. 82 S.**

In seinem neuen kleinen Buch rechnet Hans Kristensen, studierter Forstwirt, passionierter Jäger und wohnhaft in der Nähe von Tøndern, mit dem Wildschweinzäun an der deutsch-dänischen Grenze und vor allem mit der Politik ab, die zum Bau geführt hat. Er zeichnet den Prozess vom Beschluss

bis zur tatsächlichen Errichtung nach. Dabei prangert er vor allem an, dass für diese fixe Idee zuerst eine politische Mehrheit gesucht, und mit Hilfe der 2018 noch oppositionellen Sozialdemokraten auch gefunden wurde, bevor es überhaupt fachliche Studien zum Nutzen oder Nicht-Nutzen eines solchen Bauwerks gegeben hat.

Im ersten Kapitel zeichnet Hans Kristensen die Entwicklung des Wildschweinbestandes in der Region nach, wo sie im 19. Jahrhundert praktisch ausgerottet worden waren. Heute sind nur wenige Exemplare nachweisbar, und zwar in den östlichen Landesteilen beiderseits der Flensburger Förde. Vor allem der verstärkte Maisanbau hat die Verbreitung der anpassungsfähigen Tiere gefördert, doch im Marsch- und Geestland finden sie keinen geeigneten Lebensraum (S. 48f.).

Die Fixierung auf Wildschweine als Virusüberträger hält Hans Kristensen für falsch. So wie sich vor einigen Jahren die, anders als die Schweinepest auch für Menschen gefährliche Tollwut nur durch Impfköder für Füchse (und nicht durch deren intensive Bejagung) unter Kontrolle bringen ließ, sieht der Verfasser auch bei der Schweinepest die Entwicklung eines Impfstoffs als einzige Lösung. Daher müsse vor allem hierin investiert werden. Wichtig sind auch andere Maßnahmen wie strengere Hygienevorschriften bei Transporten aus den betroffenen Gebieten. Diese werden, von der Öffentlichkeit kaum bemerkt,

auch angewendet und sollten ausgeweitet werden. Umso ärgerlicher sei es, dass der Grenzzaun über zwei Drittel der vom dänischen Staat für die Vorbeugung gegen die Schweinepest bereitgestellten Mittel verschlungen habe.

Das Buch liest sich auch dank des sehr flüssigen Schreibstils leicht und interessant. Kristensen vertritt eine ganz klare Meinung, die er auch mit vielen Zitaten aus der Politik und von Fachleuten untermauert. Letztere sind ausnahmslos kritisch, darunter so unterschiedliche wie die zunächst zu Rate gezogene Naturschutzbehörde, der Interessenverband der Schweinehalter Deutschlands (nach dessen Stellungnahme sei das Zaunprojekt „ein planloser Versuch, Handlungsfähigkeit zu zeigen, ja beinahe Populismus“, S. 60) oder der italienische Experte Vittorio Guberti, auf den sich die Nahrungsmittelbehörde (Fødevarestyrelsen) unter falscher Auslegung seiner Aussagen berufen habe (S. 50f.). Die nacheinander verantwortlichen Minister\*innen werden hingegen alle dahingehend zitiert, dass der Zaun in erster Linie ein Signal an die Importeure dänischen Schweinefleisches senden solle, dass man der Pestgefahr vorbeuge (S. 57f.).

Der ironische Titel ist ein Wortspiel mit „Danevirke“ – und dem nationalen Mythos vom vermeintlich unüberwindlichen Danewerk, der sich 1864 als fatale Fehleinschätzung erwies. Bedauerlich ist, dass Hans Kristensen die vielen aussagekräftigen Zitate, mit

denen er seine Darstellung belegt, nicht mit genauen Quellenangaben versehen hat, sondern diese nur summarisch im Anhang aufführt. Für die weitere Debatte um den Wildschwein-Grenzzaun ist das Büchlein eine gute Argumentationshilfe und nicht nur für Gegner des umstrittenen Bauwerks lesenswert.

*Gerret Liebing Schlaber*

## MITARBEITER/INNEN DIESES HEFTES

Prof Dr. Oliver Auge  
Historiker  
Direktor der Abteilung für  
Regionalgeschichte an der  
Chr. Albr. Universität  
Kiel

Dr. Levke Bittlinger  
Kulturanthropologin, Referentin  
Göttingen / Flensburg

Ruth E. Clausen, Dipl. Museologin  
Archivleiterin  
Glücksburg / Apenrade

Peter Dragsbo, mag. art.  
Museumsdirektor i. R.  
Rudkøbing /Langeland

Prof. Dr. Steen Bo Frandsen  
Leiter des Instituts für  
Grenzregionsforschung  
Syddansk Universität  
Sonderburg

Ilse Friis, cand. mag.  
Rektorin i. R.  
Apenrade

Jens-Christian Hansen ph. d.  
Historiker  
Vendsyssel Historiske Museum  
Hjørring

em. Uni.-Prof. Dr. Reimer Hansen  
Historiker  
Berlin

Charlotte Jagusch, M. ed.  
Gymnasiallehrerin  
Kiel

Patrick Jahn, Studienrat  
Gymnasiallehrer  
Rendsburg

Johanne Juul Olsen  
Duborg-Skolen  
Flensburg

Anna Paysen  
Deutsches Gymnasium für  
Nordschleswig  
Apenrade

Mats Rosenbaum  
Duborg-Skolen  
Flensburg

Dr. Matthias Scharf  
Historiker  
Schleswig

Hanna Wattenberg  
Studentin  
Aarhus / Sonderburg

Gerret Liebing Schlaber ph. d  
Historiker  
Gymnasiallehrer  
Apenrade

Bente Andersen,  
Cassandra Friedrich  
Tom Eirik Koepe,  
Maximilian Lehmann  
Rudolf Sender,  
Stella Sina

Liv Bredo Schrøder  
Deutsches Gymnasium für  
Nordschleswig  
Apenrade

Britt Søndergaard,  
Simon Søndergaard  
Schüler\*innen des  
Deutschen Gymnasiums für  
Nordschleswig  
Apenrade

Frauke Tengler  
Vorsitzende des  
ADS-Grenzfriedensbundes  
Flensburg

## VERZEICHNIS DER IM JAHRE 2019 IN DEN GRENZFRIEDENSHEFTEN ERSCHIENENEN AUFSÄTZE

LEVKE BITTLINGER	Historisierungsversuche beim Gesinnungsbekenntnis zur dänischen Minderheit	Heft 2 S. 135 ff.
LEVKE BITTLINGER	Minderheitenforschung ist nicht gleich Minderheitenforschung. Ein Workshopbericht	Heft 2 S. 197 ff.
ROLF FISCHER	Von Flensburg aus in die Welt. Das radikale Leben des vergessenen Malers und Grafikers Richard Grune	Heft 2 S. 125 ff.
HINRICH JÜRGENSEN	2020 – Ein spannendes Jahr für Minderheit und Region. Zwischenbilanz und Ausblick in die Zukunft	Heft 2 S. 179 ff.
JØRGEN KÜHL	Intention, Identifikation und Identität. Zum Begriff der nationalen Minderheiten in Europa und in der Bundesrepublik Deutschland	Heft 1 S. 3 ff.
BERND PHILIPSEN ff.	Norbert Masur – „einer der stillen Helden des Krieges und ein Grund, dass ich lebe.“	Heft 2 S. 101
HANS SCHULTZ HANSEN	Der 29. August 1943 in Nordschleswig	Heft 1 S. 25 ff.
SABINE SÜTTERLIN-WAACK	„Großartiger Brückenbauer in einer immer komplexer werdenden Welt“. Festansprache der Ministerin für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung anlässlich des „Deutschen Tages“ des Bundes der Nordschleswiger	Heft 2 S. 187 ff.
BENT VESTED RØNNE	Gustav Schröder – ein Nordschleswiger an den Brennpunkten der Welt 1939	Heft 1 S. 37 ff.
GUNVOR VESTERGAARD GERRET LIEBING SCHLABER	Von Jugendlichen zu Jugendlichen. Die Schülerbotschafter der schleswigschen Minderheitengymnasien als ganz besonderes Unterrichtsangebot	Heft 1 S. 51 ff.
CAROLINE E. WEBER	„Allen Ländern Skandinaviens und des Ostseeraums besonders verbunden“ Überlegungen zur Rolle des Nordens für das Profil der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel	Heft 2  S. 159 ff

ADS-Grenzfriedensbund e. V.  
Marienkirchhof 6  
24937 Flensburg

ISSN 1867-1853